PROLETARIER ALLER LÄNDER UND UNTERDRÜCKTE VÖLKER, VEREINIGT EUCH !

kommunistische volkszeitung

Wochenzeitung P 21903 C

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: W. Maier – Erscheint im Verlag: Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Sandhofer Straße 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621/752015 – Druck: Caro-Druck, Am Ochsenhorn 6, 6831 Plankstadt – Auflage: 40000 – Redaktion: Sandhofer Str. 29, 6800 Mannheim, Telefon 0621/752014 – Ständiger Ausschuß des ZK des KBW: Telefon 0621/752012 – Jahresabonnement: incl. Porto 36 DM, In- und Ausland. Abonnements-Einzelbestellung durch Einzahlung auf Konto Buchvertrieb Hager GmbH, Volksbank Mannheim, Nr. 1890905, oder: PSchA Karlsruhe Nr. 95837-753 – Die Zeitung wurde am Dienstag, den 1. Juni 1976, fertiggestellt.

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

3. Juni 1976 Jg. 4 Nr. 22 50 Pfennig

Mitterand und Schmidt:

Nicht Mißverständnisse, sondern imperialistische Widersprüche

„Das Ganze beruht ja wohl auf Mißverständnissen, die der Radikalenbeschluß von 1972 ausgelöst hat. Es ist vielen noch nicht bewußt, daß durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts vom Mai letzten Jahres dieser Radikalenbeschluß inhaltlich erledigt ist." Mit diesen Sätzen kommentierte Regierungssprecher Grünewald verschiedene Stellungnahmen ausländischer Journalisten und Politiker zur innenpolitischen Situation in Westdeutschland.

„Mißverständnisse" ist gut! In Wirklichkeit handelt es sich um wachsende Interessengegensätze zwischen der westdeutschen Bourgeoisie und der Bourgeoisie anderer europäischer Länder. Einen gewaltigen Expansionsdrang beweist die westdeutsche Bourgeoisie. Fast kein Land in Europa, wo westdeutsches Kapital nicht an der Spitze der ausländischen Investitionen der letzten Jahre steht. Kein europäisches Land, wo westdeutsche Waren nicht die Spitzenposition am Importmarkt hätten. Kein Land in Europa, wo sich die Bourgeoisie nicht der erbitterten Konkurrenz des westdeutschen Kapitals gegenübersieht.

Die westdeutsche Finanzbourgeoisie ist führend in der Ausbeutung der Arbeiterklasse und sie ist führend im Kampf um die Vorherrschaft in Europa. Gestützt auf die Unterdrückung im Inneren, schwingt sie sich zum internationalen Unterdrücker auf. Damit ist die Bourgeoisie in Frankreich, Belgien usw. keineswegs zufrieden. Wie die westdeutsche Bourgeoisie für ihre Expansionspläne versucht, den Chauvinismus zu schüren, so schürt die Bourgeoisie anderer europäischer Länder den Chauvinismus, um gegenüber der Expansion und dem Hegemoniestreben der westdeutschen Finanzbourgeoisie zur Gegenoffensive überzugehen. Erwiesen sich in Westdeutschland die Sozialdemokraten vom Schlage Schmidt und Brandt als die besten Helfershelfer der westdeutschen Kapitalisten, so stehen ihnen Leute wie Mitterand, der sich jetzt als Vorkämpfer der Demokratie in Westdeutschland aufspielen will, in dieser Hinsicht kein bißchen nach: Sind Schmidt und Brandt deutsche Sozialchauvinisten, so ist Mitterand ein französischer Sozialchauvinist. Treten Brandt und Schmidt gegenüber Italien und Frankreich als Vorkämpfer der Demokratie und der freiheitlichen Ordnung auf, so Mitterand gegenüber der BRD. Um „Mißverständnisse" handelt es sich keineswegs, wenn sich Schmidt und Brandt auf der einen Seite und Mitterand auf der anderen Seite in die Haare kriegen. Es handelt sich um die Widerspiegelung der Widersprüche zwischen westdeutscher Finanzbourgeoisie und französischer Finanzbourgeoisie im Schoß der „sozialistischen Internationale". Neu ist das nicht. Im Ersten Weltkrieg ist die II. Internationale durch den Chauvinismus solcher Sozialdemokraten gespalten worden. Die französischen Sozialdemokraten rechtfertigten den imperialistischen Krieg als Krieg gegen den Wilhelmismus, die deutschen Sozialdemokraten als Krieg gegen das Zarentum, das durch Frankreich unterstützt würde. Die Reaktion im fremden Land diente jeweils als Rechtfertigung für die Aussöhnung mit der Reaktion im eigenen Land und die Unterstützung des imperialistischen Krieges. Lenin hat diesen Betrug an der internationalen Arbeiterklasse schonungslos entlarvt und den proletarischen Internationalismus verteidigt. Seit dem Verrat im Ersten Weltkrieg ist die sozialistische Internationale ein Haufen von Helfershelfern der jeweiligen Finanzbourgeoisie der jeweiligen Länder.

Es ist eine freche Lüge, wenn Grünewald behauptet, der Radikalenbeschluß sei durch das Urteil des Bundesverfassungsgerichts inhaltlich erledigt. Inhaltlich ist er gerade nicht erledigt, sondern bestätigt worden. Das hat aber den Kampf gegen die Verfolgung und Entrechtung der Beschäftigten im öffentlichen Dienst nicht schwächen können. Dieser Kampf entwickelt sich. Im öffentlichen Dienst wächst die Bewegung gegen Lohnabbau, Rationalisierung und Entrechtung. In der Arbeiterklasse steigt das Bewußtsein, daß die Bourgeoisie mit der Entrechtung im öffentlichen Dienst den Staatsapparat gegen die Arbeiterbewegung auf Vordermann bringen will. Die Klarheit, daß es sich bei der Entrechtung im öffentlichen Dienst um eine Erscheinung des Imperialismus und der Herrschaft der Finanzbourgeoisie handelt und daß man sie nicht auf dem Boden der bürgerlichen Verfassung, sondern nur auf dem Bodern der revolutionären Interessen der Arbeiterklasse bekämpfen kann, wächst. Die DKP-Revisionisten sind die größten Feinde dieser notwendigen Klarheit. So sind es auch die Revisionisten, die jetzt ausgerechnet Mitterand – als Ministerpräsident seinerzeit Unterdrücker der französischen Arbeiterklasse und Schlächter des algerischen und vietnamesischen Volkes – als Mitstreiter im Kampf gegen die Entrechtung im öffentlichen Dienst verkaufen wollen. Sie verkaufen das als Internationalismus. In Wirklichkeit dienen diese Machenschaften der Spaltung der Arbeiterklasse in Europa. Für die Sozialdemokraten sitzt der Feind immer im fremden Land. Internationalismus der Arbeiterklasse aber ist: Im Vertrauen auf die eigene Kraft den Klassenfeind im eigenen Land bekämpfen. So können sich die Proletarier aller Länder vereinigen und den Imperialismus zerschlagen.

Mitterand will die französische Arbeiterklasse nicht weniger auf den Weg des Chauvinismus locken als Schmidt und Brandt die Arbeiterklasse in Westdeutschland. Auf diesem Weg wird nicht die Entrechtung im öffentlichen Dienst bekämpft, sondern die imperialistische Konkurrenz ausgetragen. Es ist kein Weg für die Arbeiterklasse und die Volksmassen. Nicht in Frankreich. Nicht in der Bundesrepublik.



2. Delegiertenkonferenz der Komitees und Initiativen gegen den § 218 am 29./30.5. in Ludwigshafen. Siehe Seite 4.

ÖTV Gewerkschaftstag 1976

Am 13. Juni wird in Hamburg der 8. ordentliche Gewerkschaftstag der ÖTV beginnen. Von den etwa 3,5 Millionen Beschäftigten im öffentlichen Dienst sind gut 2 Millionen in DPG, GEW, GdED und ÖTV organisiert, rund eine Million davon in der ÖTV.

Vor der Masse der Beschäftigten in öffentlichen Diensten steht objektiv als Aufgabe zu bewältigen, sich von der Politik der Einheit und des Einvernehmens mit dem staatlichen Dienstherrn zu lösen und sich mit dem Kampf der Arbeiterklasse zu verbinden. Jeder andere Weg macht sie zu Opfern des Lohnabbaus, der kapitalistisch betriebenen Rationalisierung und der politischen Unterdrückung.

Die Kämpfe der letzten Jahre haben die Masse der Beschäftigten einen großen Schritt in dieser Richtung vorangebracht.

Heute gelingt es der bürgerlichen Agitation nur noch in geringem Umfang, den Abscheu der Volksmassen gegen den Beamtenapparat gegen den Kampf der Masse der Beschäftigten zu drehen.

Für die Sozialdemokraten, die die Gewerkschaft ÖTV beherrschen, stellt der Gewerkschaftstag eine Gelegenheit dar, diesen Fortschritt zunichte zu machen. Der Hauptvorstand dokumentiert das mit seinem Vorschlag, Dr. Monika Wulf-Mathies, derzeit Regierungsdirektorin im Bundeskanzleramt, in den Hauptvorstand der ÖTV wählen zu lassen.

Gewerkschaftstage werden von der Sozialdemokratie gegenwärtig durchweg als intime Familienfeiern der Klassenversöhnung gehandhabt. Sie haben die verschiedenen Ebenen der Vertretung, die in einer Organisation von einer Million Mitgliedern notwendig da sein müssen, in ebensoviele Hürden gegen die Interessen und den Willen der Mitglieder ausgebaut.

Während die Masse der Mitglieder im Kampf und aus den Erfahrungen der Kämpfe die eigenen Interessen immer besser erkennt, erkennen die Sozialdemokraten bloß die Notwendigkeit, zu immer rüderen Methoden zu greifen, um ihre Illusion der Klassenversöhnung gegen die Erfahrungen des Klassenkampfes durchsetzen zu können.

Unter diesen Umständen ist es ein Beweis für die Schlagkraft der Bewegung und für die elementare Gewalt, mit der sich die Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes durchsetzen, daß auf dem gleichen Gewerkschaftstag, der nach Vorstellung der Sozialdemokraten der Regierungsdirektorin den Rang eines gewählten Sprechers der Beschäftigten in öffentlichen Diensten verschaffen soll, ein Antrag vorliegt, der verlangt, *„daß Personen, die den politischen Exekutivorganen des Bundes, der Länder und der Gebietskörperschaften angehören, nicht zugleich Mitglieder der ÖTV Beschlußorgane sein können"*.

Notwendigkeit des Klassenkampfes – gegen die Illusion der Klassenversöhnung

Es zeigt, wie sich der Fortschritt der Gewerkschaftsbewegung in der weiteren Entfaltung der Klassenkämpfe entwickeln wird. Nicht in einer gleichmäßigen Entwicklung nach links, sondern in einer Polarisierung und im Kampf um die Richtung des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses. Gewiß werden die Sozialdemokraten diese unvermeidliche Polarisierung aufzuhalten versuchen, denn sie wird ihnen endlich die Führung kosten. Schon heute behaupten sie gegen jede Forderung, die den Zusammenschluß der Beschäftigten in öffentlichen Diensten fördert, sie würde spalten und so die Gewerkschaft schädigen.

Dennoch beweist das ganze Antragsmaterial zum Gewerkschaftstag, daß unvermeidlich und schon bis auf die höchsten Ebenen der Gewerkschaft die Notwendigkeiten des Klassenkampfes gegen ihre Illusion der Klassenversöhnung stehen.

Selbst wenn die Regierungsdirektorin gewählt werden kann, so wird gleichzeitig durch den anderen Antrag festgehalten sein, was von dieser Wahl zu halten ist.

Die gleiche Situation der Polarisierung findet in allen anderen Fragen der gewerkschaftlichen Taktik ihren Ausdruck. Wenn nach dem Willen des Hauptvorstandes und der Antragkommission auch solche Anträge für den Papierkorb bestimmt sein sollen, so halten wir doch fest. Auch wenn sie abgelehnt werden, landen diese Anträge nicht im Papierkorb.

Bürgerkrieg im Libanon:

Die Imperialisten wollen intervenieren

Nachdem Frankreich vor zwei Wochen der libanesischen Regierung eine Militärintervention „angeboten" hatte, reiste letzten Samstag der sowjetische Ministerpräsident Kossygin zuerst nach Irak und am Dienstag weiter nach Syrien. Hauptgegenstand der Gespräche soll der Libanon-Konflikt sein. Seit Monaten streben die imperialistischen Mächte und inbesondere die beiden Supermächte USA und Sowjetunion danach, den Libanon-Konflikt zu internationalisieren.

Nun ist der Libanon kein Neuland für die Imperialisten. Als ehemaliges französisches Kolonialland fiel er nach dem Zweiten Weltkrieg fest in die Hände des US-Imperialismus, der sich auf die gleiche Schicht der reichen Christen stützt, die der französische Kolonialismus zielstrebig hochgepäppelt hatte. 1958 konnte der US-Imperialismus die Herrschaft dieser reichen Christen und damit seine Herrschaft durch eine Militärinvasion gegen den Aufstand der arabischen Massen verteidigen. Heute sieht die Lage anders aus. Aber wo die arabischen Massen Erfolge erzielen im Kampf gegen die Herrschaft der reichen Christen und damit gegen den US-Imperialismus, ist die andere Supermacht zur Stelle, um ihre Vorherrschaft an die Stelle der Vormachtstellung des US-Imperialismus zu setzen. Die Internationalisierung des Bürgerkrieges ist das Mittel für beide Supermächte und alle Imperialisten, um ihre Rivalität um die Vorherrschaft auszutragen und die Volksmassen zunächst auszuschalten und dann unter ihre Fuchtel, Ausbeutung und Unterdrückung, zu stellen.

Beirut, die Hauptstadt des Libanon, ist das Finanzzentrum im Nahen Osten, ein Brückenkopf des westeuropäischen und nordamerikanischen Finanzkapitals. In Beirut sind Niederlassungen von 77 internationalen Banken. Hier werden die Einnahmen aus dem Ölgeschäft umgeschlagen und der Hauptteil der großen Handelsgeschäfte finanziell abgewickelt. Am 6. Dezember mußten die Banken in Beirut schließen. Am 12. Februar wurden sie wieder geöffnet, aber als zentraler Bankenplatz erscheint Beirut gegenwärtig nicht geeignet. Schon hat sich die griechische Bourgeoisie gemeldet, die Rolle Beiruts zu übernehmen. Demgegenüber erklärte der Präsident der libanesischen Industrie- und Handelskammer, Beirut solle „weiterhin seine Rolle als Finanzzentrum zwischen Orient und

Fortsetzung Seite 7

Fortsetzung: Bürgerkrieg im Libanon

Okzident behalten". Zugleich aber erklärte er, daß zwei Banken, die British Bank of the Middle East und die Saudi Comercial Bank, völlig ausgeraubt wurden und Verluste von 4,5 und 2,5 Millionen Dollar hätten. „Die Gefahren für das Bankgewerbe liegen aber nicht in einem gesprengten Safe oder einem ausgebrannten Büro; sie liegen in dem langfristigen Vertrauensverlust, den der Bankenplatz Beirut erlitten hat", erklärte er. (Frankfurter Allgemeine vom 16. Februar) 24 Milliarden libanesische Pfund (26,4 Milliarden DM) sei die realistische Schätzung der Schäden und Einnahmeausfälle bis Mitte Februar gewesen. Das sei viermal soviel wie das libanesische Nationaleinkommen von 1974.

Dieser Vergleich der Agenten der kapitalistischen Geschäftswelt zeigt das Ausmaß der imperialistischen Ausplünderung des Nahen Ostens, wenn ein Halbjahr Unterbrechung des normalen Geschäftsganges der Beiruter Bankzentrale und die Zerstörung ihrer Luxushotels sowie die Schließung von 300 ausländischen Firmen (so viele haben seit Beginn des Bürgerkrieges dicht gemacht) den Imperialisten einen Verlust bereitet, der viermal so groß ist wie das libanesische Nationaleinkommen eines Jahres.

Die Erfolge der arabischen Volksmassen gegen das Regime der reichen Christen sind ein schwerer Schlag für die westeuropäischen Imperialisten und die Supermacht USA. Zunächst aber hat die Intervention Syriens einen Sieg der arabischen Volksmassen verhindert, denn das syrische bürgerliche Regime muß für seinen eigenen Bestand fürchten, wenn im Nachbarland Libanon ein Staat errichtet wird, der sich auf die Volksmassen stützt. Den Imperialisten war dies eine willkommene Gelegenheit, nun ihrerseits ihre „Vermittlerdienste" anzubieten. Diese Initiative hat Frankreich ergriffen. Zwar haben die Organisationen der arabischen Volksmassen einmütig gegen den „Vorschlag" einer französischen Militärintervention protestiert, der Führer der Moslembewegung, Dschumblat, hat jedoch inzwischen schon eine Konferenz aller Beteiligten unter dem Vorsitz Frankreichs befürwortet. Die französischen Imperialisten wollen aber noch nicht auf eine Intervention verzichten. Der ehemalige französische Außenminister Debré hat nun vorgeschlagen, eine Sanitätsflotte an die Küste des Libanon zu schicken.

Die Initiative Frankreichs hat nun die sowjetische Supermacht veranlaßt, dafür zu sorgen, daß sie nicht unversehens aus dem Geschäft geworfen wird. Solange der Bürgerkrieg die Stellung der westeuropäischen Imperialisten und des US-Imperialismus schwächt, setzt sie darauf, Einfluß auf die Organisationen der arabischen Volksmassen zu nehmen. In der „Beilegung des Konflikts" entscheidet sich aber erst, welche imperialistische Macht Boden gewonnen hat. Keinen geringeren als den Ministerpräsidenten Kossygin hat die neue Bourgeoisie der Sowjetunion jetzt nach Irak und Syrien geschickt, um über den Libanon-Konflikt zu verhandeln. Nach dem Rauswurf aus Ägypten wird es für den sowjetischen Sozialimperialismus umso dringender, an anderer Stelle in Nah-Ost seine Krallen einzuschlagen. In beiden Ländern trifft sie auf Regierungen, die in letzter Zeit Anstrengungen gemacht haben, größere Unabhängigkeit von der Sowjetunion zu erlangen. Syrien hat den Abschluß eines Freundschaftsabkommens verweigert. Syrien und Irak haben ihre Wirtschaftsbeziehungen vor allem mit den westeuropäischen imperialistischen Ländern ausgebaut.

Wem, außer den Imperialisten selbst, die „Internationalisierung des Libanon-Konfliktes" Nutzen verspricht, zeigt der Appell des Führers der christlichen Faschistenpartei Phalange, Gemayel. Er forderte beide imperialistischen Supermächte, USA und Sowjetunion, auf, sich „vermittelnd in den Krieg einzuschalten ... er drängte Moskau, eine ‚positive Rolle' in dem Konflikt zu spielen" (Die Welt, 1.6.76). Wie alle Imperialisten braucht auch die sowjetische Supermacht solche Elemente, die sie um „Vermittlung" ersuchen, um das imperialistische Spiel des Friedensstifters machen zu können.

VORWÄRTS Nr. 20/21 vom 20. Mai 1976

Das Programm liegt vor

Wofür die SPD am 3. Oktober antritt

Ein Konzept für den Übergang in die achtziger Jahre

Unsere Leistungen nach 1969 bis 1976 machen klar, nach welchem Modell es in Deutschland weitergehen soll. Wir haben unsere Grundsätze, unsere Leistungen und unsere Perspektiven für die Zukunft in diesem Regierungsprogramm dargelegt. Am 3. Oktober hat der Bürger das Wort.

Er entscheidet über die Personen und Parteien, die in den nächsten Jahren Verantwortung tragen. Und er entscheidet auch darüber, welche Grundeinstellungen das politische Handeln in unserem Land prägen sollen.

Bei den zur Wahl stehenden Personen und Parteien gibt es sehr deutliche Unterschiede in den Grundhaltungen und Grundwerten. Wir Sozialdemokraten stehen ein für
— Freiheit und Demokratie

Nun den Wähler fragen

Börner: Unser Wahlkampf überzeugt

Interview mit dem SPD-Bundesgeschäftsführer

VORWÄRTS: Herr Börner, werd... für den Ausgang der Bundestagswa... — von allem anderen abgesehen — eh... die Wahlprogramme der Parteien od... ihre Wahlparolen entscheidend sein? D... Auseinandersetzung im Rahmen d... Haushaltsdebatte vermittelte den Ei... druck, als seien letztere die eigentlich... Stimmungsmacher zur Wahl.

HOLGER BÖRNER: Die Haushalt... debatte hat bewiesen, daß die CD... keine sachliche Alternative zur Regi... rungspolitik der sozialliberalen Koa... tion vorzuweisen hat und daß sie de... halb auf Diffamierungskampagnen u... Verdächtigungen ausweichen muß. I... bin sicher, daß unsere Leistungsbila... und unser argumentativ angelegt... Wahlkampf der Wähler überzeug... wird.

VORWÄRTS: Nach einer Zeit mit au... gesprochen reformunfreundlichem K... ma in der Bundesrepublik schei... die SPD-Plattform — der Kanzler sa... das Regierungsprogramm — neuen ...

Die Vorbereitung des Bundestagswahlkampfes läuft bei allen Parteien auf vollen Touren. Bald werden, wie hier auf dem Foto vom Jahre 1972, überall die Plakatwände stehen. Foto: Jupp Darchinger

Unfreiwillig durch eine Bildverwechslung hat der „Vorwärts", das Parteiorgan der SPD, enthüllt, wie die SPD den Bundestagswahlkampf führen will.

Unfreiwillig durch eine Bildverwechslung hat der „Vorwärts", das Parteiorgan der SPD, enthüllt, wie die SPD den Bundestagswahlkampf führen will.

Demonstration gegen den Faschismus in der Türkei

Über 700 türkische Arbeiter und Arbeiterinnen demonstrierten am Samstag in Frankfurt gegen das faschistische Regime in der Türkei und gegen die Zusammenarbeit des Demirel-Regimes mit den amerikanischen Imperialisten.

Sie forderten demgegenüber: Weg mit dem Faschismus, Freiheit, Brot und Arbeit für alle Türken! NATO raus aus der Türkei!

Gleichzeitig riefen sie in Sprechchören: „Wir sind Arbeiter, wir sind die Pioniere der Revolution!

Milliardenschulden des RGW

Mit 9 Milliarden Dollar sind die Länder der RGW (osteuropäische Wirtschaftsgemeinschaft unter Vorherrschaft der Sowjetunion) bei den Ländern der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft verschuldet. Insgesamt sind sie mit 36 Mrd. Dollar an die übrige Welt verschuldet. (Außenhandelsnachrichten) Die Bundesrepublik ist einer der Hauptgläubiger. „Blick durch die Wirtschaft" (Nr. 102) schreibt, daß 25 % der 56,4 Mrd. DM der vom Bund verbürgten Ausfuhrkredite (14 Mrd.) auf die „Staatshandelsländer" fallen.

Universität von New York muß wegen Pleite schließen

Am 28. Mai mußte die Universität von New York, eine der größten Universitäten der Vereinigten Staaten ihre Pforten dicht machen. Sie ist das Opfer der Finanzkrise der Stadt New York geworden. Im Gegensatz zu fast allen Universitäten in den USA war das Studium an dieser Universität kostenlos. 250000 Studenten waren an der Universität von New York eingeschrieben; die meisten hatten nicht einmal ihren Jahresabschluß fertig. 16000 Lehrer und Professoren und weitere 11000 Angestellte wurden arbeitslos, weil die Stadt New York zahlungsunfähig ist und die Banken weiteren Kredit verweigern. Studium wird es nur noch für die Kinder der Reichen geben. Die reichste Nation der Welt läßt ihre Universitäten pleite gehen. Imperialismus ist faulender, sterbender Kapitalismus. (Le Monde 31.5.)

Villa Hügel Gespräch

In Krupps Essener Villa Hügel tra-

Unctad Konferenz:

Großspuriger Auftritt des BRD-Imperialismus

Letzten Sonntag ist in Nairobi die 4. Welthandelskonferenz (UNCTAD) zu Ende gegangen. Spätestens seit der UNO-Sonderkonferenz vom April/Mai 1974 liegen die gerechten Forderungen der Entwicklungsländer eindeutig vor. Zu Jahresbeginn wurden sie in der Erklärung von Manila erneut konkretisiert. Die Hauptforderungen sind Streichung der Schulden und Errichtung eines integrierten Rohstoffprogramms. Beschlossen wurde nun, die Schuldenfrage zu „prüfen" und bis spätestens März 1977 Verhandlungen aufzunehmen über die Errichtung eines Rohstoffonds, den die Imperialisten mitfinanzieren sollen. Er soll die Lagerhaltung von nunmehr 18 Rohstoffen finanzieren.

Große Rohstofflager gibt es schon jetzt. Aber diese sind in den Händen der imperialistischen Monopole und der Spekulanten der Warenbörsen, die damit in der Vergangenheit große Preisschwankungen herbeiführten und billige Rohstoffpreise erpreßt haben. Durch das integrierte Rohstoffprogramm wird das erschwert. Dabei ist das Entscheidende die Zusammenfassung der verschiedenen Rohstoffe über einen gemeinsamen Finanzierungstopf. Und das ist auch der Punkt, dem die BRD-Regierung keinesfalls zustimmen will. Denn diese Zusammenfassung ermöglicht einen Ausgleich, wenn die Imperialisten z.B. den Preis für Kupfer, wie 1973 geschehen, nach unten drücken, um die Kupfer-Exportländer zu erpressen. In diesem Fall kann nun der Fonds einen Teil des Kupfers aufkaufen und so den Preis stützen. Das Geld dazu, das den Kupferländern direkt zugute kommt, wird aufgebracht, indem andere Rohstoffe, die gerade einen günstigen Preis haben, aus dem Lager verkauft werden.

Die Angleichung der Rohstoffpreise an die Fertigwarenpreise treibe die Inflation, sagen die Bourgeois. Man kann diese Blüte derzeit in jeder Zeitung lesen. Danach ist es „freier Welthandel", wenn die Imperialisten beständig die Preise ihrer Waren für die Entwicklungsländer hoch setzen, wenn aber die Rohstoffpreise daran angepaßt werden, so „treibt das die Inflation". Ein Glanzstück von Imperialistenlogik, die verständlich macht, weshalb sich die BRD in Nairobi den Haß der gesamten Dritten Welt, die weit über zwei Drittel der Menschheit repräsentiert, zugezogen hat. „Der wirtschaftliche Riese BRD erstmals auf offener Weltbühne auch in politischer Führungsrolle", wurde einem das im Fernsehen (am 28. Mai) kommentiert.

Die Bundesregierung ist auf die Konferenz gefahren von vornherein mit dem Ziel, sie zu sabotieren. Denn die BRD betätigt sich auf dem Weltmarkt als einer der Hauptwucherer. Am Ende stand sie zusammen mit den anderen Supermächten, die beide ebenfalls das Rohstoffprogramm oder eine Beteiligung daran ablehnen, isoliert gegen alle anderen Länder. Unter diesem Druck mußte sie dem genannten Kompromiß zustimmen.

Die westdeutschen Bourgeois-Kommentatoren haben sich einhellig darauf festgelegt, daß jetzt auf ein Platzen der vereinbarten Verhandlungen über das Rohstoffprogramm hingewirkt werden muß. So das „Handelsblatt" am letzten Montag: „Aus politischen Gründen eingeleitete Verhandlungen können später durchaus noch an unüberwindlichen Sachdifferenzen scheitern." Man müsse nun in Ruhe sehen, ob „effektiver Schaden" entstehe.

Indes, die tatsächlichen Verhältnisse unterstreichen die Forderungen der Entwicklungsländer und verleihen ihnen gewaltige Triebkräfte.

Nach Angaben der Weltbank für 86 Länder hatten diese Ende 1973 „öffentliche Schulden" von 119 Milliarden US-Dollar. Das sind über 300 Milliarden DM oder etwa soviel wie 1973 alle westdeutschen Arbeiter und Angestellten netto verdient haben. Ende 1967 betrug die Summe 50,7 Milliarden Dollar. Somit ist die Schuldenlast in nur sechs Jahren auf das 2,3-fache gewachsen. Jetzt soll sie bei 370 Milliarden liegen.

Nach Angaben des US-Banktrusts Morgan Guarantee müssen die Entwicklungsländer im laufenden Jahr 41,5 Milliarden Dollar Kredite erbetteln. Davon werden 12,5 Milliarden gebraucht, um Zinsen zu zahlen und abgelaufene Kredite zurückzuzahlen.

Die Wirtschaft der Entwicklungsländer wurde zerstört von den Kolonialmächten, sie wurden ausgeraubt und unterdrückt. Nun sind diese Länder darauf angewiesen, z.B. Düngemittel, Zement, Stahl usw. bei den Imperialisten zu kaufen zu jedem Preis. Weil sie's brauchen und selbst nicht haben. Um das notwendige Geld für diese Einkäufe zu bekommen – Devisen der Imperialisten – müssen die Entwicklungsländer ihre Rohstoffe an die Imperialisten losschlagen. Weil sie auf den Zement usw. nicht verzichten können und der Preis dafür hoch ist, sie also auf die Devisen nicht verzichten können, müssen sie ihre Rohstoffe auch dann an die Imperialisten verkaufen, wenn sie dabei offensichtlich übers Ohr gehauen werden. Aus den Rohstoffen machen die Imperialisten dann z.B. Zement, Düngemittel oder Stahl, um ihn wiederum zu Wucherpreisen an die unterdrückten Länder zu verkaufen. Das nennt sich freier Welthandel und vollzieht sich unter dem Schutzschirm von Handelsverträgen, Flugzeugträgern und CIA-Intrigen.

Dem Handelswucher an die Seite tritt der Kreditwucher. Trotz aller Anstrengungen reichen die Einnahmen der Entwicklungsländer nicht aus, die notwendigen Warenimporte zu dekken. Sie haben ein Defizit in ihrer Zahlungsbilanz und können es nur ausgleichen, indem sie Kredite bei den Imperialisten aufnehmen. So lassen sich die Imperialisten für die Ausplünderung mittels Warenhandel eine Prämie – nämlich Zins – zahlen. Je erfolgreicher die Imperialisten bei der Ausbeutung sind, um so höher die Prämie für die Ausbeutung.

Bei einem Kredit über z.B. 10 Millionen DM mit 8 Prozent Zinsen und 10 Jahre Laufzeit fallen 8 Millionen Zinsen an. Um sie zu bezahlen, muß das Land Rohstoffe an die Imperialisten verkaufen. Zusätzlich zu den bisher schon verschleuderten. Der Zwang zum Verkauf ist noch größer geworden, also drücken die Imperialisten noch mehr auf den Preis. So bekommen sie jetzt die Rohstoffe noch billiger, das Zahlungsbilanzdefizit der Entwicklungsländer aber bleibt bestehen. Es muß ein zweiter Kredit aufgenommen werden.

Nach zehn Jahren muß der erste Kredit zurückbezahlt werden. Aber es sind keine Devisen dafür da. Es muß ein erneuter Kredit aufgenommen werden, um den alten Kredit zurückzuzahlen. 1967 mußten 37 Prozent aller neu aufgenommenen Kredite für die Rückzahlung alter Kredite und die Zinsen aufgewendet werden, 1973 schon fast die Hälfte: 46 Prozent.

Wen wundert es da noch, daß die imperialistischen Halsabschneider im gleichen Zeitraum Jahr für Jahr den Zinssatz von 4,3 Prozent auf 5,9 Prozent im Durchschnitt erhöht haben. Die Weltbank, an der die USA mit 22 Prozent und die BRD inzwischen mit 24 Prozent beteiligt ist, hat vorgestern ihren Zinssatz zum vierten Mal seit August 1974 auf nunmehr 8,85 Prozent erhöht. Für Anleihen der Entwicklungsländer in Westdeutschland betrug der Zins letztes Jahr 10,3 Prozent gegenüber 9,3 Prozent für „Industrieländer".

Die Deutsche Bank betrachtet die Entwicklungsländer in ihrem Geschäftsbericht so: „Viele von ihnen haben bereits die Grenzen ihrer Verschuldungsmöglichkeiten erreicht." Nur der Kampf der Dritten Welt verhindert, daß diese Aasgeier ganze Länder ins Pfandhaus schicken.

Villa Hügel Gespräch

In Krupps Essener Villa Hügel trafen sich vor einigen Tagen Vertreter verschiedener Kapitalistenverbände, der Hochschulen und des Bildungsministeriums. Zu folgendem Ergebnis sind sie bei ihrem Gespräch gekommen: „Selbst unter Annahme, daß rund 10 % der Jugendlichen eines Jahrgangs freiwillig auf eine qualifizierte Ausbildung verzichten, ergibt sich ein Defizit an Ausbildungsplätzen von 1977 bis 1987 von rund 1,2 Millionen Plätzen." Davon 700000 in der Berufsausbildung und 500000 an den Hochschulen. Entsprechend haben sie überlegt, wie man die große Masse der Jugendlichen dazu bringen kann, „freiwillig auf eine qualifizierte Ausbildung (zu) verzichten". Einig wurden sich diese Vertreter des Finanzkapitals darüber, daß man aus der Verschlechterung der Ausbildung der Jugend ein hervorragendes Geschäft machen kann. Ohne „finanzielle Anreize" z.B. durch „vollständige Erstattung der Ausbildungsvergütungen" ändere sich an den fehlenden 700000 Berufsausbildungsplätzen nichts, haben sie erklärt. (Nach Heidelberger Tageblatt 28./29.5.)

Die Zeit ist um, Mr. USA

Der vormalige UNO-Vertreter der USA, D. Moynihan, erklärte, es sei möglich, UNO-Stimmen für 600 bis 2000 Dollar zu kaufen. Die Praxis des US-Imperialismus, Politiker, ja ganze Regierungen zu kaufen mit dem gleichen Geld, das sie aus der Ausplünderung der gleichen Länder tausendfach geholt haben, ist bekannt. Allein, die Sache klappt nicht mehr. In der UNO und insbesondere auch unter der Amtszeit Moynihans müssen die USA vernichtende Abstimmungsniederlagen hinnehmen.

Bundestagswahlkampf

100 Millionen DM Steuergelder wird der Bundestagswahlkampf kosten. 3,50 DM pro Wähler kassieren die bürgerlichen Parteien. Dazu kommt noch der Etat für das Bundes-Presse- und Informationsamt, der 1976 um ein Viertel auf 15,5 Millionen DM erhöht worden ist.

Kapitalexport: Ein Hebel der westdeutschen Vorherrschaft in der EG

Die Führer der wichtigsten westeuropäischen christdemokratischen Parteien waren vertreten, als die CDU vor kurzem ihren Parteitag abhielt. Da sah man die Vorsitzende der englischen Konservativen, Margret Thatcher, den italienischen Christdemokraten Fanfani und den belgischen Ministerpräsidenten Tindemans. Lediglich die französischen Konservativen hatten mit Lecanuet einen ziemlich unbedeutenden Mann auf den CDU-Parteitag gesandt.

Die „Idee" der Einheit Europas wird von den versammelten westeuropäischen Bourgeoispolitikern auf diesen Parteitagen beschworen und beklagt wird, daß es bei der Verwirklichung dieser „Idee" so einige Schwierigkeiten gibt. Ziemlich führend bei der Verteidigung dieser „Idee" ist das westdeutsche Finanzkapital hierzulande. Über seinen politischen Geschäftsführer, den Kanzler Schmidt, schrieb ein englischer Journalist am 21. April in der Zeitschrift „Punch": „Er glaubt an die Gemeinschaft, weil ihre Existenz in das deutsche Konzept paßt." Da hat dieser Journalist recht, wobei aber nicht übersehen werden darf, daß das fragliche Konzept nicht der Kanzler Schmidt, sondern die hiesige Finanzbourgeoisie entworfen hat. Diese hat sich in ihrem jetzt erschienenen Jahresbericht 75 des Bundesverbandes der Deutschen Industrie äußerst besorgt um die Einheit Europas gezeigt, weil „die Mitgliedstaaten mehr denn je versuchen, ihre Konjunktur- und Beschäftigungsprobleme im Alleingang zu lösen".

Betrachten wir zunächst einige handfeste Tatsachen, um den Boden kennenzulernen, auf dem diese „Idee" erwachsen ist. Um nur die wichtigsten zu nennen: Der Zusammenschluß von holländischem und britischem Kapital im Royal Dutch/Shell Konzern, von westdeutschem und niederländischem Kapital im Stahlkonzern Estel NV Hoesch Hoogovens, die Zusammenarbeit von westdeutschem und französischem Chemiekapital zwischen Bayer und Rhone-Poulenc in Frankreich oder von westdeutschem und französischem Automobilkapital zwischen Saviem (Frankreich) und MAN bei der Herstellung von LKWs. Aber nicht nur im Bereich der Industrie, sondern auch in dem der Banken hat die „Idee" der europäischen Einheit einen festen Untergrund, wie man an folgenden Bankzusammenschlüssen sieht, die fast alle in den siebziger Jahren gegründet wurden, also eine verhältnismäßig neue Erscheinung sind. Zum Beleg dafür
Erscheinung sind. Zum Beleg dafür
führen wir, soweit vorhanden, die entsprechenden Jahreszahlen in Klammern an. Es handelt sich um folgende Zusammenschlüsse: Die Europartner Banken (1970/71), zu denen die westdeutsche Commerzbank gehört, die französische Credit Lyonais, die italienische Banco di Roma und seit 1973 die Banco Hispano Americano. Die EPIC Gruppe, welche bereits aus den sechziger Jahren stammt und in welcher unter Führung der Deutschen Bank holländische und belgische Großbanken vertreten sind. Die Abecor Gruppe (1972) mit der Dresdner Bank, der Bayrischen Hypotheken- und Wechselbank und der belgischen Banque de Bruxelles. Weiterhin die Orion Gruppe, zu welcher die Westdeutsche Landesbank-Girozentrale Düsseldorf gehört, und die Inter-Alpha Gruppe, in der sich westdeutsche, italienische, französische und englische Banken zusammengeschlossen haben.

Diese Verflechtung des westeuropäischen Finanzkapitals, das ist eine der Tatsachen, von denen man ausgehen muß, wenn man die Reden der bürgerlichen Politiker über die Einheit Europas verstehen will und die gegenseitige Unterstützung der bürgerlichen Parteien Westeuropas durch Gelder und andere Mittel.

Konkurrenz um die Vorherrschaft in der EG

Bekanntlich geht es unter den Kapitalisten nicht friedlich zu, sondern ist der Kampf um Anlagesphären und Märkte und die Konkurrenz vorherrschend. Genauso sieht es in den Verhältnissen der EG-Länder zueinander aus. An dieser Konkurrenz sind schon einige westeuropäische Zusammenschlüsse wie Seifenblasen zerplatzt: So die Zusammenarbeit von FIAT und Citroen, nachdem es Fiat nicht gelang, sich Citroen zu unterwerfen. Die Zusammenarbeit von Dunlop und Pirelli, ein Geschäft, aus dem sich die britischen Dunlopkapitalisten schnell herauszogen, nachdem Pirelli in die roten Zahlen kam. Diese Konkurrenz der nationalen Finanzbourgeoisien erklärt, warum die EG gleichzeitig immer kurz vor dem Zusammenbruch steht.

Vor 10 Jahren war der Kampf um die Vorherrschaft innerhalb der EG noch weitgehend unentschieden, während heute das westdeutsche Finanzkapital einen entscheidenden Vorsprung gewonnen hat, insbesondere gegenüber dem Hauptkonkurrenten, der französischen Finanzbourgeoisie. Deshalb sind die bürgerlichen Politiker hierzulande auch die entschiedensten Fürsprecher der Einheit Europas, reisen zu ihren Parteitagen die westeuropäischen Spitzenpolitiker an und sind sie selbst wahre Reisende in Sachen der Einheit Europas. Dazu gehören auch ihre eifrigen Aktivitäten bezüglich der Unterstützung und Hochpäppelung der bürgerlichen Parteien in Spanien und Portugal, denn in einer EG, in welcher sie auf dem Weg zur Vorherrschaft sind, wollen sie diese Länder nur allzugerne sehen. Vor allem weil bei diesen Ländern die Aussichten entsprechend gut sind, sie über Darlehen und Schulden wie Italien vom westdeutschen Finanzkapital abhängig zu machen. Denn wie die italienische Bourgeoisie, so braucht auch die portugiesische und spanische von der EG Kapital und da hat hauptsächlich die BRD den Daumen drauf. Beide Länder sind bereits hoch beim westdeutschen Finanzkapital verschuldet.

Bekanntlich ist der Haupthebel, mit welchem das Finanzkapital der imperialistischen Epoche seine Herrschaft auszudehnen versucht, der Kapitalexport. Auch im Kampf um die Vorherrschaft in der EG spielt er eine bedeutende Rolle und vor allem das westdeutsche Finanzkapital hat diesen Hebel äußerst erfolgreich eingesetzt. Folgendermaßen war die Ausgangssituation: Während die französischen, britischen, niederländischen und in geringerem Ausmaß die italienischen Kapitalisten nach dem Zweiten Weltkrieg noch über umfangreiche Kapitalanlagen in aller Welt verfügten, war der entsprechende Besitz des westdeutschen Finanzkapitals gleich Null. Bekannt ist, daß es seine Position bis Mitte der sechziger Jahre vor allem über den Warenexport ausgebaut hat, um dann in verstärktem Ausmaß zum Kapitalexport überzugehen.

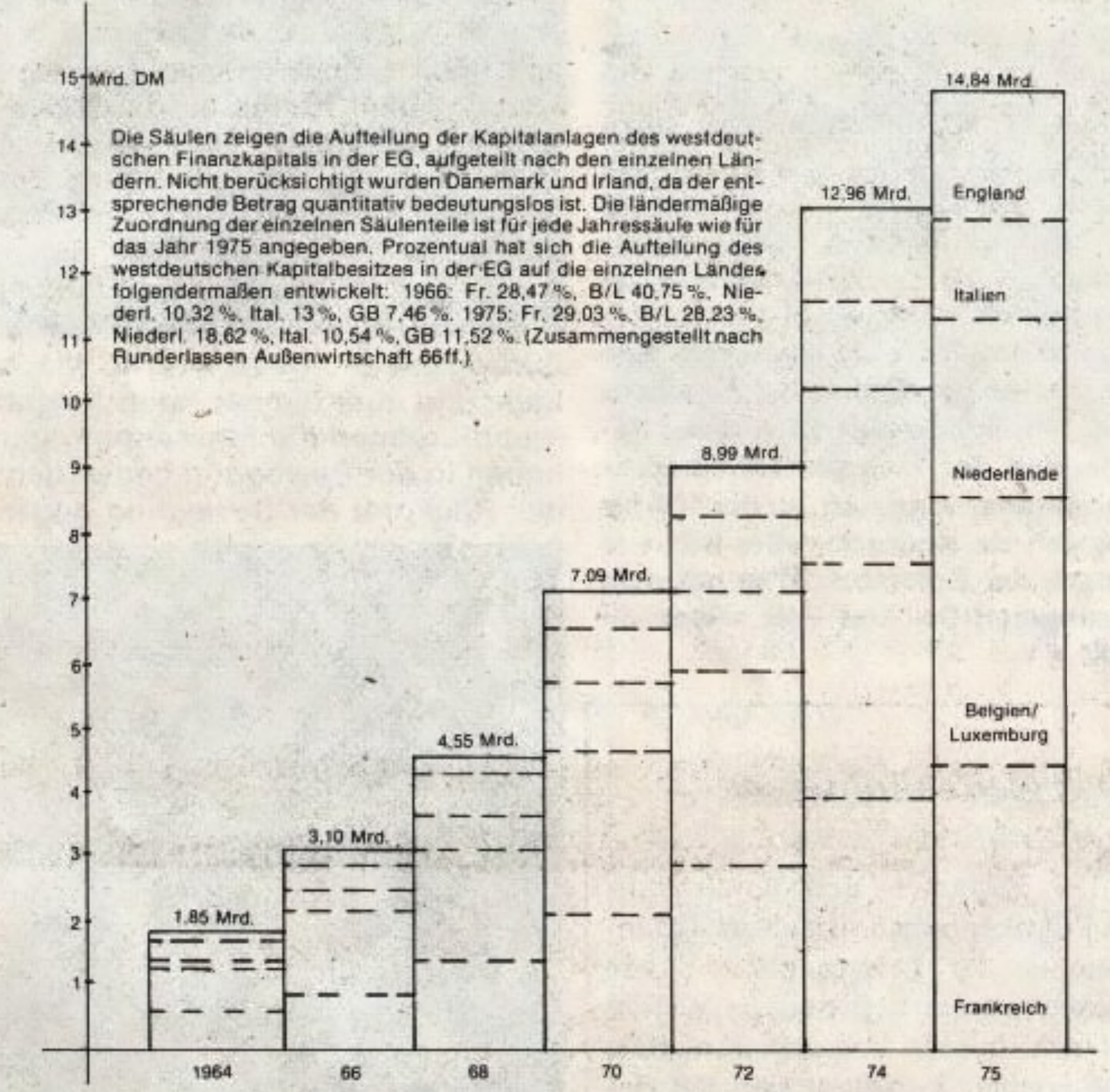
Insgesamt sah diese Entwicklung folgendermaßen aus, betrachtet man allein die direkten Kapitalanlagen der westdeutschen Finanzbourgeoisie, sieht man also von ihren Darlehen und Wertpapieren im Ausland ab. 1966 betrug das profitbringende Kapital der westdeutschen Imperialisten in aller Welt knapp 10 Milliarden Mark. 1970 waren es über 21 Milliarden, 1974 knapp 37 Milliarden und 1975 bereits 42 Milliarden Mark. Tatsächlich ist freilich der Besitz des westdeutschen Finanzkapitals im Ausland weit größer. Denn nicht enthalten in diesen Zahlen ist der Teil, welcher dieses Auslandskapital durch die Wiederverwendung der im Ausland erzielten Gewinne und durch die Anlage von im Ausland aufgenommenen Schulden vergrößert hat: Ganz besonders verstärkt hat das westdeutsche Finanzkapital in dieser Zeit seinen Kapitalexport in die Länder der EG. Wurden 1964 noch rund 25 % des westdeutschen Kapitalexports in der EG investiert (unter Einschluß Großbritanniens), so waren es 1975 bereits über 35 %.

Wie das westdeutsche Finanzkapital das französische überflügelt hat

Mit dieser rasanten Entwicklung des westdeutschen Kapitalexports konnten die anderen Länder der EG kaum Schritt halten. Während die BRD allein in den 6 Jahren von 1964 bis 1970 4,77 Milliarden Mark in den Ländern der EG investierte, betrugen die Investitionen aller EG-Länder in die BRD in den 8 Jahren von 1961 bis 1969 lediglich 3,9 Milliarden Mark und seit Beginn der siebziger Jahre hat sich dieser Vormarsch des westdeutschen Finanzkapitals in die EG nur noch verstärkt. Insgesamt ist es so dem westdeutschen Finanzkapital innerhalb von 30 Jahren nach Kriegsende gelungen, mehr profitbringendes Kapital in den Ländern der EG angelegt zu haben als die Kapitalanlagen aller EG-Länder insgesamt in der BRD betragen. Nach den verfügbaren Statistiken betrugen zum Jahresende 1975 die Kapitalanlagen der BRD in den EG-Ländern 14,85 Milliarden, die Kapitalanlagen der EG-Länder in der BRD 14,81 Milliarden Mark.

Die bisher aufgeführten Zahlen machen das Ausmaß des Vorsprungs des westdeutschen Finanzkapitals noch nicht deutlich und klar. Um dies zu verdeutlichen, wollen wir an einigen Zahlen illustrieren, wie es dem westdeutschen Finanzkapital gelungen ist, seinem westeuropäischen Hauptkonkurrenten, Frankreich, den Rang abzulaufen.

Die französischen Kapitalanlagen in der gesamten Welt wurden 1969 auf rund 19 bis 26 Milliarden Mark geschätzt und stellten zum größten Teil



Anlagen in den alten französischen Kolonialgebieten dar. Die westdeutsche Finanzbourgeoisie hatte zu diesem Zeitpunkt 17 bis 18 Milliarden exportiert, rechnet man noch die erzielten Auslandsgewinne, die wieder investiert wurden, hinzu, so betrugen ihre ausländischen Kapitalanlagen wohl gut 20 Milliarden Mark. Mittlerweile ist der westdeutsche Kapitalbesitz im Ausland mit Sicherheit größer als jener des französischen Finanzkapitals. Dieses vergrößerte seine Kapitalanlagen im Ausland von 1967 bis 1970 um lediglich 3,69 Milliarden Mark, während es das westdeutsche allein in den zwei Jahren 1968 bis 1970 auf 6,76 Milliarden Mark brachte.

Aber auch im direkten Verhältnis zu seinem französischen Konkurrenten ist es dem westdeutschen Finanzkapital gelungen, einen entscheidenden Vorsprung zu erreichen, und was die westdeutsche-französische Einheit betrifft, so ist sie ziemlich einseitig. Insgesamt hatte die französische Bourgeoisie Ende 1975 in der BRD 2,33 Milliarden Mark investiert, die westdeutsche in Frankreich dagegen fast das Doppelte, nämlich 4,3 Milliarden Mark.

Noch deutlicher wird dieser Vorsprung aber, betrachtet man, in welche Branchen dieser Kapitalexport fließt und von welchen er getragen wird. Aus den für Frankreich verfügbaren Zahlen läßt sich ersehen, daß ein Großteil der französischen Auslandsinvestitionen in den Bereich des Handels (25 %) und der reinen Unterstützung des Warenexports gehen. Ganz anders stellt sich dies für das westdeutsche Finanzkapital dar: Hier wird der Kapitalexport vor allem von den großen Konzernen der führenden Branchen getragen und es wird in die gleichen Branchen des Auslands investiert. Allen vorneweg von den Chemiekapitalisten, die Ende 1974 über ein gutes Viertel aller Auslandsinvestitionen des westdeutschen Finanzkapitals verfügten. Das Ausmaß dieser Konzentration des westdeutschen Kapitalexports kann man an folgendem Beispiel sehen: Fast die Hälfte der profitbringenden Auslandsproduktion des westdeutschen Imperialismus entfiel 1971 auf die 7 Konzerne Volkswagen, Hoechst, Siemens, Bayer, BASF, Daimler Benz und AEG.

Und folgendermaßen hat sich dieser Unterschied in der Konkurrenz mit dem französischen Finanzkapital ausgewirkt: Während die französischen Kapitalisten dabei waren, in Handels- und Vertriebsnetze z.B. für Renault in der BRD zu investieren, hat das westdeutsche Finanzkapital mittlerweile einen guten Teil der französischen Chemieindustrie aufgekauft. So hält Hoechst mittlerweile die Mehrheit des zweitgrößten französischen Pharmakonzerns, Roussel Uclaf. Da kann es nicht wundern, daß der französische Imperialismus an dieser „Idee" der europäischen Einheit wenig Geschmack findet und der CDU auf ihren Parteitag bloß einen Lecanuet schickt.

Ganz anders stellt sich dies für das westdeutsche Finanzkapital dar: Es ist nicht nur der größte Gläubiger, sondern mittlerweile auch auf dem Weg, der größte Kapitalexporteur in der EG zu werden. Das ist der Hintergrund, welcher das westdeutsche Finanzkapital bewogen hat, seinen geschäftsführenden Kanzler mit dem Auftrag zu versehen, neben den Steuervergünstigungen, Subventionen und Kreditsicherungen für den Kapitalexport jetzt auch verstärkt den Weg der direkten Einmischung in die anderen EG Länder zu beschreiten. Was diese Bundesregierung macht, indem sie mittlerweile den EG-Ländern die Bedingungen vorschreibt, unter denen die westeuropäische Einheit erzielt werden soll. Der eingangs erwähnte britische Journalist schrieb dazu im „Punch":

„Schmidt ist in der Zwischenzeit eher noch deutlicher geworden. Er meint, wir arbeiten nicht hart genug, erlauben den Gewerkschaften zu viel Einfluß und verbrächten zu viel Zeit mit dem Klassenkampf." Wer den Schmidt gehärtet hat, entnehmen wir dem Jahresbericht des Bundesverbandes der Deutschen Industrie. Europa befindet sich an einem „Scheideweg", heißt es dort. Gemeint ist, die europäische Einheit kann nur erreicht werden, wenn der reaktionäre Kurs des westdeutschen Imperialismus in allen EG Ländern durchgesetzt wird. Dazu muß aus dem Vorsprung eine solide Vorherrschaft werden. – (e.r.)

Polizeiterror gegen Jugendliche

„Wer wegrennt, wird erschossen"

Heidelberg. Zwei Polizeiüberfälle wurden innerhalb der letzten drei Wochen auf Jugendliche aus dem Jugendzentrum im Emmertsgrund, einem Stadtteil Heidelbergs, durchgeführt. Wie kam es dazu?

Am 7. Mai war die Stereoanlage aus dem Jugendzentrum gestohlen worden. Die Stadt ließ sofort das Jugendzentrum schließen. Da alle sauer waren, beschlossen einige Jugendliche, selbständig nach dem Dieb zu suchen. Dabei wurden sie in eine Schlägerei mit dem mutmaßlichen Dieb verwickelt. Diese Schlägerei benutzte die Polizei zu einem brutalen Überfall auf die Jugendlichen, die sich zur Besprechung der Lage in einen Steinbruch zurückgezogen hatten. Die Polizisten drohten sofort mit ihren Pistolen: „Alles hinlegen, wer wegrennt, wird erschossen."

Kaum lagen alle Jugendlichen am Boden, fing die Polizei an, alle durchzuprügeln. Am meisten hervorgetan hat sich dabei ein amerikanischer Militärpolizist, der für solche Einsätze bekannt ist.

Drei Jugendliche wurden bewußtlos geschlagen, einer mußte sofort in die Chirurgie gebracht werden. Zehn wurden schließlich festgenommen, darunter die Leiterin des Jugendzentrums, die ebenfalls geprügelt wurde und zu der die Polizisten sagten: „Bald kannst du stempeln gehen."

Dieser brutale Überfall wurde gleich am nächsten Tag im Stadtteil bekannt gemacht. Die bürgerliche Presse berichtete kein Wort. Für die Stadt wurde ein Flugblatt gedruckt. Die Stadt fing an, der Leiterin des Jugendzentrums Schwierigkeiten zu machen und verlangte von ihr, daß sie ihren Bericht an den zuständigen Bürgermeister zurücknehme. Sie blieb bei der Wahrheit. Tags darauf erfolgte der nächste Schritt der Polizei: Alle Wohnungen der zehn Festgenommenen wurden durchsucht, alle zehn erneut festgenommen, im Laufe des Tages dann noch weitere fünf dazu. Gleichzeitig wurde versucht, den Einsatz zu rechtfertigen. Behauptet wurde, bei den Jugendlichen handele es sich um Nachfolger der „Kobra", einer Gruppe von Jugendlichen im Emmertsgrund, der mehrere Einbrüche, Körperverletzungen vorgeworfen werden. Das dient dann dazu, die Jugendlichen insgesamt zu kriminalisieren. Der Leiterin des Jugendzentrums wurde im Durchsuchungsbefehl vorgeworfen, sie habe das Basteln von Schlagwerkzeugen im Jugendzentrum angeleitet. Die bürgerliche Presse stürzte sich sofort auf den Polizeibericht über die Verhaftungen und machte Überschriften wie: „Zweite Kobra-Bande ausgehoben". Aber jetzt war die Sache im Fluß. Rechsanwälte und Eltern von betroffenen Jugendlichen verfaßten eine Presseerklärung gegen das Vorgehen der Stadt und der Polizei. Nach einer Pressekonferenz im Jugendzentrum waren die Zeitungen gezwungen, auch den Standpunkt der Jugendlichen zu berichten. Die SPD mußte auf den Vollversammlungen auftauchen und versprach, sich für die Jugendlichen einzusetzen, nur dürften die Jugendlichen nicht selbständig etwas machen, also keine Flugblätter verteilen oder gar eine Demonstration. Damit fiel sie auf den Bauch. Vertreter von anderen Heidelberger Jugendzentrumsinitiativen kamen zu den Vollversammlungen, denn das Vorgehen von Stadt und Polizei trifft alle Heidelberger Jugendlichen. In den meisten Stadtteilen widersetzt sich die Stadt hartnäckig der Forderung nach einem Jugendzentrum. Die Forderung nach Selbstverwaltung ist für Oberbürgermeister Zundel sowieso „völliger Quatsch". In einem Stadtteil hat Zundel extra von der Feuerwehr ein leerstehendes Haus abreißen lassen, damit die Jugendzentrumsinitiative es nicht besetzt. Als eine Initiative im Gemeinderat ihre Forderung nach einem selbstverwalteten Jugendzentrum vorbrachte, wurde sie von den sauberen Ratsherren eigenhändig vor die Tür gesetzt. Das sind die Erfahrungen, die die Jugendlichen mit der Jugendpolitik der Stadt machen. Dagegen haben sie auch begonnen, sich zu wehren. Die Forderung nach Jugendzentren in allen Stadtteilen in Selbstverwaltung faßten bereits letztes Jahr viele Jugendzentrumsinitiativen in einer Demonstration zusammen

Im § 19 des „Musterentwurfs für ein einheitliches Polizeigesetz" heißt es: „Wohnungen, in denen erfahrungsgemäß Personen Straftaten verabreden, vorbereiten oder verüben ... dürfen zum Zwecke der Gefahrenabwehr jederzeit betreten werden."

Baden-Württemberg hat mit seinem am 19. Februar beschlossenen Polizeigesetz dem bundeseinheitlichen Gesetz schon vorgegriffen. In § 25 heißt es darin: „... kann die Polizei bei Entführungen ganze Gebäude oder Gebäudegruppen ohne Durchsuchungsbefehl durchsuchen....

Weitere Durchsuchungsgründe liegen vor, wenn 1. die Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß sich eine Person in der Wohnung befindet, die a) in Gewahrsam genommen werden darf ..., 2. Tatsachen die Annahme rechtfertigen, daß sich eine Sache in der Wohnung befindet, die sichergestellt oder beschlagnahmt werden darf." Das sind einige der „Lücken", die geschlossen werden mußten, „um das Polizeirecht neuen Straftaten anzupassen", wie Innenminister Schieß erklärte. Vor allem geht es dabei darum, das Polizeirecht dem Terrorismus der kapitalistischen Staatsmacht anzupassen.

Zweite ordentliche Delegiertenkonferenz der Komitees und Initiativen gegen den § 218:

Einstimmig für die Fortsetzung des Kampfes

Ludwigshafen/Mannheim. Am 29./30. Mai fand in Ludwigshafen die 2. ordentliche Delegiertenkonferenz der Komitees und Initiativen gegen den § 218 statt. 106 der 147 gegenwärtig arbeitenden Komitees und Initiativen waren durch 183 Delegierte vertreten, sowie 16 Gastdelegierte. Auf Einladung des Zentralen Ausschusses der Komitees nahmen die Vertreter des Zentralen Komitees des Kommunistischen Bundes Westdeutschland, Martin Fochler und Hans-Jörg Hager, als Gäste an der Konferenz teil. Der Verlauf der Delegiertenkonferenz hat gezeigt, daß sich ein fester Kern in der Bewegung für die ersatzlose Streichung des § 218 gebildet und gefestigt hat. Einstimmig verabschiedete die Konferenz eine Resolution, in der die Lage bestimmt und die nächsten Aufgaben der Komitees und Initiativen gegen den § 218 festgelegt sind. Die Konferenz wählte einen siebenköpfigen Zentralen Ausschuß. Zum Abschluß der Delegiertenkonferenz fand im Kulturhaus in Mannheim Käfertal eine Kundgebung statt, an der 600 bis 700 Menschen teilnahmen. Die Veranstaltung gab ein eindrucksvolles Bild von der Kraft der Bewegung unter den Forderungen der Komitees: Weg mit dem § 218! Weg mit dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts! Das Volk selber soll entscheiden! Volksentscheid gegen den § 218!



Ludwigshafen. Am 29. und 30. Mai berieten 183 Delegierte der Komitees und Initiativen gegen den § 218 über die Lage und über die nächsten Aufgaben im Kampf gegen den § 218. Innerhalb eines Jahres sind die Komitees zu Kampforganen der Massenbewegung für die Abschaffung des § 218 geworden. Die Forderungen der Komitees haben in der Bewegung gegen den § 218 großes Gewicht gewonnen. In den Betrieben und Gewerkschaften ist das Rückgrat der Bewegung gegen den § 218 geschaffen für den weiteren Kampf.

Aus der Resolution der 2. Delegiertenkonferenz

Die Komitees und Initiativen gegen den § 218 setzen sich folgende Schwerpunkte für den weiteren Kampf:

1. Dem ideologischen Angriff der Reaktion, der insbesondere auch mit dem Bundestagswahlkampf einhergehen wird, setzen sie den Angriff auf alle Betrugs- und Spaltungsmanöver entgegen: **den Angriff auf die Reformlügen, die Fristenpropaganda, die Bindung ans Parlament, die bürgerlichen Verdrehungen des Charakters des § 218 ebenso wie den Angriff auf die heuchlerische Beschwörung des Lebens, der Menschenwürde und der Sittlichkeit.**

Sie enthüllen, der § 218 ist Klassenrecht. Sie führen den Kampf um die öffentliche Meinung für die Forderung des Volkes nach Beseitigung des § 218. Sie nutzen die Veranstaltungen der Bürgerlichen als Forum. Sie führen selbständig Veranstaltungen durch. Sie fordern das Recht auf Stellungnahmen in der bürgerlichen Presse. Sie betreiben selber eine schriftliche Agitation durch Broschüren usw.

Um sich besser in Stand zu setzen, den Kampf gegen den § 218 auf der Linie des Ludwigshafener Aufrufs voranzubringen, führen sie Schulungen durch und entfalten die ideologische und politische Debatte in den Komitees.

Die Kulturarbeit in allen Formen werden sie verstärkt weiterentwickeln.

2. In den Bundestagswahlen will sich die herrschende Klasse von den Besitzlosen und Unterdrückten mit dem Urnengang und Kreuzmachen bestätigen lassen: Der § 218 muß erhalten bleiben und angewandt werden. Der Kampf gegen den § 218 ist ungerecht und muß zerschlagen werden.

Diese Bestätigung kann der herrschenden Klasse nicht gegeben werden. Im Wahlkampf und in den Wahlen müssen die Gegner des § 218 klarstellen: Das Parlament und die bürgerlichen Politiker haben sich als willige Instrumente der herrschenden Klasse erwiesen in der beflissenen Ausführung des Urteils des Bundesverfassungsgerichts. Verlassen sich die Besitzlosen und Unterdrückten auf diese bürgerlichen Politiker, dann sind sie verraten und verkauft.

Ihre Interessen in die eigene Hand nehmen und sie gegenüber der Unterdrückung durch den bürgerlichen Staat durchsetzen, das ist der Weg für die breiten Volksmassen. Dazu muß der Volksentscheid gegen den § 218 erzwungen werden.

Im Wahlkampf werden die Komitees und Initiativen die Auseinandersetzung mit den bürgerlichen Politikern suchen und sie als gutgeschmierte Lakaien der herrschenden Klasse **angreifen.**

3. Gegen alle Versuche der Anwendung des § 218 und zur Unterdrückung der Kampftätigkeit der Massen gegen dieses Strafgesetz werden die Komitees und Initiativen den Kampf organisieren. Sie werden das tun mit dem Ziel, dem Volkswillen Geltung zu verschaffen, ihn durchzusetzen gegen den bürgerlichen Staat mittels Volksentscheid.

4. In den Betrieben und Gewerkschaften als Rückgrat der Bewegung gegen den § 218 werden sie die Forderungen der Komitees und Initiativen als Kampfprogramm weiter verankern. **Sie werden allen Strömungen der Aussöhnung mit dem bürgerlichen Staat durch Fristenlösung, Unterwerfung unter das neue Gesetz – Aufrechterhaltung des Strafgesetzes in jedweder Form – entschieden entgegentreten und die Kollegen mehr und mehr in die aktive Auseinandersetzung führen.** Auch in Schulen, Hochschulen, Kasernen, Straßenzügen werden sie den Kampf gestützt auf die Massen festigen und entwickeln.

Dabei werden sie die Unterschriftensammlung weiter nutzen.



„Im vergangenen Jahr hat sich für die besitzlosen und unterdrückten Klassen der Zwang zur Abtreibung verschärft", heißt es in der Resolution der Komitees gegen den § 218. Wer schon bisher wenig zum Leben hatte, ist an den Rand des Existenzminimums gedrängt. Umso unerträglicher wird für die Massen der § 218. Der Kampf für die ersatzlose Streichung des § 218 und gegen seine Anwendung durch den bürgerlichen Staat als Unterdrükkungsinstrument gegen die Arbeiterklasse und das Volk wird sich verschärfen. Auf der Kundgebung im Kulturhaus in Mannheim Käfertal sprachen die Vertreterin des Zentralen Ausschusses der Komitees, Barabara Hohenstein, und Hans-Jörg Hager vom Zentralen Komitee des KBW. Die Kundgebung brachte die Entschlossenheit der Bewegung gegen den § 218 zum Ausdruck, dieses Unterdrückungsinstrument unter den Forderungen der Komitees zu Fall zu bringen.

tees zu Fall zu bringen.
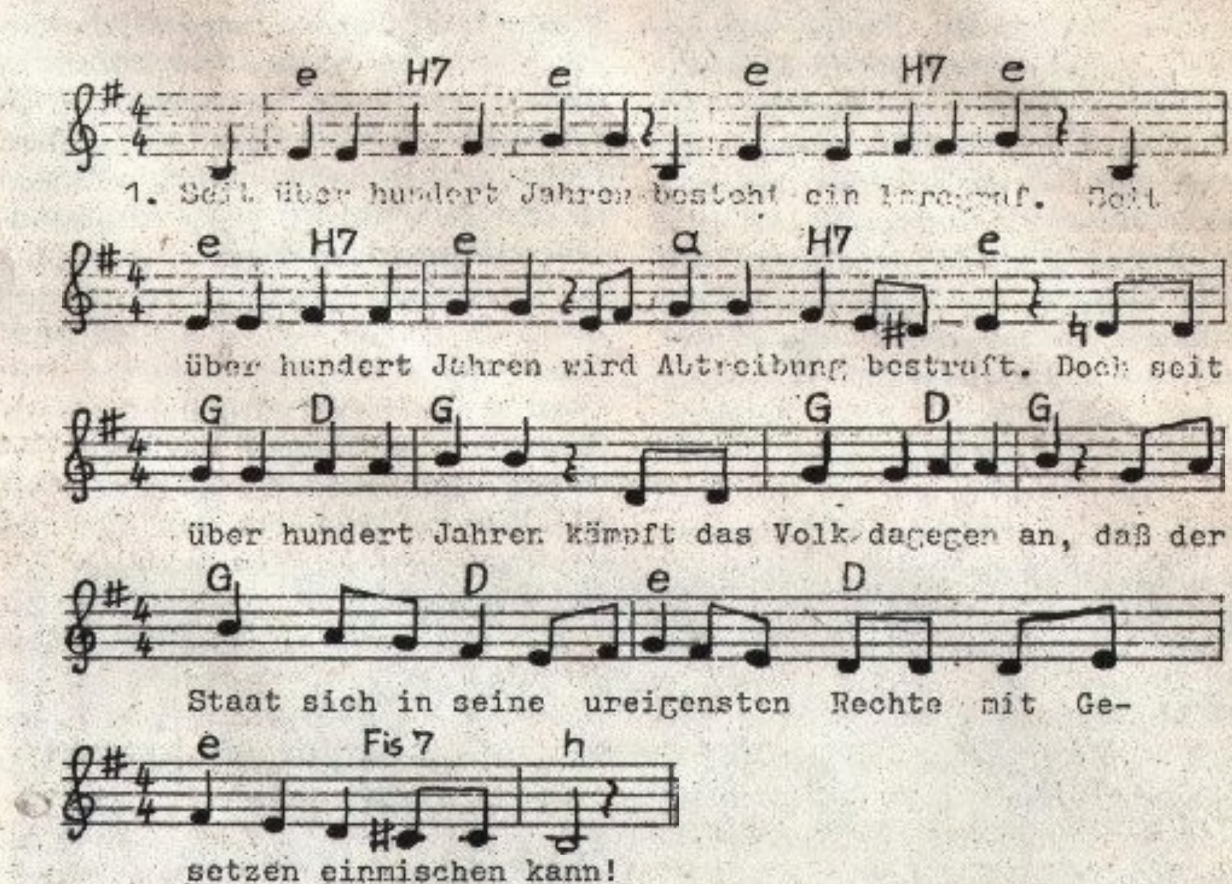
Hundert Jahre § 218

Seit über hundert Jahren
stützt der Staat eine Ordnung im Land,
die das Recht auf Ausbeutung garantiert
und verbietet das Recht auf Widerstand.
Doch diese Ordnung nützt nicht uns,
für die Ausbeuter ist sie nicht schlecht.
Diese machen sich Gedanken, wie sie besser uns ausbeuten,
dazu ist ihnen der Staat gerade recht.

Seit über hundert Jahren
sorgt der Staat für die Ordnung im Land.
Seit über hundert Jahren
nimmt dem Volk er seine Rechte aus der Hand.
Doch seit über hundert Jahren
streckt das Volk seine Hände aus,
um die Rechte zu ergreifen, die der Staat erbittert festhält,
darum ballt es seine Hände nun zur Faust.

Und keine hundert Jahre mehr
wird dieser Paragraph bestehn,
denn keine hundert Jahre mehr
wird der Staat mit seiner Macht es verstehn,
das Volk unterm Joch zu halten,
es erkämpft eine neue Zeit.
Die Paragraphen sind der Anfang, doch das Volk schreitet weiter
und der Sturz der Ordnung ist dann nicht mehr weit.

Agit-Prop-Gruppe der Ortsgruppe Westberlin des Kommunistischen Bundes Westdeutschland





Aus der Theaterszene der Westberliner Kulturgruppe: Der § 218 ist eine der Ketten, mit denen die herrschende Klasse die Arbeiterklasse und das Volk fesselt, der Volksentscheid gegen den § 218 ist das Mittel, die Kette zu sprengen.

Liedergruppen aus Heidelberg, Mannheim und Westberlin sangen Kampflieder, die im Verlauf des letzten Jahres aus der Bewegung gegen den § 218 entstanden sind.

Aus einem Beitrag der Vertreterin des Zentralen Ausschusses, Barbara Hohenstein:

Es ist so, wie wir gestern ausführlich schon ausgeführt haben, daß die Auspressung und Ausplünderung und Ausbeutung, die sich verschärft hat, die sich niederschlägt ganz offensichtlich ... in der Senkung des Lohns, daß diese Tatsache unweigerlich in der nächsten Zeit Tausenden von Kindern das Leben kosten wird. Das ist eine Tatsache. Es ist unweigerlich, daß aus dieser Tatsache folgt, daß der Kampf von der Arbeiterklasse verstärkt geführt wird unter der radikalen Forderung nach Beseitigung des § 218. Beispiele dazu: ...
Der Druckstreik ist scharf geführt worden in Westberlin. Das Komitee hat eine Solidaritätsresolution mit dem Streik der Druckkollegen im Streikbüro abgegeben. Das war gut gewesen, es war nämlich so, daß die Kollegen in dem Streikbüro gesagt haben, das finden wir gut. Wir haben die Auseinandersetzung beim Mercator-Druckbetrieb schon gehabt, bei Gedat-Druck, um den § 218. Wir sind da von der Geschäftsleitung zurückgepfiffen worden. Die haben gesagt, wir sollten unsere Wandzeitung, die wir aufgehängt haben, abhängen. Wir haben die Auseinandersetzung im Betrieb selbst geführt. Es ist gut, daß ihr genau in die Tarifauseinandersetzung die Frage des § 218 reinbringt. Es ist nämlich so: Erstens stehen wir hier nicht als Druckkollegen, sondern als Teil der Arbeiterklasse, die einen außerordentlich scharfen Kampf führt gegen die Kapitalistenklasse und außerdem, es geht nicht mehr allein um den Lohn. Das ist uns klar geworden in der Auseinandersetzung. Der zweite Schritt, den wir daraus entwickelt haben, war der, daß die Kulturgruppe des Komitees vor den Streikposten des Verlags Springer in Westberlin das Theaterstück aufführen wollte.

Wie war die Situation? Wir haben uns an die Streikleitung gewandt. Das waren Sozialdemokraten. Die haben gesagt: Ach, hört auf, das interessiert hier überhaupt niemanden. Es geht hier um Lohn und um sonst geht's hier nicht. Ihr führt das Stück am besten erst gar nicht auf. Das Komitee hat sich nicht zurückgezogen. Es hat gesagt: Fragen wir doch mal die Kollegen, was die dazu sagen. Die Kollegen haben gesagt: Führt mal erst auf, zeigt her, was ihr zu sagen habt in der ganzen Angelegenheit. Wir werden sehen und die Debatte darum führen. Das Stück ist aufgeführt worden, und es ist so gewesen, daß in der anschließenden Debatte nicht allein die Frage darum ging, ist das jetzt richtig, die Festgeldforderung für 140 DM weiter durchzukämpfen und stark zu bleiben und die Kampffront auszubilden, sondern es ist umfassend die Frage des Staates gestellt worden im Zusammenhang des § 218. Das Ergebnis war, daß die Kollegen, die Streikposten geschlossen unterschrieben haben, sich Broschüren des Komitees gekauft haben.

... Es ist nicht nur so, daß die Arbeiterklasse objektiv das Interesse daran hat, den Kampf gegen den § 218 zu führen. Es ist genau so wie es im Rechenschaftsbericht ausgeführt ist. Die Arbeiterklasse ist das Rückgrat der Bewegung ..."

VW-Sonderschichten: 5,4 Millionen Extraprofit

Der Vorstand des VW-Konzerns hat vor, in diesem Jahr 12 Sonderschichten zu fahren.

Für diese Sonderschichten muß er den Arbeitern 50 Prozent Zuschlag zum Lohn zahlen. Das ist im Manteltarif so festgelegt. Diesen 50-Prozent-Zuschlag nutzen nun die Herren Schmücker und Thomé, um in die Welt zu posaunen, daß an diesen Samstagen „nichts verdient" wird, sondern daß es nur darum geht, die Kunden zu halten, damit sie nicht zur Konkurrenz gehen. Dabei haben diese Herren den Schein auf ihrer Seite, denn 50 Prozent Lohnzuschlag, da scheint der Profit tatsächlich weitgehend weg zu sein. Es verhält sich aber ganz anders. Um das festzustellen, muß man die Bilanzen des VW-Konzerns heranziehen. Nach den Angaben des Vorstandes hatte der Konzern 1975 einen Umsatz von 18 857 Millionen Mark, bei einem Absatz von 2 038 000 Autos. Man kommt dabei auf einen Verkaufspreis von durchschnittlichen 9 252 Mark pro Auto. Aus dem Geschäftsbericht 1974 ergibt sich, daß pro Auto ein Materialaufwand von durchschnittlich 5 610 Mark entsteht (1974 mit insgesamt 10 068 Millionen Mark bei 2 068 000 produzierten Autos sind es 4 848 Mark pro Auto, berechnet auf die 2 038 000 Autos im Jahre 1976 und eine Inflationsrate von 6 Prozent folgt: 5 160 Mark pro Auto. Quelle: Bericht über das Geschäftsjahr 1974, Kurzfassung).

Weiter gehen in den Preis eines Autos ein der Lohnanteil pro Auto. 1975 hatte der Konzern an Löhnen und Gehältern zu zahlen 5 374 Millionen Mark, bei 2 038 000 Autos ergibt das einen Lohnanteil von 2 636 Mark. (Frankfurter Rundschau, 14. Mai)

Die fixen Kosten des Konzerns sind für 1975 sind noch nicht einheitlich ausgewiesen. Man kann sie aber errechnen aus den Angaben bis September 1975 (Mitteilung an die Aktionäre) und aus dem Geschäftsbericht 1974. Daraus folgt an Abschreibungen und „sonstigen Aufwendungen" 2 500 Millionen Mark im ganzen Jahr und somit pro Auto 1225 DM. Der durchschnittliche Preis eines im Jahre 1975 produzierten VW setzt sich also folgendermaßen zusammen: 5 160 Mark Materialkosten, 1225 DM Verschleiß der Maschinerie und sonstige Aufwendungen wie Verwaltungskosten, Spesen und die Teppiche in der Vorstandsetage, fixe Kosten und 2 636 DM Lohnkosten (hier sind nicht nur die Löhne berechnet, sondern auch die Vorstandsbezüge, Tantiemen des Aufsichtsrats usw.). Bei einem Verkaufspreis von durchschnittlich 9252 DM pro Auto ergibt sich so ein Überschuß pro abgesetztem Auto von 231 Mark, vor Steuer.

ge, fixe Kosten und 2 636 DM Lohnkosten (hier sind nicht nur die Löhne berechnet, sondern auch die Vorstandsbezüge, Tantiemen des Aufsichtsrats usw.). Bei einem Verkaufspreis von durchschnittlich 9252 DM pro Auto ergibt sich so ein Überschuß pro abgesetztem Auto von 231 Mark, vor Steuer.

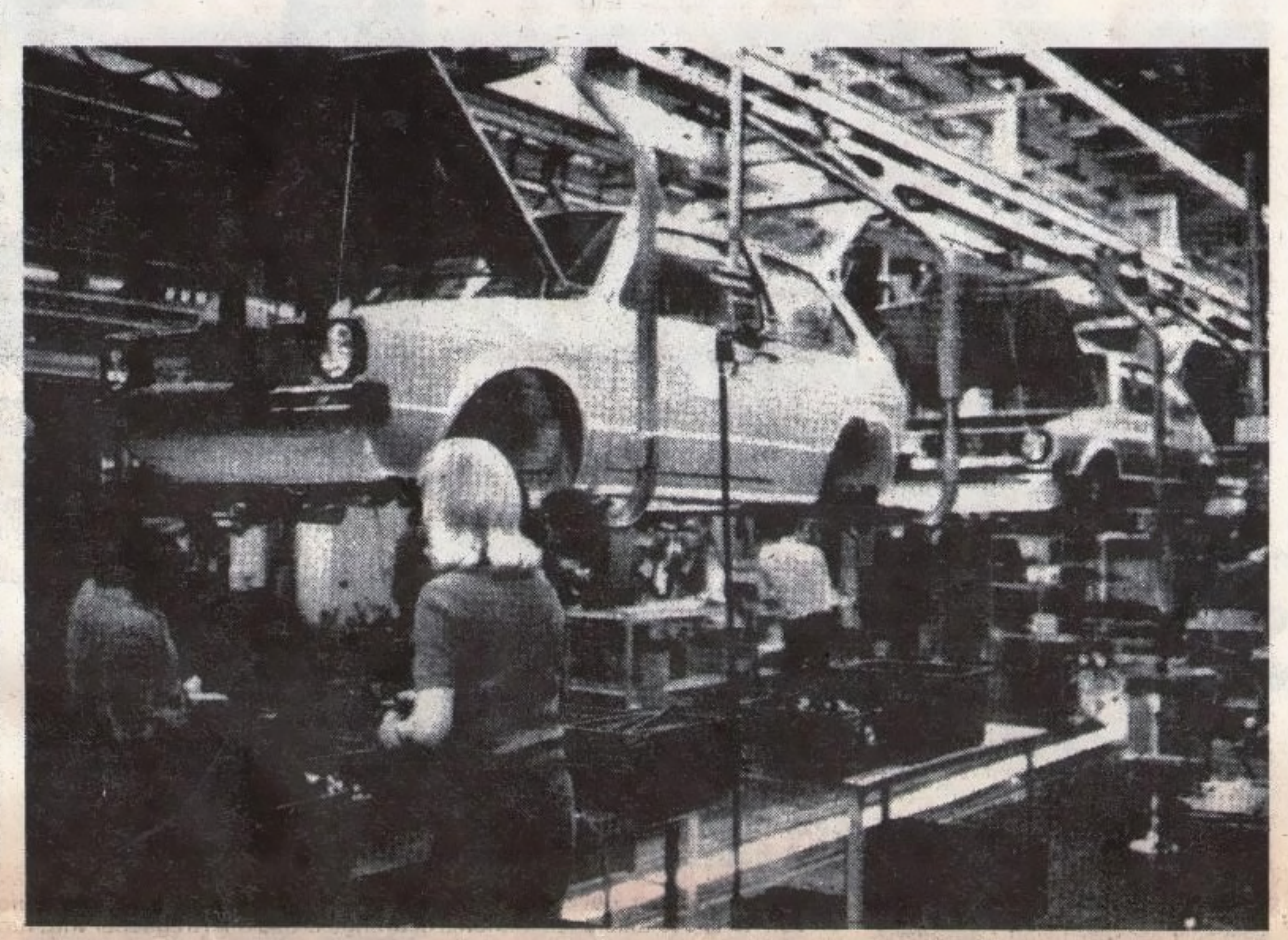
Produzieren jetzt die Kapitalisten nicht nur an den Normalarbeitstagen, sondern machen Überstunden oder Sonderschichten, dann ergibt sich, daß der Anteil der Abschreibungen und der „sonstigen Aufwendungen" sich auf alle produzierten Autos verteilt, sagen wir statt auf 2 Millionen Autos auf 2,1 Millionen Autos, also pro Auto weniger Abschreibungen und „sonstige Aufwendungen", oder anders ausgedrückt: Die fixen Kosten brauchen nur auf die 2 Millionen Autos berechnet zu werden und nicht auf die zusätzlichen 100 000, denn durch diese zusätzlich produzierten Autos erhöhen sich nicht die Abschreibungen und auch nicht die Teppichkosten in den Vorstandsetagen. Diese Kosten fallen also weg für die in Sonderschichten produzierten Autos. Zusätzlich ist seit Anfang des Jahres folgendes eingetreten: Erstens wurden die Preise erhöht um 5 Prozent, das macht einen neuen Verkaufspreis von 9 700 Mark. Zweitens: auf der Bilanzpressekonferenz am 12. Mai gab Schmücker den Vertretern der Presse bekannt, daß der Rohertrag pro Beschäftigten um 28 Prozent gestiegen sei, also der Lohnanteil pro Auto um 28 Prozent gesunken. Macht einen neuen Anteil von 1 897 Mark pro Auto. Die fixen Kosten, das ist aus dem in dieser Beziehung verläßlichen Bericht der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung" vom 14. Mai zu entnehmen, sind weitgehend konstant geblieben, so daß mit den Zahlen des Vorjahres gearbeitet werden kann. Also setzt sich der Preis der Autos jetzt zusammen aus: 5 160 DM Materialkosten, 1 225 DM fixe Kosten, 1 897 DM Lohnkosten, zusammen 8 282 Mark, also ein **Überschuß von 1418 Mark.** (Das wurde auch schon Ende 1975 erreicht, kommt aber jetzt im neuen Geschäftsjahr erst richtig zum Tragen.)

Wird jetzt sonnabends produziert, so ergibt sich für die an diesem Tag produzierten Autos folgende Rechnung: 5 160 DM Materialkosten, 1 897 DM plus 50 Prozent Lohnzuschlag gleich 2 845 DM; die fixen Kosten fallen weg, bleibt: 8 005 DM oder **ein Überschuß von 1695 Mark.**

Es ergibt sich so ein Extraprofit für den Konzern für jedes in der Sonderschicht produzierte Auto von ca. 300 Mark. Ein sauberes Geschäft, trotz 50 Prozent Lohnzuschlag.

In Wolfsburg werden in einer Schicht ungefähr 1 500 Autos hergestellt. Für dieses Werk ergibt also jede Sonderschicht einen Extraprofit von 450 000 Mark, bei insgesamt 12 Sonderschichten 5,4 Millionen DM. Oder anders ausgedrückt: 490 000 Durchschnittsstundenlöhne eines VW-Arbeiters mit 11 Mark pro Stunde oder die Reproduktionskosten einer Arbeiterfamilie mit 1 800 Mark netto im Monat in 3 000 Monaten oder 250 Jahren, also das ganze Leben von fünf produktiven Arbeitern mit ihrer Familie. Nur der Extraprofit!

Das nennt der saubere Herr Schmücker Sonderschichten, die nichts bringen und nur die Kunden halten sollen. – (db)



Golf-Montage bei VW. Der Rohertrag pro Beschäftigten ist um 28 % gestiegen, das heißt der Lohnanteil pro Auto wurde um 28 % gesenkt. Diese gesteigerte Leistung geht auf Kosten der Gesundheit der Arbeiter. Bei VW Wolfsburg ist jeder zwölfte Arbeiter derzeit krank.

VW Wolfsburg

Kranken wird mit Entlassung gedroht

Wolfsburg. „Rohertrag bei VW um 28 Prozent pro Beschäftigten gestei- Es wird einem gesagt, daß man durch seine Krankheit dem Unternehmen sammen. Die Kapitalisten drohen den kran-

VW Wolfsburg

Kranken wird mit Entlassung gedroht

Wolfsburg. „Rohertrag bei VW um 28 Prozent pro Beschäftigten gesteigert", meldeten in den letzten Wochen die bürgerlichen Zeitungen. Mit allen Mitteln aus jedem Mann das Letzte herausholen ist das Ziel der Ausbeuter. Das geht an die Gesundheit der Arbeiter. Das Ergebnis: Der Krankenstand bei VW Wolfsburg beträgt zur Zeit 8 Prozent. Die Profitschinder, die den Krankenstand hochgetrieben haben, läßt das nicht ruhen. Sie haben die Ware Arbeitskraft gekauft und pochen darauf, sie jederzeit vernutzen zu können. Der Druck wird verstärkt, um die Arbeiter trotz Krankheit ans Band zu zwingen. Reihenweise werden in den letzten Wochen Arbeiter vor den Personalausschuß oder Vergatterungsstelle, wie er im Werk genannt wird, zitiert. Zur Belehrung, wie es offiziell heißt. Erklärtes Ziel ist, den Krankenstand zu senken. Diese Belehrung sieht so aus: Es wird einem gesagt, daß man durch seine Krankheit dem Unternehmen schaden würde. Man solle sich ein bißchen am Riemen reißen und genau überlegen, ob man denn nicht doch arbeiten könne, und sich nicht gleich krankschreiben lassen. Ein Arbeiter fragte, was er denn machen solle, er hätte hohes Fieber gehabt. Er wurde „belehrt", daß häufiges Kranksein ein Entlassungsgrund sei, da man dann für die Arbeit im VW-Werk ungeeignet sei. Ein Arbeiter wurde vor den Personalausschuß geholt, den der Betriebsarzt mit dem Krankenwagen nach Hause geschickt hatte, weil er bei der Arbeit zusammengeklappt war.

„Krankheit darf kein Entlassungsgrund sein. Der Betriebsrat soll dafür sorgen, daß die Wühlerei nicht noch schlimmer wird, anstatt sich im Personalausschuß herumzudrücken", faßte ein Arbeiter die Meinung vieler zusammen.

Die Kapitalisten drohen den kranken Arbeitern. Die VW-Herren wollen das erkämpfte Recht der Arbeiterbewegung, Versicherungen zum Schutz der Arbeitskraft zu bilden, durchlöchern. Wenn die Arbeitskraft ruiniert ist durch die Jagd nach Profit, dann schützt die Krankenversicherung davor, sie nicht noch weiter durch Lohnarbeit zerstören zu müssen. Das wollen die Kapitalisten beseitigen. Denn eine schutz- und rechtlose Arbeiterklasse, die brauchen sie bei ihrer Jagd nach Höchstprofit.

Den Angriffen der Kapitalistenklasse muß ein Riegel vorgeschoben werden. Das ist nur möglich dadurch, daß die Versicherungen vollständig von den Lohnabhängigen selbst verwaltet werden. – (VW-Zelle Wolfsburg)

CDU-Angriffe auf die Krankenversicherung

Weil du arm bist, mußt du früher sterben

„Wer für seine Gesundheit Verantwortungsbewußtsein empfindet, nimmt im Bedarfsfall das Gesundheitswesen auch bei eigener finanzieller Inanspruchnahme in Anspruch. Wer dieses Verantwortungsbewußtsein nicht hat, nimmt Leistungen des Gesundheitswesens unabhängig von seiner eigenen finanziellen Beteiligung nicht oder weniger in Anspruch." Das schreibt die CDU in einem inoffiziellen gesundheitspolitischen Programm, das auszugsweise im „Deutschen Ärzteblatt" vom 18. März abgedruckt wurde. Wer zahlt, zeigt für seine Gesundheit Verantwortung; wer nicht zahlt, ist verantwortungslos: So wird gerechtfertigt, daß die Lohnabhängigen mehr von ihrem Lohn ausgeben sollen, damit ihre Gesundheit wiederhergestellt wird. Wenn sie nicht zahlen, werden sie für verantwortungslos erklärt.

Weitere Angriffe auf die medizinische Versorgung der Lohnabhängigen sind geplant:

Verweildauer und Bettenzahl im Krankenhaus sollen verringert werden. Den bürgerlichen Politikern sind zuviele Lohnabhängige zu lange in den Krankenhäusern; sie sollen schneller wieder zur Lohnarbeit zurechtgeflickt werden: *„Eine Kürzung der Verweildauer kann nur dann zu einer Kostensenkung im Krankenhauswesen führen, wenn gleichzeitig die überhöhte Bettendichte auf ein medizinisch begründetes Maß zurückgeführt wird."* Der Kapitalist auf der Privatstation wird demgegenüber so lange sich auskurieren können, wie er es für rchtig hält. Er regelt das mit seinem Geldbeutel.

So billig wie möglich werden die Kassenpatienten dagegen abgefertigt: *„Ärztliches Verhalten kann sich nicht darauf abstützen, daß es Wünsche des Patienten gibt, bestimmte Leistungen zu erhalten. Der Kassenarzt muß sich vielmehr auch und gerade in solchen Fällen an § 368 e Reichsversicherungsordnung orientieren"*, schreibt der Vorsitzende des gesundheitspolitischen Fachausschusses der CDU und Staatssekretär in Kiel Beske in „Der deutsche Arzt" Nr. 8/1976.

Und was sagt dieser Paragraf? *„Leistungen, die für die Erzielung des Heilerfolges nicht notwendig oder unwirtschaftlich sind, kann der Versicherte nicht beanspruchen."* In klare Worte gefaßt: Weil du arm bist, mußt du früher sterben!

Die Zahl der Medizinstudenten soll verringert werden. Daß soviele Lohnabhängige zum Arzt gehen, liegt nach Meinung der CDU offensichtlich daran, daß es zu viele Ärzte gibt. Das *„zusätzliche Angebot"* von Ärzten wird *„erwiesenermaßen stark in Anspruch genommen"*. (Beske, Der deutsche Arzt Nr. 4/1976) Wenn das „Angebot" verringert wird, wird nach Meinung der CDU die „starke Inanspruchnahme" schon wieder zurückgehen. Wo kein Arzt, da kein Patient. Die noch volleren Wartezimmer und die Zweiminutenpraxis werden die Verdienste der Ärzte sicher nicht senken. Und die Privatpatienten sind ja sowieso nicht betroffen.

Und schließlich: Im Krankenhaus soll das Personal „rationeller und qualifikationsgerechter" eingesetzt werden. Mit anderen Worten: Weniger Personal verorgt mehr Patienten. Die Auspressung von Mehrarbeit wird gesteigert und die Versorgung der Patienten verschlechtert. – (Red. nach einer Zuschrift aus Hannover)

Meldungen

Erwitte. Nachdem die Arbeiter der Zementfabrik Seibel einen mehr als ein Jahr dauernden Kampf gegen ihre Entlassungen und die Stillegung des Werks geführt hatten, erklärte sich der Kapitalist C. Seibel vor kurzem bereit, die Produktion stufenweise wieder anlaufen zu lassen. Am 1. Juni haben zunächst 15 Arbeiter die Produktion wieder aufgenommen. Nach zwei Stunden kam der Rechtsvertreter von C. Seibel und las die neuen Arbeitsbedingungen vor: Die Arbeiter sollten auf sämtliche alten Rechte, z.B. Betriebsvereinbarungen, verzichten. Neueinstufungen werden vorgenommen mit geringerem Lohn, keine Zulagen mehr. Als die Arbeiter diese Arbeitsverträge unterschreiben sollten, lehnten sie das geschlossen ab und legten die Arbeit nieder.

Nordenham. Bei VFW-Fokker in Einswarden streikten am Donnerstag, 20.5. die 90 Arbeiter aus der Kleberei. Sie forderten, daß endlich ein Frühstücksraum zur Verfügung stehen müsse. Bis dahin mußten sie am Arbeitsplatz, an denen mit giftigen Stoffen gearbeitet wird, ihr Frühstück und Mittagessen einnehmen. Die Geschäftsleitung mußte zurückstecken. Am nächsten Tag bekamen die Arbeiter einen Raum, mit dem sie zufrieden waren.

Kiel. Ab 1. Juni **streiken die Arbeiter in der Heizungs- und Lüftungsindustrie Schleswig-Holsteins** für 8 % mehr Lohn und für die Erhöhung der Auslösung und des Monteurzuschlages. Die Kapitalisten hatten 5,2 % angeboten. Der Streik findet schwerpunktmäßig in 8 Betrieben in Flensburg, Kiel, Lübeck und Rendsburg statt. 96 % der teilnehmenden IGM-Mitglieder stimmten für Streik.

Dietzenbach / Hessen. Am Dienstag letzter Woche folgten 80 bis 90 % der Belegschaft der Autofirma Volvo (500 Arbeiter und Angestellte) dem Aufruf ihrer Vertrauensleute, erst um neun Uhr zur Arbeit zu kommen. Damit sollten die **Forderungen nach 200 DM mehr für alle** und für 50 DM für jeden Auszubildenden unterstützt werden. Diese Forderungen waren schon auf der Branchenversammlung des Kfz-Handwerkes im Bereich Offenbach aufgestellt worden. Die Große Tarifkommission in Hessen hatte dagegen 8 % als Forderung aufgestellt. Auf der Betriebsversammlung bei Volvo vorigen Dienstag beauftragten die Dietzenbacher Volvo-Arbeiter den Betriebsrat, zusammen mit der IG Metall und den Vertrauensleuten Verhandlungen über einen Haustarif mit der Geschäftsleitung zu beginnen. Die Geschäftsleitung lehnte die Forderung nach 200 DM ab. Darauf riefen die Vertrauensleute die Beschäftigten auf, am Dienstag von 3 Treffpunkten aus zur Arbeit zu fahren und Transparente mit den Forderungen auf den Wagen zu befestigen.

Neckargemünd. Im Januar dieses Jahres wurden im Südwestdeutschen Rehabilitationszentrum Neckargemünd drei Betriebsräte fristlos entlassen, weil sie auf einer ÖTV-Mitgliederversammlung Informationsmaterial des Betriebsrates zum Erlaß des baden-württembergischen Innenministers Schieß verteilt hatten. Auf Grund dieses Erlasses wird die Bespitzelung und Überprüfung durch den Verfas-

Neckargemünd. Im Januar dieses Jahres wurden im Südwestdeutschen Rehabilitationszentrum Neckargemünd drei Betriebsräte fristlos entlassen, weil sie auf einer ÖTV-Mitgliederversammlung Informationsmaterial des Betriebsrates zum Erlaß des baden-württembergischen Innenministers Schieß verteilt hatten. Auf Grund dieses Erlasses wird die Bespitzelung und Überprüfung durch den Verfassungsschutz für alle im öffentlichen Dienst Beschäftigten durchgeführt. Durch eine neue Satzung sollte auch im Rehabilitationszentrum die politische Überprüfung und Bespitzelung festgelegt werden. Auf mehreren Abteilungsversammlungen hatten sich die Beschäftigten gegen die Entlassung ausgesprochen. (Die KVZ berichtete über den Kampf gegen die Entlassungen.) Im Prozeß der 3 Betriebsräte wurden bereits im Februar in 1. Instanz von dem Arbeitsgericht in Heidelberg die **Kündigungen aufgehoben.** Am 31.5. wurde die Berufung des Dienstherren von dem Landesarbeitsgericht in Mannheim zurückgewiesen.

Mannheim. Bei Benz haben die 60 Dreher und Fräser im Bau 25 den **Prämienlohn abgelehnt,** den die Geschäftsleitung einführen wollte. Mehrfach war der Betriebsrat auf Betriebsversammlungen und Vertrauensleutesitzungen darauf festgelegt worden, den Prämienlohn ebenfalls abzulehnen. Mit Erholzeitpausen (wie im Akkord) und 120 % Verrechnungen auf den Lohn während eines viermonatigen Probelaufes sollten die Arbeiter gekauft werden. Die meisten blieben hart: „Meine Gesundheit und mein Arbeitsplatz sind mir wichtiger als jetzt die Mark mehr in der Stunde." Den Arbeitern war klar, was hinter dem Prämienlohn steckt – verstärkter Leistungsdruck, Belegschaftsabbau und verschärfte Konkurrenz untereinander. Ein weiterer Probelauf von sechs Monaten, den der Betriebsrat vorschlug, wurde von den Arbeitern abgelehnt. Die Geschäftsleitung lehnte den Betriebsratsvorschlag daraufhin ab. Jetzt konnte der Betriebsrat nicht anders und mußte den Prämienlohn ebenfalls ablehnen.

Bruchsal. Im Siemens-Werk Bruchsal streikten am letzten Montag 80 Arbeiter aus der Abteilung Betriebsunterhaltung für anderthalb Stunden. 16 Arbeiter sollten entlassen werden, gefordert wurde Information über die Entlassungen. Bei etwa 4000 Mann Belegschaft sollen in der nächsten Zeit insgesamt 1200 entlassen werden. Es gehen Gerüchte, daß das Siemens-Werk (Nachrichtentechnik) ganz stillgelegt werden soll. Schon jetzt werden jeden Monat 40 entlassen und Maschinen demontiert.

Chemietarif Westberlin: „5,85 %, mindestens 85 DM“

85 DM nur auf die Endgehälter

Westberlin. Überall konnte man hören und lesen, daß es im IG Chemie Bezirk Nordmark-Westberlin dasselbe Ergebnis wie in Rheinland-Pfalz gäbe. 5,85 %, mindestens 85 DM.

In dem Tarifbezirk Nordmark-Westberlin gibt es 85 DM – aber nicht für alle! In der „Kurzinformation“ der IG Chemie Westberlin heißt es: „*Die Lohn- und Endgehälter erhöhen sich mit Wirkung vom 1. Mai 1976 um 5,85 %, mindestens jedoch um 85 DM. (Die Relation vom Endgehalt zum Anfangsgehalt einer jeweiligen Gruppe bleibt wie bisher prozentual bestehen.)*“ Mindestens 85 DM gibt es also nur für die Löhne der Arbeiter und für die Endgehälter der Angestellten. In den Anfangsstufen vor den Endgehältern gibt es keine 85 DM. Und die Relation innerhalb einer Gruppe bleibt prozentual bestehen. Bis zu 20 DM brutto weniger bedeutet das für die Chemieangestellten. In Westberlin wurde diese Täuschung der IG-Chemie-Mitglieder mit einem „Übermittlungsfehler“ erklärt.

Wie hätte die Gewerkschaftsführung auch dagestanden, wenn dieser „Übermittlungsfehler“ nicht erfunden worden wäre? Ein Übermittlungsfehler kommt schneller zustande, als die Gewerkschaftsführer einen Abschluß erklären können, der eindeutig niedriger ist als in den anderen Tarifbezirken Hessen und Rheinland-Pfalz und darüberhinaus die Belegschaften spaltet.

Wie wirkt sich der Abschluß aus?

Die Gehaltstarife der Angestellten werden nach den Beschäftigungsjahren eingeteilt. Vom 6. Jahr an ist die Endstufe 4 erreicht.

Gruppe	ab 1.5.76	Erhöhg.
K1/T1/1. Stufe	1024,–	65,–
K1/T1/2. Stufe	1086,–	68,–
K1/T1/3. Stufe	1189,–	75,–
K1/T1/Endstufe	1348,–	85,–
K2/1. Stufe	1151,–	64,–
K2/2. Stufe	1235,–	68,–
K2/3. Stufe	1366,–	76,–
K2/4. Stufe	1627,–	90,–
T2/1. Stufe	1229,–	67,–
T2/2. Stufe	1343,–	74,–
T2/3. Stufe	1479,–	82,–
T2/4. Stufe	1702,–	94,–
K3/1. Stufe	1343,–	74,–
T3/1. Stufe	1464,–	81,–

Die Relation bedeutet:
Beispiel:
K1/4. Stufe: 85,– DM
K1/1. Stufe: 65,– DM
65,– DM sind zirka 76 % von 85,– DM. Bisher betrug die prozentuale Differenz in der Gruppe K1 von der 1. Stufe bis zur 4. Stufe auch zirka 76 %.

Dieser Abschluß bedeutet Lohnabbau und Spaltung zugleich. Er muß abgelehnt werden. – (j., Westberlin/Red.)

IG Druck Mitgliederversammlung Frankfurt:

IG Druck Mitgliederversammlung Frankfurt:

„Das tatsächliche Ergebnis ist ungenügend“

Frankfurt/M. Am 28. Mai, zwei Wochen nach dem Abschluß, fand eine Mitgliederversammlung der IG Druck und Papier Bezirk Frankfurt statt.

Auf dieser Versammlung hatte der Bezirksvorstand das Ziel, die Mitgliedschaft auf eine prinzipielle Zustimmung zu dem Lohnraubabschluß festzulegen, nachdem hier in Frankfurt 55 % der Mitglieder das Ergebnis abgelehnt hatten.

Dabei konnten sie aber den großartigen Erfolg und die Bedeutung des Druckerstreiks nicht unter den Tisch reden. So wurde berichtet, daß allein in Frankfurt 15000 DM gespendet wurden zur Unterstützung des Streiks, von einzelnen Kollegen, Gewerkschaftsgruppen, aus Schulen und der Universität.

Was den Abschluß angeht, so hatte der Vorstand nur ein einziges Argument dafür: Das Wichtigste sei nämlich, daß die Gewerkschaft intakt bleibe und sich nicht finanziell ruiniere, weil noch weitere Aufgaben anstehen. Gleichzeitig aber sträubte er sich mit Händen und Füßen dagegen, in der nächsten Zeit weitere Mitgliederversammlungen durchzuführen. Das zeigt, daß er dieses Argument selbst nicht ernst nimmt.

Gegen die Linie der Verteidigung dieses Abschlusses sprachen fast alle Redner. Es wurde gezeigt, daß der Abschluß nicht 6,66 % ausmacht, wie Mahlein sagt, sondern nur 6 %. „Für jede Überstunde, die ich machen muß, aufs Urlaubs- und Weihnachtsgeld krieg ich nur 6 %, keinen Pfennig mehr“, sagte ein Arbeiter. Auch auf die politischen Fragen, die der Streik aufgeworfen hat, wurde eingegangen. Das Eingreifen des Staates, besonders die Polizeiangriffe, wurde scharf verurteilt. Weiter forderte ein Arbeiter ein gesetzliches Verbot der Aussperrung und das uneingeschränkte Streikrecht, auch für Lehrlinge.

Mitten in dieser lebhaften Diskussion wurde vom Vorstand die Abstimmung über eine Entschließung in die Rednerliste eingeschoben, die dem Abschluß im Prinzip zustimmt. Darin ist die Rede von „einem bedeutsamen Ergebnis“. Zentrale Streikleitung, Hauptvorstand und Große Tarifkommission hätten „einig und geschlossen (an der Spitze des Kampfes) die Auseinandersetzung durchgestanden“. Jetzt sei es die Aufgabe eines jeden, „in diesem Sinne weiterzuarbeiten“.

Diese Resolution konnten sie aber so nicht durchkriegen. Es wurden Zusätze beschlossen, in denen erklärt wird, daß „das tatsächliche Ergebnis ungenügend ist“ und der Kampfkraft der Kollegen nicht entsprochen hat. Diese Resolution wurde dann von zirka 40 Kollegen angenommen. 20 Kollegen enthielten sich oder stimmten dagegen. – (u., Frankfurt)

Regelmäßig über 10 Stunden

In der Arbeitszeitordnung hat sich die herrschende Klasse ein Gesetz geschaffen, mit dem sie gegen den Achtstundentag vorgehen kann und das es den Kapitalisten erlaubt, die Arbeitskraft bis zu 16 Stunden täglich auszusaugen.

Die Kapitalistenklasse und ihr Staat versuchen die Mehrarbeit immer als „Ausnahme“ hinzustellen. Wie es damit aussieht, zeigt das folgende Urteil des Verwaltungsgerichts Karlsruhe, veröffentlicht unter dem Stichwort „Arbeitsschutzrecht“:

Arbeitssschutzrecht

Arbeitszeitverlängerung durch Gewerbeaufsichtsamt

(Verwaltungsgericht Karlsruhe, Urteil vom 16.4.1975 – VI (V) 59/72; nicht rechtskräftig)

1. Eine befristete Ausnahmegenehmigung nach § 8 Arbeitszeitordnung (AZO), durch die eine 12-Stunden-Wechselschicht zugelassen wird, kann auch wiederholt, an bereits erteilte Ausnahmegenehmigungen anschließend, erteilt werden.
2. Beim Vorliegen der die Ausnahme rechtfertigenden Voraussetzungen kann die Genehmigung für mindestens 1 bis 2 Jahre erteilt werden.
3. Eine über 10 Stunden täglich hinausgehende Arbeitszeit kann nur zugelassen werden, wenn der von der AZO bezweckte Schutz der Arbeitnehmer angesichts der konkreten tatsächlichen Verhältnisse nicht beeinträchtigt wird.
4. § 7 AZO steht der Erteilung einer wiederholten befristeten Ausnahmegenehmigung nach § 8 AZO nicht entgegen.

Die zitierten Paragraphen der Arbeitszeitordnung lauten:

§ 7 AZO: „Die Arbeitszeit kann durch Tarifvertrag bis zu zehn Stunden täglich verlängert werden.

Wenn in die Arbeitszeit regelmäßig und in erheblichem Umfange Arbeitsbereitschaft fällt, kann die Arbeitszeit auch über zehn Stunden verlängert werden.“ – (b., Heidelberg)

Die Arbeitszeit im Einzelhandel

Es gibt weder den Achtstundentag, noch die Vierzigstundenwoche



Die Kaufhäuser erwarten 1976 eine Profitsteigerung von 17 %. Personalabbau bei Ausdehnung der Verkaufsflächen ist dafür das Rezept der Kapitalisten. Im Horten Geschäftsbericht von 1974 heißt es: „Eine konsequent fortgesetzte Rationalisierung erlaubte es, die Erhöhung der Mitarbeiterzahl trotz beträchtlichem Verkaufsflächenzuwachs in engen Grenzen zu halten.“ 1975 wurde in den Warenhäusern die Zahl der Vollbeschäftigten um 2 Prozent gesenkt.

ten.“ 1975 wurde in den Warenhäusern die Zahl der Vollbeschäftigten um 2 Prozent gesenkt.

Tariflich festgelegt ist im Einzelhandel (gemeint ist im folgenden immer der Tarifvertrag von Baden-Württemberg) eine Arbeitszeit von 40 Wochenstunden bzw. 80 Stunden in der Doppelwoche. Dies bedeutet jedoch weder einen Achtstundentag noch eine 40-Stunden-Woche oder 80-Stunden-Doppelwoche gleichmäßig übers ganze Jahr. Wieso nicht?

„*Beginn und Ende der täglichen Arbeitszeit sowie der Pausen werden von der Geschäftsleitung – soweit ein Betriebsrat besteht, im Einvernehmen mit diesem – festgesetzt.*“

Üblich ist heute in den großen Kaufhäusern die Fünftagewoche mit einem rollierenden freien Tag. D.h. in der ersten Woche des Jahres hat der Beschäftigte z.B. am Montag frei, in der zweiten dann am Dienstag usw. Dadurch ergibt sich an den 4 Tagen der Woche eine tägliche Arbeitszeit von nicht 8, sondern 8 1/2 Stunden und am Samstag 4 1/2 oder fast 8 Stunden (je nach kurzem oder langem Samstag).

Auf die Woche gerechnet arbeiten die Werktätigen im Einzelhandel so angeblich in Wochen mit kurzem Samstag 38 1/2 Stunden, in Wochen mit langem Samstag (also jeweils in der ersten Woche des Monats und im ganzen Dezember) 41 1/2 Stunden und in den Wochen, in denen ihr freier Tag auf einen Samstag fällt (alle 6 Wochen) sogar 42 1/2 Stunden.

Über diese langen Wochen mit langem Samstag, oder wenn ihr Rolliertag auf den Samstag fällt, werden nun die Werktätigen im Einzelhandel so ver-
gem Samstag, oder wenn ihr Rolliertag auf den Samstag fällt, werden nun die Werktätigen im Einzelhandel so ver-
tröstet, daß sie ja dafür in den restlichen Wochen weniger arbeiten müßten und übers Jahr gerechnet das Ganze eine Vierzigstundenwoche ausmache. Wie sieht es aber wirklich aus?

Das Ziel der Kapitalisten: Ein möglichst großer Teil des Lebens der Werktätigen wird zu Arbeitszeit für den Ausbeuter

Wirklich sind die Arbeiter und Angestellten im Einzelhandel ja nicht „nur“ 8 1/2 Stunden täglich an den Arbeitsplatz gefesselt, sondern *mindestens* 9 Stunden 40 Minuten, rechnet man die Pausen hinzu (nämlich von 5 vor 9 Uhr bis 5 nach 1/2 7 Uhr). In vielen Betrieben ist es noch länger, liegt z.B. der Arbeitsbeginn noch früher. Die Pausen gelten – wie fast überall – nicht als Arbeitszeit, obwohl sie wie jeder weiß – unbedingt notwendig sind, wenn die Arbeitskraft den ganzen Tag zur Verfügung stehen soll.

Zu diesen 9 Stunden 40 Minuten kommt weiter hinzu die – auch in der Regel nicht zur Arbeitszeit zählende – Zeit fürs Umkleiden und fast überall 10 bis 20 Minuten täglich für Arbeiten, die vor oder nach Öffnung des Hauses für die Kunden erledigt werden müssen: Kasse holen, einzählen, Kasse abrechnen, zur Hauptkasse bringen, zuendebedienen, Theke abräumen und putzen (vor allem im Bereich Lebensmittel und Restaurant), Frischwaren ein- und wegräumen und vieles mehr.

Zu diesen sogenannten „Arbeitsleistungen einzelner Beriebsangehöriger“ heißt es im Tarifvertrag: „*Arbeitsleistungen einzelner Betriebsangehöriger für das Zuendebedienen, zum Fertigmachen der Post und des Versandes bis zu 10 Minuten täglich über die eigentliche Arbeitszeit hinaus werden nicht vergütet.*“ Diese Arbeitsleistungen „einzelner“ Betriebsangehöriger, die in Wirklichkeit in vielen Häusern und Abteilungen regelmäßig vorkommen, verlängern also bereits gesetzlich die Arbeitszeit der Werktätigen im Einzelhandel wöchentlich um 50 Minuten, d.h. **jährlich 43,33 Stunden**! Mehr als eine ganz normale Vierzigstundenwoche also.

Weiter wird festgelegt: „*Für Arbeitsleistungen über 10 Minuten hinaus ist mindestens eine halbe Stunde und – falls diese Zeit überschritten wird – die volle Stunde zuzüglich des Zuschlags zu vergüten.*“ Ist schon die erste Festlegung Raub an Zeit und Kraft des Arbeiters, so ist es die zweite in der Regel auch:

So fand z.B. bei Kaufhaus *Schneider* in Freiburg solche Arbeitsleistungen über 10 Minuten am Tag hinaus, die gerade in Bereichen mit Kassenfunktionen und bei Lebensmittel ständig vorkommen, selten ein Kollegen abgerechnet am Monatsende, und schon gar nicht aufgerundet auf die volle oder halbe Stunde, erst recht nicht bezahlt und schon überhaupt nicht mit Zuschlag. Im Gegenteil werden solche täglichen „kleineren“ Arbeitsverlängerungen als „natürlich“ vom Kapitalisten eingesackt im Sinne eines Betriebes mit „Kundenservice“.

So müssen bei *Kaufhof* Freiburg die Lebensmittelkassiererinnen täglich eine halbe Stunde früher kommen und bekommen dafür – welche Bereicherung – eine längere Pause.

Weitere Arbeitszeitverlängerungen

Jedoch ist dies lange nicht die einzige Arbeitszeitverlängerung, die verlangt wird. Auch für den Einzelhandel gilt ja die 1938 von den Faschisten eingeführte Arbeitszeitordnung, 1946 von den Alliierten erneut in Kraft gesetzt und 67 vom Bundesverfassungsgericht in ihrer Rechtmäßigkeit bestätigt, nach der „*bei Vorliegen eines dringenden Bedarfs ... die Arbeitszeit gemäß § 6 AZO an 30 Tagen im Jahr verlängert werden (kann), jedoch nicht über 10 Stunden täglich*“.

Dies wird denn auch gerne praktiziert. So ist wieder bei *Schneider* Freiburg in den Frischabteilungen im Lebensmittelbereich (Brot, Partyküche, Obst und Gemüse, Fleisch) zwar an und für sich ein Schichtdienst eingerichtet – 1. Schicht: 7.30 bis 17 Uhr wegen Einräumen der Theke, 2. Schicht: 8.55 bis 18.35 Uhr, wobei diese Schicht hinterher noch die Theke ausräumen und putzen muß. In der Praxis jedoch ist der Personalbestand durch Wegrationalisierungen und Eigenkündigungen von Kollegen, für die nicht gleichviel neue eingestellt wurden, so knapp geworden, daß andauernd Kollegen, die in der 7.30 Uhr Schicht dran sind, bis 18.30 Uhr durcharbeiten müssen.

Für den Einzelhandel besteht dann noch eine gesetzliche Besonderheit in der Freigabe der Arbeiter und Angestellten für den Kapitalisten – nämlich die: Über die Verlängerung der täglichen Arbeitszeit auf 10 Stunden an 30 Tagen im Jahr „hinaus, kann die regelmäßige Arbeitszeit vor Weihnachten in der Zeit vom 1. bis 24. Dezember gemäß § 7 AZO (Arbeitszeitordnung) täglich bis zu 10 Stunden verlängert werden“.

Überstunden werden nicht bezahlt

Daß dies aber lange nicht alles ist, soll an einigen weiteren Beispielen dargelegt werden. So ist z.B. auf der Grundlage der Arbeitszeitordnung tarifrechtlich den Kapitalisten die Möglichkeit gegeben, die Lohnabhängigen möglichst perfekt dann noch bei der Vergütung von Überstundenarbeit zu betrügen. Nämlich durch den Passus: „*Mehr-, Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit kann – im Einvernehmen mit dem Betriebsrat – durch Freizeit mit dem entsprechenden Zuschlag abgegolten werden. Hierbei sollen die Wünsche der Arbeitnehmer* ***nach Möglichkeit berücksichtigt werden.***“

Diese Regelung ist bei den Kapitalisten sehr beliebt. Bei *Schneider* Freiburg werden außer ganz außerordentlichen Ausnahmen keine Überstunden bezahlt. Statt dessen müssen sie „abgebummelt“ werden. Ganz abgesehen davon, daß hier noch selten jemand einen Mehrarbeits-Zuschlag in Freizeit mit vergütet sah, sondern meist nur die reinen geleisteten Überstunden.

Vor Weihnachten geht es so: Über die sowieso schon mit den langen Samstagen über 40 Stunden reichlich hinausgehende Wochenarbeitszeit hinaus ist in den Warenhäusern wie *Kaufhof* und *Schneider* Freiburg (und bei den anderen auch) immer wieder so, daß Rolliertage vor Weihnachten nicht mehr „gegeben“ werden, d.h. den Arbeitern und Angestellten einfach diktiert wird, *6 Tage* jeweils mehr als 8 Stunden zu schuften. Der Arbeiter geht nervlich und körperlich kaputt – der Kapitalist gewinnt: Nach Weihnachten, natürlich nur an ruhigen Tagen, müssen diese freien Tage nachgeholt werden, meist ohne Überstundenzuschlag, versteht sich.

Der Kapitalist hat viele Türen offen zur völligen Auspressung der Werktätigen. Nur unter anderem nennen will ich hier noch die Regelung, daß z.B. im Einzelhandel trotz der erkämpften Fünftagewoche den Arbeitern für jede Urlaubswoche 6 Tage berechnet werden, daß sie – fällt ihr Rolliertag, also ihr freier Tag, auf einen Feiertag, was unter der Woche oft der Fall ist, diesen nicht ersetzt bekommen und so um notwendige und ihnen zustehende Freizeit betrogen werden.

Um diese Arbeitsbedingungen zu sichern, wird von der Bourgeoisie verbreitet, daß Ladenschlußzeiten und Arbeitszeit für die Arbeiter und Angestellten *untrennbar* zusammenhingen. Der Gedanke daran, daß das gar nicht sein *muß*, daß die Werktätigen *natürlich* bei zehnmal von 9 bis 18.30 Uhr bestehenden Ladenöffnungszeiten *bessere Arbeitszeiten* für sich erkämpfen können z.B. durch verschiedene Arbeitsbeginn- und Schlußzeiten, soll garnicht erst aufkommen.

Welches Interesse sich hier durchsetzt, kann nur der Kampf entscheiden. Das zeigen alle Erfahrungen der Arbeiterbewegung und das zeigt den Kollegen im Einzelhandel ihre tägliche Situation und die täglichen Kämpfe gegen die Maßnahmen der Kapitalisten.

Vorbereitet werden muß in allen diesen Kämpfen und in Diskussionen in Gewerkschaft und Betrieb die Manteltarifrunde für den Einzelhandel Ende dieses Jahres, bei der es darauf ankommen wird, tarifliche Festlegungen zu erkämpfen, die dem uneingeschränkten Zugriff der Kapitalisten auf Zeit und Arbeitskraft der Werktätigen einen Riegel vorschieben.

Verankert werden muß dabei überall die Forderung nach Sicherung des Achtstundentages an fünf Tagen in der Woche und darüber hinaus für den Siebenstundentag, die 35-Stunden-Woche und dem völligen Verbot von Überstunden. – (w., Stadtteilzelle Innenstadt Freiburg)

ÖTV-Gewerkschaftstag 1976

Fortsetzung von Seite 1

Sie halten wertvolle Erfahrungen und objektive Gesetzmäßigkeiten des Klassenkampfes fest und entsprechen dem Willen der Mitglieder.

Reaktionäre Anträge hingegen, die kraft sozialdemokratischer Fraktionsdisziplin (denn längst nicht alle Sozialdemokraten machen diese Politik mit) eine Mehrheit durchaus finden mögen, sind gleichwohl auf dem Wege in den Papierkorb befindlich. Die Mühe, die es gekostet hat, das eine oder andere Quentchen Wahrheit auf den Gewerkschaftstag zu bringen, hat sich verlohnt, die Aufgabe ist gestellt.

Festgeldforderungen werden bekräftigt

Dies beginnt mit der Auseinandersetzung um die Erfahrungen aus den Lohnbewegungen. Mehrere Kreisdelegiertenkonferenzen verlangen, daß an der Aufstellung von Festgeldforderungen festgehalten wird, *„um den Unterschied zwischen der niedrigsten und höchsten Lohn- und Gehaltsgruppe nicht noch weiter zu vergrößern"* (Kreisdelegiertenkonferenz Minden). Der Bezirksvorstand Hessen stellt in seinem Antrag fest, daß sich das Verfahren zur Aufstellung der Tarifforderung in der ÖTV entsprechend Antrag 408 des letzten Gewerkschaftstages bewährt hat. In der Führung der Auseinandersetzung entsprechend den mit diesem Antrag gegebenen Möglichkeiten konnte sich im vergangenen Jahr die Festbetragsforderung von 135 DM in der Gewerkschaft ÖTV durchsetzen. Die Qual, die dieser Fortschritt den Reaktionären bereitet, drückt sich in Anträgen aus, die das bisherige Verfahren nach Antrag 408 ersetzen wollen. So heißt es z.B. in einem Antrag der Bezirkskonferenz Hamburg: Da die *„zur Verfügung stehenden Daten nur sehr schwer allen Mitgliedern verständlich sind, und daher vielfach Beschlüsse ‚nach Gefühl' zustandekommen, sollte die Beschlußfassung und Meinungsbildung nach Kontakten mit den Vertrauensleuteleitungen ... den Tarifkommissionen und Organen gemäß Satzung übertragen werden"*.

Dies ist ein offener Versuch, vom
mäß Satzung übertragen werden .

Dies ist ein offener Versuch, vom Standpunkt des Dienstherrn ausgehend die Errungenschaften der Lohnbewegung im öffentlichen Dienst rückgängig zu machen.

Das Beamtenrecht wird angegriffen

Der Fortschritt der Gewerkschaftsbewegung, der mit dieser Stärkung der klassenbewußten Positionen verbunden ist, findet neben den Anträgen zur Tarifpolitik vor allem Ausdruck im Kampf um die Herstellung der Einheit der Beschäftigten im öffentlichen Dienst und in der wachsenden Bestrebung, den Kampf um die Rechte der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst als Bestandteil des Kampfes der Arbeiterklasse gegen die Kapitalistenklasse und ihren Staatsapparat zu führen.

Die Bezirkskonferenz Niedersachsen greift das Beamtenrecht an, „... *da diese besonderen Dienstrechte sich vor allem in Tarifauseinandersetzungen besonders negativ auf die Solidarität der Arbeitnehmer auswirken*" und verlangt, *„daß die Gewerkschaft ÖTV sich verstärkt für ein einheitliches Personalrecht einsetzt"*. Sie stellt ausdrücklich fest: *„Dazu gehört u.a. das Streikrecht für Beamte und Auszubildende."*

Der Notwendigkeit der Beseitigung der Fesseln, die das besondere Dienstrecht und Treueverhältnis zum bürgerlichen Staat für die Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung und der Arbeiterbewegung bedeuten, entsprechen die Anträge, in denen Maßnahmen gegen die Rationalisierung im öffentlichen Dienst gefordert werden.

Das Ziel ist die Einheit der Arbeiterbewegung

So fordert z.B. die Bezirkskonferenz Westberlin energischen Widerstand gegen alle weiteren Versuche der Arbeitgeber, *„durch Stellenstreichungen und Nichtbesetzung frei gewordener Stellen die Arbeitsbelastung der Kollegen im öffentlichen Dienst zu verschärfen"*. Die Bundesjugendkonferenz stellt zur Begründung der notwendigen Maßnahmen gegen das Bestreben der staatlichen Dienstherren nach Einführung der „Analytischen Arbeitsplatzbewertung" fest: *„Ziel der Arbeitgeber ist es (wie bei jedem Lohnsystem), die Leistung zu steigern und die Kosten zu senken"*.

Die Entschlossenheit der Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst, sich der Arbeiterbewegung nicht entgegenstellen zu lassen, sondern die Auseinandersetzung mit dem staatlichen Dienstherrn als Teil der Arbeiterbewegung und vom Standpunkt der ganzen Klasse aus zu führen, findet Ausdruck in Anträgen, die u.a.

– ein Vorgehen gegen den Versuch der Aufhebung oder Aushöhlung der Vierzigstundenwoche fordern mit dem Ziel der gesetzlichen Änderung der noch gültigen Arbeitszeitordnung von 1938, die die Achtundvierzigstundenwoche enthält;
– in der Forderung nach 30 Arbeitstagen Urlaub für alle Beschäftigten mindestens;
– in der Forderung nach Selbstverwaltung der gesetzlichen Krankenversicherung durch die versicherten Arbeitnehmer allein;
– oder z.B. in der Forderung der Bezirkskonferenz Niedersachsen nach *„mindestens 80 % des Nettolohns als Arbeitslosengeld für die gesamte Dauer der Arbeitslosigkeit"*.

Die Sozialdemokraten im Hauptvorstand stehen unter starkem Druck dieser klassenbewußten Bestrebung in der Gewerkschaft ÖTV. In der für den Fortschritt dieser Gewerkschaftsbewegung entscheidenden Frage des besonderen Dienstrechts versuchen sie ihr zu begegnen mit einem Antrag zum einheitlichen Personalrecht. Mit diesem Antrag soll der Gewerkschaftstag der Regierung sein Verständnis zeigen, *„daß ein solches einheitliches Recht nur schrittweise zu erreichen ist"*. Anstelle der grundsätzlichen Forderungen nach Beseitigung des Beamtenrechts wird vom Hauptvorstand vorgeschlagen ein „Nahziel", das *„ein einheitliches Tarifrecht der Angestellten und Arbeiter und die Aufgliederung des Beamtenrechts in ein Grundlagen- und Folgerecht"* vorsehen soll.

Sozialdemokraten verfolgen entgegengesetzte Interessen

entgegengesetzte Interes-

Daß die Sozialdemokraten im Hauptvorstand keineswegs etwa von verschiedenen taktischen Erwägungen in der politischen Durchsetzung der richtigen und erhobenen Forderungen ausgehen, sondern sich von anderen politischen Interessen leiten lassen, zeigt die Behandlung des folgenden Antrags der Kreisdelegiertenkonferenz Duisburg: *„Der Hauptvorstand wird aufgefordert, sich für die Aufhebung des Ministerpräsidentenerlasses einzusetzen und sich gegen jeden Versuch zu wenden, die Einstellung in den öffentlichen Dienst durch Sondergesetze regeln zu lassen, da wir der Auffassung sind, daß die bisherigen Bestimmungen in BAT und Beamtengesetz voll ausreichend sind zum Schutze von Staat und Gesellschaft."*

Dieser Antrag, der dem Interesse der Kapitalisten nach einem funktionierenden Staatsapparat zum Schutze ihres Privateigentums die gewerkschaftliche Politik unterwirft, wird von der vom Hauptvorstand gewählten Antragskommission dem Gewerkschaftstag zur Annahme empfohlen. Dagegen wird von der Antragskommission als Material zu diesem Antrag erklärt ein Antrag der Bezirkskonferenz Hessen, in dem u.a. alle ÖTV-Mitglieder aufgefordert werden sollen, sich *„offensiv für das Recht auf freie Meinung und auf freie gewerkschaftliche und politische Betätigung einzusetzen"* und die Forderung erhoben wird: *„Aufhebung des besonderen Dienstrechts für Arbeiter, Angestellte und Beamte des öffentlichen Dienstes"*. Offensichtlich steht diese Forderung in vollständigem Gegensatz zu der Sorge um den „Schutz von Staat und Gesellschaft", die die Sozialdemokraten im ÖTV-Vorstand mit der herrschenden Kapitalistenklasse teilen. Die Forderung nach Aufhebung des besonderen Dienstrechtes ist in diesem Jahr zum ersten Mal in einem Antrag zum Gewerkschaftstag erhoben worden. Sie ist offensichtlich geeignet, die Bestrebungen nach Beseitigung der Fesseln und Knebel des Beamtenrechts und des besonderen Dienstrechtes, die in der Forderung nach einem einheitlichen Personalrecht ausgedrückt werden, klar und uneingeschränkt im Interesse des Klassenkampfes der gesamten Arbeiterklasse gegen die herrschende Kapitalistenklasse zum Ausdruck zu bringen. Eine saubere „Empfehlung" der Antragskommission des Hauptvorstandes ist dieser Versuch, den Fortschritt der klassenbewußten Gewerkschaftsbewegung, der mit dieser Forderung verbunden ist, als „Material" zu einem in die entgegengesetzte Richtung zielenden Antrag erklären lassen zu wollen!

Auf solche Manöver der Sozialdemokraten in der ÖTV zur Unterdrückung des Fortschritts der Gewerkschaftsbewegung baut die „Zuversicht" des Bundeskanzlers Schmidt, wenn er in seinem Grußwort an den Gewerkschaftstag erklärt, daß „noch nicht alle Folgen der weltwirtschaftlichen Rezession überwunden sind. Unbestreitbar aber ist, daß wir dank auch der verantwortlichen Mithilfe der deutschen Gewerkschaftsbewegung mit den Bedrohungen auf eine Weise fertig geworden sind, die uns Anlaß zu weiterer Zuversicht gibt". Dem offenen Versuch des sozialdemokratischen Bundeskanzlers, die Gewerkschaftsbewegung im öffentlichen Dienst für die Ziele der Expansion des westdeutschen Imperialismus einzuspannen, entsprechen die Anstrengungen der Sozialdemokraten in der ÖTV, die gewerkschaftliche Organisation zu mißbrauchen, um die Arbeiterbewegung zu spalten und die Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst vor den Karren der politischen Reaktion zu spannen zum Zwecke des „Schutzes von Staat und Gesellschaft".

Schmidt erklärt: „Dennoch müssen wir weiter an einem öffentlichen Dienst arbeiten, der sich in Bürgernähe, in Transparenz, in Dienstauffassung, Pflichtbewußtsein und Integrität durch nichts überbieten läßt." Diese „Arbeit" der herrschenden Klasse, die sich ausdrückt in Lohnabbau, Rationalisierung und Entrechtung ruft wach und stärkt unvermeidlich gerade die Triebkräfte, die die herrschende Klasse fürchtet und die die Gewerkschaftsbewegung im öffentlichen Dienst notwendig zu einem festen Bestandteil der Arbeiterbewegung werden lassen.

Mörfelden/Walldorf

„Gesamtschule streikbereit!"

Mörfelden/Walldorf (Hessen). Am Freitag, 28.5.76, fand in der Gesamtschule Mörfelden/Walldorf eine Personalversammlung statt. Wichtigster Tagesordnungspunkt war das Besprechen von Maßnahmen gegen die Streichung der Entlastungsstunden und die Zweidrittelstellen. Es zeigte sich in der Diskussion, daß die Zeit der papiernen Protestresolutionen vorbei ist. Als unwirksam hat sich auch der „Dienst nach Vorschrift" erwiesen, der an der Schule durchgeführt wurde. Einmütig wurde diese Maßnahme, worunter z.B. die Verweigerung von Klassenfahrten, Betreuung von Sammlungen über die bezahlte Zeit hinaus usw. fällt, als unwirksam abgelehnt. Es wurde eine Resolution verabschiedet, in der die Streichung der Entlastungsstunden und die Zweidrittelstellen abgelehnt werden und die Streikbereitschaft des Kollegiums erklärt wird. Ferner beschloß das Kollegium mit großer Mehrheit, die Demonstration der GEW am 3.6. in Wiesbaden zu nutzen, um die Streikbereitschaft der Kollegen breit und öffentlich zu dokumentieren und um dadurch auf die Durchführung einer Urabstimmung der GEW in ganz Hessen zu drängen. Zu diesem Zweck beschloß die Personalversammlung: Die Lehrer werden sich unter einem eigenen Transparent an der Demonstration beteiligen, das die Aufschrift trägt: „Die Gesamtschule Mörfelden/Walldorf ist streikbereit!"

Als erster praktischer Schritt in dieser Richtung wird am Donnerstag, dem 3.6. in der fünften und sechsten Stunde an der Schule kein Unterricht stattfinden und die Kollegen werden gemeinsam im Bus nach Wiesbaden fahren. – (k., Mörfelden)

GEW-Demonstration in Düsseldorf am 28.5.

Über 2000 demonstrierten

Düsseldorf. Am Freitag, 28. Mai, demonstrierten in Düsseldorf auf einer zentralen Demonstration für Nordrhein-Westfalen über 2 000 Referendare, Studenten und Schüler gegen die Verschlechterung der Ausbildungsbedingungen und die zunehmende politische Disziplinierung.

Der Demonstration waren Aktionstage in allen großen Städten Nordrhein-Westfalens vorausgegangen.

Aufgerufen hatten die nordrhein-westfälischen Landeskonferenzen der Referendare aller Schultypen.

In der gemeinsamen Plattform der Landeskonferenz wurde festgehalten, daß neben der Verschlechterung der materiellen Bedingungen im Schulwesen, also Lehrermangel, Mangel an Lehrmitteln, hohe Klassenfrequenzen usw. die Konkurrenz und die offene Unterdrückung im gesamten Schulbetrieb zunimmt. „Dagegen regt sich immer stärkerer Widerstand. Der Staat versucht diesem Widerstand mit politischen Disziplinierungsmaßnahmen bis hin zum Berufsverbot zu begegnen. Die Masse der Lehrer soll eingeschüchtert werden und durch den Hinweis auf die Treuepflicht der Beamten politisch diszipliniert werden. (...) Die betroffenen Eltern, Lehrer und Schüler werden sich durch solche Einschüchterungsmaßnahmen nicht davon abhalten lassen, für ihre Rechte einzutreten."

Die Landeskonferenz der Referendare an berufsbildenden Schulen forderte daher in einem eigenen Flugblatt darüberhinaus:
Abschaffung des besonderen Dienstrechts im öffentlichen Dienst!

Die Fachgruppe Grund- und Hauptschulen der Düsseldorfer GEW hat darüber hinausgehend die Forderung beschlossen:
Arbeitslosengeld für alle arbeitslosen Jugendlichen! – (h., Köln)

Deutsches Krebsforschungszentrum Heidelberg

Der Personalrat tagte in der Eingangshalle

Heidelberg. Mit den letzten Personalratswahlen im Februar 1976 hatte sich die Belegschaft des Deutschen Krebsforschungszentrums (DKFZ) eine Waffe geschaffen, die sie in den zunehmenden Auseinandersetzungen mit dem Dienstherren einsetzen kann. Die gegensätzlichen Positionen von Belegschaft und DKFZ-Leitung kamen in den Berichten von Personalrat und DKFZ-Leitung auf der Personalversammlung vom 25.5.76 und der dort geführten Diskussion deutlich zutage.

Der Personalrat berichtete, wie die DKFZ-Leitung in den letzten Monaten ihre Anstrengungen verstärkte, die Belegschaft zu entrechten und sie gefügig zu machen, um ihre Sparpläne gegen die Belegschaft durchzusetzen und welche Schritte der Personalrat dagegen unternommen hatte. Stationen in diesen Versuchen der DKFZ-Leitung waren: Beschneidung der betrieblichen Mitbestimmungsrechte bei personellen Maßnahmen, bei Sicherheitsfragen, Personalausschlußverfahren und „Abmachungen" gegen den kommunistischen Personalratsvorsitzenden, Zensur des Peronalratsbrettes, Maßregelung des ganzen Personalrats, weil er die 135 DM Forderung der ÖTV unterstützte und weil er begann, Protestaktionen gegen die Reduzierung der Lehrstellen im DKFZ in Gang zu setzen, Druckverbot einer Informationsschrift des Personalrats über einen von der DKFZ-Leitung geplanten Entzug des Personalratszimmers. Nachdem der Personalrat sich weigerte, das Zimmer aufzugeben, schließlich Zwangsräumung. Die Folge von alledem waren betriebliche Protestaktionen in der Belegschaft und zahlreiche Gerichtsverfahren.

Die DKFZ-Leitung spitzte auf der Personalversammlung ihren Bericht zu auf die Aufforderung an die Belegschaft, diesen Personalrat abzuschaffen, weil mit ihm keine vertrauensvolle Zusammenarbeit und kein Interessenausgleich zwischen Leitung und Belegschaft mehr möglich sei. Das Zimmer sei entzogen worden, weil die DKFZ-Leitung „nicht bereit sei, für diesen Personalrat räumliche Opfer zu bringen". Ein Zimmerchen, das gerade Platz hat für Schrank und einen Schreibtisch hält man für ausreichend. So klar waren die Fronten auf einer Personalversammlung noch nie gewesen.

Gerade der Entzug des Personalratszimmers und somit einer wichtigen Voraussetzung der Personalratsarbeit hatte in den letzten Tagen den Protest der Belegschaft und ihres Personalrats gegen die Politik der DKFZ-Leitung weiter gesteigert. Das verbotene Flugblatt dazu wurde vom Personalrat selber vervielfältigt. Eine Unterschriftensammlung fand bis zu den Arbeitsgruppenleitern breite Unterstützung. Ein erster Höhepunkt wurde in der Woche vor der Personalversammlung erreicht durch eine Protestaktion des Personalrats: Er verlegte seine Sitzung in die Eingangshalle: Zwei, drei spanische Wände wurden aufgestellt und mit einer Wandzeitung versehen, auf der die Zwangsräumung des Personalratszimmers und dieser Akt als schwerer Eingriff in die Personalratstätigkeit gekennzeichnet waren, dahinter tagte der Personalrat. Viele Kollegen schafften ihrer Empörung in der Eingangshalle über den Angriff der DKFZ-Leitung Luft. Einige Personalratsmitglieder sah man nicht auf der Sitzung. Sie hielten wie auch schon früher, treu zur DKFZ-Leitung.

Die Sitzung war kaum ein paar Minuten alt, da erschienen auch schon Regierungsoberamtmann Götz, der stellvertretende Dienststellenleiter, und sein Helfer Gilbert. Die umstehenden Kollegen in der Eingangshalle bekamen mit, wie der Herr Götz den Personalratsvorsitzenden aufforderte, die Sitzung sofort abzubrechen, weil es eine Störung des Betriebsfriedens sei. Der Personalratsvorsitzende wies daraufhin den stellvertretenden Dienststellenleiter an, sofort wegzugehen, weil das eine Personalratssitzung sei und der Personalrat das Hausrecht habe. Verstört gingen die beiden Staatsbeauftragten weg. Ein paar Minuten später hing dann auf der Wandzeitung ein Schreiben der Dienststellenaufsicht an den Personalrat, auf dem noch einmal schriftlich aufgefordert wurde, die Sitzung abzubrechen, weil sie den Betriebsfrieden störe.

Zwischenzeitlich war Frühstückspause und immer mehr Kollegen diskutierten in der Eingangshalle und studierten die Wandzeitung. Dann kam Herr Gilbert mit einem Fotografen zurück, um die Geschehnisse im Bild festzuhalten. Weil er alle anwesenden Personalratsmitglieder auf der Platte festhalten wollte, kam er mit dem Fotografen immer näher. Vom Personalratsvorsitzenden wurden die beiden Herren dann wieder weggeschickt, weil hier eine Personalratssitzung stattfinde. Die Personalratssitzung wurde zuendegeführt. Auf ihr wurde beschlossen, daß der Personalrat gegen die Zwangsräumung des Zimmers bei Gericht klagt, wenn die DKFZ-Leitung kein angemessenes Zimmer zur Verfügung stellt.

Auf die Personalversammlung brachte der Personalrat dann eine Resolution nach seinen räumlichen Forderungen ein. Den ständigen Hetzversuchen einiger Direktoren gegen den Personalrat („Dieser Personalrat ist von KBW-Mitgliedern und -Sympathisanten beherrscht") machte dann die Belegschaft mit einem klaren Beschluß ein Ende: *Einstimmig* unterstützte sie die Forderungen ihres Personalrats. 10 Enthaltungen gab es, ausnahmslos von Mitgliedern der DKFZ-Leitung und der Verwaltungsspitze. Befragt, ob die DKFZ-Leitung den Forderungen des Personalrats jetzt entsprechen werde, antwortete ein Vertreter der Leitung, er werde das prüfen. In der weiteren Auseinandersetzung auf dieser Personalversammlung ging dann die DKFZ-Leitung auf fast alle Forderungen der Belegschaft ein, die sie früher abgelehnt hatte. Hatte sie z.B. dem Personalrat früher die Unterlagen über die Ursachen eines Explosionsunglücks mit tödlichem Ausgang verweigert, so versprach sie jetzt, diese dem Personalrat zuzusenden.

In den folgenden Tagen konnte man jetzt von Kollegen hören, daß der eine und andere Direktor meinte, daß wenn das Personalratszimmer so ungeeignet und klein sei, dann müßte man für den Personalrat ja vielleicht doch ein geeigneteres Zimmer schaffen. – (Zelle DKFZ, Heidelberg)

Ausländische und deutsche Jugendliche kämpfen gemeinsam für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum

„Wenn wir zusammenhalten, sind wir stark“



Bremen. Das leerstehende Schulhaus Mainstraße wurde besetzt und zum selbstverwalteten Jugendzentrum erklärt. Ein Heimrat aus drei türkischen und drei deutschen Jugendlichen wurde gewählt.

Bremen. Am Samstag haben über 100 Jugendliche die alte, leerstehende Schule Mainstraße in der Neustadt besetzt und zum selbstverwalteten Jugendzentrum erklärt. Über ein Jahr hatte der Senat sich geweigert, ein Haus in Selbstverwaltung zur Verfügung zu stellen. Der Einsatz der Polizei gegen die Demonstration am Buntentorsteinweg, der Einsatz der Klassenjustiz gegen die Jugendzentrumsbewegung haben dem bürgerlichen Staat nichts genutzt, es hat vielmehr den Widerstand nur noch breiter und tiefer hervorgetrieben.

In vielen Stadtteilen fordern die Jugendlichen Häuser in Selbstverwaltung, um sich frei von staatlicher Gängelung dort über ihre gemeinsamen Interessen zu beraten und der Verstümmelung ihrer Fähigkeiten entgegenzutreten.

In der Neustadt brannte jetzt vor 14 Tagen auch noch das letzte staatliche Jugendfreizeitheim aus. Das schürte nur noch mehr die Unruhe, eine Kundgebung und Demonstration wurde durchgeführt, in der die Forderung nach einem Jugendzentrum in Selbstverwaltung bekräftigt wurde. Der Staat und seine Jugendkontrolleure spürten die dicke Luft und stellten die Schule Mainstraße als staatliches Heim zur Verfügung. „Die Neustädter Jugend hat ein Haus und braucht nicht auf der Straße zu sitzen“, verkündete das Flugblatt des Jugendamtes und die bürgerliche Presse.

Ein lumpiges Zugeständnis

Doch kein Zugeständnis gibt es vom Staat, ohne daß er zugleich eine Lumperei im Schilde führt. Nur die Clubs der Jugendlichen des ausgebrannten Heims sollten rein dürfen, der Rest der Jugend sollte ausgesperrt bleiben. Unter der Fuchtel der Sozialarbeiterin Wally Fach wurden die Clubs systematisch verhetzt und dabei die besondere Rechtlosigkeit der türkischen und Zigeuner-Jugendlichen ausgenutzt. Denen wollte das Jugendamt weismachen: Die Jugendinitiative nimmt euch die Räume weg, nur wenn ihr euch mit den Jugendamtsleuten gut stellt und ihre Vorschriften befolgt, könnt ihr weiter in die Räume rein.

Im Haus herrschte die blanke Willkür: Zwei werden beim Knutschen erwischt – eine Woche Hausverbot. Vier Wochen Hausverbot, weil jemand einen alten Zettel vom Schwarzen Brett abgerissen hat. Generelles Hausverbot für ein Mädchen, das zuviel getrunken hatte: Unterwerfung als Eintrittspreis in das Jugendheim.

„Wenn die Bullen kommen, sagen wir, daß ihr hier bleiben sollt“

Vor der Besetzung wurde der vom Jugendamt betriebenen Spaltung der entscheidende Schlag versetzt und die Einheit der Jugendlichen hergestellt: Die Jugendlichen in den Clubs und aus der Jugendinitiative haben gemeinsam das Haus besichtigt, Wally Fach mußte hilflos zusehen: Mehr als zehn Räume, eine Turnhalle, ein Filmvorführraum, Werkräume – das wurde als groß genug für alle befunden. Nur war die Hälfte abgeschlossen. Alle waren der Ansicht, daß sich das ändern läßt und ein türkischer Jugendlicher sagte: „Wenn jetzt die Bullen kommen, dann sagen wir, daß ihr hier bleiben sollt.“ In einer Rede vor dem Haus wurde darauf hingewiesen: „Man muß sich wehren und zusammenhalten, dann können wir unser Ziel erreichen. Beim Streik bei Ford in Köln gab's keine feste Einheit zwischen deutschen und türkischen Arbeitern, deshalb konnten die Unternehmer siegen. Wenn wir zusammenhalten, sind wir stark.“ Gemeinsam wurde in einem Park gefeiert und die Forderungen beschlossen:
– Das Haus soll jeden Tag offen sein, auch Sonnabend/Sonntag und in den Ferien.
– In das Haus soll jeder reindürfen – weg mit den Hausverboten!
– Was im Haus gemacht wird, entscheiden wir Jugendlichen selbst!
– Wally Fach raus – wir wählen die Sozialarbeiter selbst.

Durch die Besetzung wurden diese Forderungen durchgesetzt, und unter großem Beifall wurde auf einer Vollversammlung Wally Fach für abgesetzt erklärt, die in den beschlagnahmten Akten des Jugendamtes gefundenen Heimverbote für ungültig erklärt und ein Heimrat gewählt: je drei türkische und deutsche Jugendliche.

Unterstützung von vielen Seiten

Wie ein Lauffeuer verbreitete sich die Nachricht von der Besetzung. Am Samstag kamen über 400, um sich das Haus anzusehen und ihre Solidarität auszudrücken. Auf einer Veranstaltung Bremer Hochschullehrer gegen Zensur und Berufsverbote wurden spontan 300 DM gesammelt, Verpflegung gespendet.

Viele Jugendliche schliefen im Haus und alle bereiteten die Verteidigung gegen eine angedrohte Räumung durch die Polizei vor. Der Revierleiter der Wache 12 hatte gedroht, nach einer halben Stunde das Haus zu räumen. Daraus ist nichts geworden. Der Senat muß sich jetzt rechtfertigen und überlegt, wie er die Jugend isolieren und schlagen kann. Ein SPD-Landesvorstandsmitglied hat am Sonntag vor den versammelten Jugendlichen erklärt, jetzt sei das Haus ein KBW-Haus und nur KBW-Leute dürften rein. Das wiederholte auch der Senatsdirektor Hentschel in einem Interview mit Radio Bremen. Der SPD-Mann wurde ausgelacht, und der Sprecher des Heimrates erklärte im Radio, daß sie gerade die Heimverbote beseitigt hätten, außerdem sei der KBW die bisher einzige Organisation, die sie unterstütze, an der Haltung der anderen Parteien könne man ja sehen, wo sie stehen.

Am Sonntag Mittag wurde im besetzten Haus auf einer öffentlichen Versammlung der Kommunistische Jugendbund (KJB) Bremen gegründet.

Auf Versammlungen an den Hochschulen wurden erneut 500 DM für das Jugendzentrum gesammelt. Die Studenten haben beschlossen, einzelne Lehrveranstaltungen in das besetzte Haus zu verlegen, um die Jugendlichen zu unterstützen, falls die Polizei das Haus gewaltsam räumen will.

Senator Franke, derzeit Bürgermeister, sah sich gezwungen, eine Verhandlungsdelegation der Initiative zu empfangen, die ihm die vier Forderungen der Jugendlichen auf den Tisch legte. Er mußte zusagen, daß während der weiteren Verhandlungen das Haus in den Händen der Jugendlichen bleibt. Die Heimleiterin reichte, so der Senatsrat, ein Versetzungsgesuch ein, da sie „ihren Aufgaben nicht mehr gewachsen ist“.

Die Jugendlichen im Haus beschlossen, gleich ein Theaterstück über ihren Kampf für ein selbstverwaltetes Jugendzentrum zu erarbeiten, ein Solidaritätssportfest vorzubereiten und für Donnerstag die Eltern einzuladen, um die Front gegen den bürgerlichen Staat zu schließen. – (c., Bremen)

Gesellenprüfung

Getrimmt wird für die Ausbeutung

Wiesbaden. Derzeit finden in den Betrieben die Abschlußprüfungen als Facharbeiter statt.

Nach zwei, zweieinhalb oder drei Jahren Lehrzeit bekommt man nun den Stempel aufgedrückt, ob man als „qualifizierter“ Facharbeiter oder angelernter Arbeiter zur Ausbeutung zur Verfügung steht. Viele haben noch nicht mal dieses zweifelhafte Glück, einen Ausbeuter zu finden. So sind gegenwärtig in Wiesbaden zirka 1 000 Jugendliche arbeitslos, die arbeitslosen Schulabgänger nicht eingerechnet. Nach den Gesellenprüfungen wird sich diese Zahl weiter erhöhen. So werden z.B. bei der Hoechst AG Werk Albert von 7 Chemiefacharbeitern 3 und von den Laboranten keiner übernommen.

Ich bin Chemiefacharbeiterlehrling bei Albert und habe letzte Woche den praktischen Teil der Prüfung hinter mich gebracht.

Begonnen haben wir morgens um 7 Uhr in der Lehrwerkstatt. Aufgabe: Herstellung einer Rohrverbindung mit Einbau von Hahn und Ventil. Zeit: 2 Stunden. Schon vor Beginn mußten selbst die Ausbilder zugeben, daß die Zeit viel zu knapp ist.

Dann ging's los. Zeichnung lesen, Rohre einspannen, Gewinde fetten und mit Hanf umwickeln, dann zusammenschrauben. Rohr flach hämmern, anreißen, bohren und Viereck ausfeilen – immer mit Blick auf die Uhr. Um so weiter der Zeiger ging, um so fickeriger wurde man. Dann 15 Minuten Pause. Zigarette reingehauen und dann weiter. Viereck ist zu groß, wackelt auf dem Hahnrücken. Zum Neuanfangen ist keine Zeit. Also werden die anderen Arbeiten gemacht, immer mit dem Gedanken, daß das Viereck verhauen ist. Dann sind die zwei Stunden vorbei. Kaum einer ist fertig geworden.

Nach einer halben Stunde Pause geht die gleiche Hetze im Labor weiter. Die Zeit ist ebenfalls zu kurz.

Am nächsten Tag kommt dann das Bonbon. Umfällen von Zimtsäure im 1 000-Liter-Kessel. Die Zeit von zwei Stunden ist unmöglich zu schaffen. Also, Arbeitsanweisung durchgeflogen, Kessel mit 100 Liter Wasser gefüllt, 3 Liter Natronlauge dazu, Rührer an. Dann im Nebenraum Zimtsäure abwiegen. Die groben Brocken müßten eigentlich kleingemacht werden, damit sie das Ventil nicht verstopfen, das ist allerdings keine Zeit. Dann Zimtsäure in den Kessel füllen und zehn Minuten rühren lassen. Endlich Zeit zum Ausruhen! Denkste. Gibt Punktabzug. Die Zeit, in der die Lösung gerührt wird, runter von der Bühne, die Filterpresse zurechtmachen, Filterplatten einlegen, zuschrauben, Schläuche an Filterpresse und Kessel anschließen. Dann wieder hoch an den Kessel. Zwischendurch der Tip vom Ausbilder, man soll sich ein bißchen ranhalten. So geht's bis zum Schluß weiter. Gebraucht haben wir trotz Hetze vier bis fünf Stunden, die Vorgabezeit war zwei Stunden.

So eine Prüfung dient nicht dazu, erlernte Fähigkeiten zu überprüfen und zu schauen, was man noch besser machen kann, sondern man wird getrimmt für die Ausbeutung. Die meisten Punkte gibt es, wenn man schnell schafft und fertig wird. Den Kapitalisten geht es nicht darum, umfassend unsere Fähigkeiten zu entwickeln, sondern uns nur soweit Kenntnisse beizubringen, die wir später als Lohnarbeiter zur Bedienung von Maschinen brauchen. – (d., Wiesbaden)

Baden-Württemberg: Maulkorberlaß für Schülervertreter

Frankfurt. Im Mai 1976 gab der hessische Kultusminister folgenden Erlaßentwurf bekannt: „Betr.: Auskünfte der Schulen an Jugendämter, Polizei, Gerichte und Staatsanwaltschaften. Jugendämter, Polizei, Gerichte und Staatsanwaltschaften sind bei der Erfüllung ihrer Aufgaben auf Auskünfte der Schulen angewiesen. Für die Aussagen als Zeuge sowie für Auskünfte an die genannten Behörden wird hiermit unter Hinweis auf § 75 Abs. 2 HBG den Schulleitern, Lehrern, Erziehern und Schulpsychologen die Aussagegenehmigung über alle Angelegenheiten, die Schüler betreffen, allgemein erteilt.“ Bisher mußte der Regierungspräsident in jedem Einzelfall eine Aussagegenehmigung erteilen. Der neue Entwurf wird damit begründet, daß der bisherige Verwaltungsaufwand unvertretbar gewesen sei. In § 75 (1) heißt es: „Der Beamte hat, auch nach Beendigung des Beamtenverhältnisses, über die bei seiner amtlichen Tätigkeit bekannt gewordenen Angelegenheiten Verschwiegenheit zu bewahren.“ In Baden-Württemberg erließ die Behörde vor einigen Monaten sogar einen Erlaß, den die Lehrern die Besuche bei Eltern ihrer Schüler genehmigungspflichtig macht. Sollen gegenüber den Volksmassen alle Niederträchtigkeiten der Schulbürokratie gründlich gegen Verfolgung abgeschirmt werden, so soll demgegenüber zur Verfolgung und Unterdrückung jeder selbständigen Regung der Jugend, die ganze Lehrerschaft in Zuträger der Polizei und der Gerichte verwandelt werden.

Hessen: Jeder Lehrer soll Hilfssheriff sein

Baden-Württemberg. Nachdem die Landesregierung ihr erzreaktionäres Schulgesetz durchgebracht hat, mit dem „in Verantwortung vor Gott“, wie es darin heißt, die staatliche Schulgewalt ausgebaut wird, hat sie jetzt den Entwurf einer Verordnung über die Schülervertretungen nachgeschoben. Darin wird in zwanzig Paragraphen das Gefängnisgitter eingezäunt, in dem nach dem Willen der Landesregierung die Schülervertreter zum Ergötzen der Schulbehörde im Kreis laufen sollen. Im § 1 wird festgelegt, daß die Schülerräte sich Satzungen nur „im Rahmen des Schulgesetzes“ geben dürfen. „Die Organe der Schülermitverwaltung haben“, heißt es in § 2, „kein politisches Mandat“. „Veranstaltungen der Schülermitverwaltung“, so § 13, „die auf dem Schulgelände stattfinden, (...) unterliegen der Aufsicht“ des Schulleiters. Der Schulleiter muß jede Veranstaltung verbieten, wenn „Inhalt und Ziel der Veranstaltung gegen die bestehende Rechtsordnung gerichtet sind“, „eine schwere Beeinträchtigung der Aufgaben der Schule“ gegeben sei usw.

Bekanntmachungen am Schwarzen Brett, die nach Meinung des Schulleiters „gegen ein Gesetz, eine Schulordnung oder eine Verwaltungsanordnung verstößt oder die Erfüllung der Aufgaben der Schule ernsthaft gefährdet“, kann der Schulleiter „entfernen lassen“.

Der Geist der „Verantwortung vor Gott“ oder, weltlich gesprochen, der Geist der Ehrfurcht vor dem kapitalistischen Privateigentum, muß das gibt die Landesregierung mit ihrem Verordnungsentwurf zu, den Schülern mit dem Polizeiknüppel eingebleut werden.

Für arbeitsfreie Berufsschultage

Mannheim. Die Schülervertretung der Carl-Benz-Berufsschule hat gefordert, daß an Tagen mit 6 Schulstunden Unterricht eine Pause um 5 Minuten verlängert wird. Bei Schulstunden von 45 Min. und 2 Pausen von insgesamt 25 Min. kommen nämlich nur 4 Stunden und 55 Min. raus. Mit diesem Trick versucht die Schulleitung zu unterlaufen, daß nach 5 Stunden Unterrichtszeit der Berufsschultag arbeitsfrei ist.

Gegen die Aushöhlung der Schulpflicht

Frankfurt. Die Fachgruppenversammlung der Berufsschullehrer des Bezirks Frankfurt hat am 19.5. eine Protestresolution gegen einen Erlaß des hessischen Kultusministeriums verabschiedet, durch den die Schulpflicht weiter ausgehöhlt wird. In diesem Erlaß vom 27.2. wurde der Regierungspräsident ermächtigt, „berufsschulpflichtige Jugendliche, die in keinem Ausbildungsverhältnis stehen und nachweisen, daß sie wegen der ungünstigen Arbeitsmarktlage für die für sie bestehende Berufsschulpflicht keinen Arbeitsplatz erhalten, bis zu einem Jahr vom Besuch der Berufsschule zu beurlauben.“

Schuldemonstration in Oberursel

Oberursel (Taunus). 400 Eltern und Schüler demonstrierten am 29.5. in Oberursel mit den Forderungen: Kleinere Klassen, Einstellung von genügend Lehrern, mehr Unterricht. Aufgerufen hatte eine Elterninitiative an der Grundschule Mitte. Einen Brief an den Kultusminister Krollmann, in dem er aufgefordert wird, sich bis Mitte Juni zu den Forderungen zu äußern, haben 800 Eltern unterschrieben.

„Ausbildungsplatzförderungsgesetz"

Konkurrenzvorteile für die Monopole

Am 3. Juni wird die Bundesregierung im Bundestag ein „Ausbildungsplatzförderungsgesetz" einbringen. Nachdem das „Berufsbildungsgesetz" im Bundesrat gescheitert ist, will die Regierung im Eilverfahren wenigstens die Teile dieses Gesetzes durchbringen, die nicht von der Zustimmung des Bundesrats abhängig sind. Das sind hauptsächlich die Abschnitte des „Berufsbildungsgesetzes" über die Erhebung einer Umlage unter den Kapitalisten zwecks „Finanzierung" von Ausbildungsplätzen und damit zusammenhängende Steuervorteile. Mit dem „Ausbildungsplatzförderungsgesetz" wollen sich die Monopole ein Zusatzgeschäft mit der Arbeitslosigkeit von hunderttausend Jugendlichen eröffnen und sich weitere Konkurrenzvorteile verschaffen.

„Mit Rücksicht auf die noch immer sinkende Zahl der angebotenen Ausbildungsplätze und auf die demografische Entwicklung . . . ", d.h. angesichts der Tatsache, daß 1980 die Zahl der Schulabgänger um mindestens 140 000 höher liege als heute, sei „unbedingt erforderlich", das Gesetz zu verabschieden. So die Regierung. Folgendermaßen soll die Berücksichtigung des sogenannten „Schülerbergs" aussehen: Wenn das Angebot an Ausbildungsplätzen die Nachfrage um weniger als 12,5 % übersteige, solle die Regierung durch Rechtsverordnung beschließen: Für die Bereitstellung zusätzlicher oder neuer und für die Erhaltung „gefährdeter" Lehrstellen sowie für die „Unterhaltung überbetrieblicher Ausbildungsplätze" wird von den Kapitalisten eine Umlage gemacht.

Die abgabepflichtigen Kapitalisten können diese Abgabe als „Betriebskosten" von der Steuer absetzen. Die Zuschüsse, die aus der Umlage gezahlt werden, sind wiederum steuerfrei. Die Abgabe soll höchstens 0,25 % der Bruttolohn- und Gehaltssumme betragen. Kleinbetriebe werden mittels eines Freibetrages von 400 000 DM Lohnsumme von der Abgabe befreit, das sind Betriebe mit bis zu 20 Beschäftigten.

Das bedeutet, daß die Umlage gegenwärtig etwa 800 Millionen betragen würde. Womit der bürgerliche Staat die Löcher in seinem Haushalt, die durch die mit der Umlage verbundenen Steuerausfälle von rund einer halben Milliarde entstehen, stopfen wird, ist kein Geheimnis, das werden die Massen über die höhere Mehrwertsteuer, die Steuererhöhungen für Tabak- und Branntweinsteuern usw. zahlen müssen.

Zum Beispiel: Siemens

Welche Vorteile sich die Monopole mit diesem Gesetz verschaffen, zeigt folgendes Beispiel:

Nach den Angaben des Geschäftsberichts von 1974/75 müßte Siemens bei 5,4 Milliarden Löhnen und Gehältern im Höchstfall eine Abgabe von 13,5 Millionen zahlen. Diese 13,5 Millionen kann Siemens von der zu versteuernden Gewinnmasse abziehen. Bei einer Steuerquote von etwa 60 % müßte Siemens also 8,1 Millionen weniger Steuern zahlen.

In diesem Jahr will Siemens, wie aus einem Informationsblatt für den „Oberen und Mittleren Führungskreis des Hauses" vom 22. April 1976 hervorgeht, 3700 zusätzliche Lehrlinge einstellen, 15 Prozent mehr als im Vorjahr. Nach Aussagen von Staatssekretär Grüner sollen die Zuschüsse für zusätzliche Lehrstellen im Durchschnitt 5000 DM betragen. Das wären dann 18,5 Millionen. Also etwa 2,3 Prozent der gesamten Umlage für einen einzigen Konzern. Bei 5,4 Millionen effektiver Abgabe und 18,5 Millionen steuerfreien Zuschüssen springt also ein zusätzlicher Gewinn von 13,1 Millionen heraus.

Selbst wenn Siemens nur Zuschüsse in der Höhe der Abgabe erhalten würde, bliebe immer noch aufgrund der Steuerfreiheit der Zuschüsse ein Gewinn von 8,1 Millionen. Eine lohnende Umlage!

Allerdings, heißt es in dem Informationsblatt: „Selbst bei steigender Konjunktur wird es kaum möglich sein, allen bei uns Ausgebildeten später auch eine Beschäftigung im Hause zu bieten." Das „Menschenmaterial", das die „überzähligen" Jugendlichen für die Siemens-Kapitalisten sind, ist also schon verplant. Der eigene Bedarf wird herausgesiebt, der Rest auf die Straße gesetzt, eine besser ausgebildete Reserve, die auf den Lohn der beschäftigten Facharbeiter drückt. Dafür auch noch Geld zu kassieren, ist lohnend und läßt die Bedenken wegen der „sozialen und politischen Folgen" davon, „daß künftig auch solche Jugendliche keinen Ausbildungsplatz finden, die eine Ausbildung anstreben und hierfür geeignet sind", verstummen.

Daß den Großbetrieben nicht nur der Hauptteil der Steuernachlässe, sondern auch der Umlage zusteht, dafür ist durch die näheren Bestimmungen des Gesetzes gesorgt. Zunächst ist festgelegt, daß durch Rechtsverordnung die Vergabe beliebig gesteuert werden kann. Keineswegs soll jede neue Lehrstelle bezuschußt werden. Die Zuschüsse „können auf einzelne Ausbildungsberufe, Ausbildungsabschnitte, Ausbildungsjahre und Regionen beschränkt" werden. Gleichzeitig sollen die „unterschiedlichen Kosten der Berufsausbildung" berücksichtigt werden. „Wenn wir . . . das Konkurrenzfähigbleiben unserer Wirtschaft in unsere Überlegungen mit einbeziehen, dann müssen wir . . . für hohe Qualitätsmaßstäbe . . . eintreten", erläuterte der Hamburger SPD-Senator Apel im Bundesrat. Und Wirtschaftsminister Friderichs hielt der CDU-Opposition vor: „Sie strukturieren eine Fehlleitung des Ausbildungspotentials von den komplizierten in die einfachen Berufe", die Lehrstelle eines Friseurs zu fördern, sei nicht das Interesse der Regierung.

Verdunkelungsmanöver

„Teure und hochqualifizierte Ausbildungsplätze", damit ist geklärt, wohin die Zuschüsse fließen sollen: in die Großbetriebe.

Außerdem ist es so, daß, soweit bei den kleinen und mittleren Betrieben nicht durch Zehntausende von Pleiten Ausbildungsplätze vernichtet worden sind, die kleineren Kapitalisten in den letzten Jahren sich häufig gerade auf vermehrte Lehrlingsausbeutung verlegen mußten, während die einzelnen Großbetriebe oft weniger Lehrlinge eingestellt haben. Hier sind die „zusätzlichen" Ausbildungsplätze, die „vorrangig" bezuschußt werden sollen.

Daß bei diesem von den Monopolen diktierten Gesetz die kleineren Kapitalisten auf der Strecke bleiben, daß, wie Stoltenberg im Bundesrat klagte, „mit-

diktierten Gesetz die kleineren Kapitalisten auf der Strecke bleiben, daß, wie Stoltenberg im Bundesrat klagte, „mit-

telständische Unternehmen . . . zahlen", „damit andere oft stärkere Unternehmen . . . Ausbildungsplätze schaffen", darüber sind sich die bürgerlichen Parteien in die Haare geraten. Besonders angesichts der Wahlen mußte die CDU den Anschein vermeiden, daß sie die kleineren Kapitalisten im Stich lassen wolle. Eilends wurden verschiedene Initiativanträge zusammengeschustert, die alle darauf hinauslaufen, mittels Steuergeldern für alle Lehrstellen auch die Kleinen zu schmieren.

Der Hauptgeschäftsführer der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände Erdmann zog mit einem Verdunkelungsmanöver nach. Um die Widersprüche in den Reihen der Kapitalisten abzustumpfen und die kleineren Verbandsmitglieder bei der Stange zu halten, kritisierte er den Gesetzentwurf der Regierung und behauptete dreist, die Großbetriebe kämen dabei am schlechtesten weg.

Neben dem Teil über die „Finanzierung der Berufsausbildung" übernimmt die neue Vorlage die Abschnitte über die Errichtung eines Bundesinstituts für Berufsbildung. Neben der Verwaltung der Umlage soll es damit befaßt sein, bundeseinheitliche Ausbildungsordnungen zu schaffen. In dem Ausschuß sitzen elf Vertreter der Kapitalistenverbände, elf Gewerkschaftsvertreter, die der Bundesminister für Bildung „beruft", und als Vertreter des Staates elf Vertreter der Länder und fünf Vertreter des Bundes. Diese fünf können ihre Stimmen, die als elf Stimmen gezählt werden, nur gemeinsam abgeben. Mit diesem Institut will sich das Finanzkapital also einen zentralen und direkteren Hebel schaffen, die Ausbildung der Jugend seinen Bedürfnissen entsprechend weiter anzupassen. – (hv)



Clausthal-Zellerfeld. Über 80 Menschen demonstrierten am 29.5. in Clausthal-Zellerfeld gegen die Stillegung der Bahnlinie Langelsheim-Clausthal-Zellerfeld-Altenau. Es war der Tag, an dem der letzte Zug fuhr. Die Stillegung der Bahnlinie führt für die arbeitende Bevölkerung der Gegend zu einer weiteren Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen. Soweit andere öffentliche Verkehrsmittel überhaupt vorhanden sind, sind die Fahrpreise noch teurer geworden. Diese Verteuerungen sind aber nicht die einzigen, die Gebühren für Strom, Wasser und Gas steigen, während auf der anderen Seite die letzten Tarifabschlüsse den Lohn weiter gedrückt haben. Die Forderungen der Demonstranten waren: Keine Bahnstillegung! Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs! Kampf der staatlichen Ausplünderungspolitik!

Aus der amtlichen Statistik der Stadt Köln von 1975

Die Verelendung nimmt zu

Köln. Daß sich im letzten Jahr die Lebensbedingungen der arbeitenden Massen beträchtlich verschlechtert haben, läßt sich aus den amtlichen Statistiken der Stadt Köln deutlich ablesen:

Von 1970 bis 1974 sind die Lebenshaltungskosten in Köln um 25,9 % gestiegen, bis 1975 um weitere 7,9 %. Das hatte beispielsweise zufolge, daß die Lieferungen von Vollmilch in die Stadt Köln von 501 000 Tonnen im Jahre 1974 auf 476 500 Tonnen im Jahre 1975 zurückgingen. Dagegen stiegen die Lieferungen von Magermilch von 34 500 Tonnen auf 36 000 Tonnen.

Die Zahl der Arbeitslosen sprang von 13 500 im Jahre 1974 auf 20 000 1975. Dabei muß berücksichtigt werden, daß inzwischen 5054 Ausländer die Stadt größtenteils zwangsweise verlassen mußten, weil ihnen die Aufenthaltsgenehmigung nicht mehr verlängert worden ist.

Offene Stellen sind 1975 überhaupt nur noch 3056 gemeldet.

Daß die Bevölkerung Kölns innerhalb eines Jahres um zirka 10 000 gesunken ist, hängt auch mit der Zunahme der Todesfälle in allen Altersstufen zusammen. Von Säuglingen und Kindern bis zum 15. Lebensjahr starben 1975 80, 21 mehr als im Vorjahr. Von den 60–75jährigen starben 1975 800 Menschen mehr als im Vorjahr (4003 zu 4841). Bei den Todesursachen haben die Kreislauferkrankungen, also die typischen Verschleißkrankheiten der Arbeiter, die höchste Steigerungsrate (von 4185 auf 5118).

Wurde 1974 der Gesundheitszustand der Säuglinge nur bei 39 % als „gut" eingestuft, so 1975 nur noch bei 35 %.

Der Zwang, billigere und schlechtere Lebensmittel einzukaufen, hat die Fälle von Nahrungsmittelvergiftungen sprunghaft ansteigen lassen. Die Statistik gibt 251 Fälle gegenüber 200 im Vorjahr an. Die Zahl der Menschen, die auf die staatliche Fürsorge angewiesen sind, sei es vorübergehend oder laufend, ist von 1974 auf 85 um 66 300 auf 278 900 angestiegen, das sind rund 30 % der Bevölkerung der Stadt.

Daß die Bevölkerung Kölns innerhalb eines Jahres um zirka 10 000 ge- angestiegen, das sind rund 30 % der Bevölkerung der Stadt.

Leserbrief

Den Katzen der Bourgeoisie geht es besser

Seit zwei Jahren muß ich mit meinem jetzt zweijährigen Sohn von der Sozialunterstützung leben. Da das Geld vorne und hinten nicht reicht, bin ich gezwungen, mir nebenbei ein paar Mark zu verdienen! Dies mache ich, indem ich bei einer Bourgeoisfrau die Wohnung putze. Während sie sich die Wohnung mit teurem Teppichboden auslegen läßt, den noch mit anderen wertvollen Teppichen wie riesige Berber überpflastert, hat mir das Sozialamt noch nicht einmal für die total abgenutzten Holzfußböden in meiner Wohnung die Anstreichfarbe bewilligt. Letzte Woche schickte meine Arbeit„geberin" mich einkaufen. 1/4 Pfund Rindergulasch für die Katze! Während mir laut Regelsatz 5,25 DM pro Tag für Ernährung, beziehungsweise 101 Gramm Fleisch und Wurst zustehen, verfrißt das Vieh das zarte Fleisch, während ich mir als „Delikatesse" ab und zu Billigwurst leisten kann! Während die Bourgeoisie in Saus und Braus lebt, müssen wir Besitzlosen den Pfennig zweimal rumdrehen. – (mk, Aachen)

Krebsvorsorge gestrichen – außer für die Reichen

Krebsvorsorge gestrichen – außer für die Reichen

Marburg. Aufgrund der Stellensperre des Ministeriums können an der Marburger Frauenklinik keine Krebsvorsorgeuntersuchungen mehr durchgeführt werden. 4000 Abstriche können nicht mehr ausgewertet werden. Bis auf wenige Ausnahmen allerdings. Bei Privatpatienten wird „Eilt" darauf geschrieben. Dann geht es.

Für freie politische Betätigung

Bremen. Gegen die Zensur in der BRD und die Berufsverbote führten am Samstag eine Gruppe Bremer Hochschullehrer in der Innenstadt eine Aktion durch. Mit Liedern, Stellschildern und Redebeiträgen wurden die Berufsverbote, die Maulkorbgesetze §88a und §130a, und das KPD-Verbotsurteil angeprangert. Verbotene Bücher und von der Zensur verfolgte Zeitungen wie z.B. die KVZ wurden verkauft. An den Büchertischen versammelten sich zeitweise 300 bis 400 Menschen. Aus politischen Gründen aus dem öffentlichen Dienst entlassene Kollegen und Genossen des KBW enthüllten in der Söge-Straße die Unterdrükkungswut der herrschenden Klasse, propagierten die Notwendigkeit der Revolution. Als die Polizei diese Kundgebung überfiel, konnte sie wohl 2 Genossen verhaften, aber die Empörung war so groß, daß sie von Ketten umringt und unter Sprechchören „für freie politische Betätigung" wie geschlagene Hunde abziehen mußten. In einer Demonstration forderten dann mehr als 200 Menschen die Freilassung der Verhafteten. Zu der Wache gekommen, wurde einer von beiden Genossen freigelassen.

Der § 218 vor der europäischen Menschenrechtskommission

Die Europäische Menschenrechtskommission in Straßburg hat die Beschwerde für zulässig erklärt, die zwei deutsche Frauen gegen den neuen Strafgesetzparagrafen §218 und das Urteil des Bundesverfassungsgerichts eingelegt haben. In der Beschwerde haben sich die beiden Frauen auf den Artikel 8 der Europäischen Menschenrechtskonvention, der „jedermann das Recht auf Achtung seines Privat- und Familienlebens" zuspricht, berufen. Außerdem auf den Artikel über die Gedanken-, Gewissens- und Religionsfreiheit. Eine Verletzung der Menschenrechte bestehe auch darin, daß das neue Gesetz „strafrechtliche Folgen an den Schwangerschaftsabbruch knüpfe und vorsehe, daß die Entscheidung über rechtfertigungsgründe beim Arzt und nicht bei den Eltern liege". (Süddeutsche Zeitung, 26. Mai 1976)

Obwohl die Bundesregierung über ihren Vertreter in Straßburg in der nichtöffentlichen Verhandlung über die Zulassung der Beschwerde beantragte, die Beschwerden für „offensichtlich unbegründet" zu erklären, nahm die Kommission die Beschwerde an.

Die Bedeutung dieses Vorgangs kann man daraus ersehen, daß nach den bisherigen Erfahrungen die Menschenrechtskommission 98 % der eingegangenen Beschwerden schon vorher für „unzulässig" erklärt hat. Das „Individualbeschwerderecht" vor der Europäischen Menschenrechtskommission war 1960 eingeräumt worden. Zugleich war eine „Dreierkommission" geschaffen worden, die die meisten Beschwerden schon im Vorfeld abgefangen hat. So sind z.B. Beschwerden gegen die Isolationshaft an politischen Gefangenen in der BRD von dieser Dreierkommission für „unzulässig" erklärt worden.

Daß nun wegen des neuen § 218 und wegen des Bundesverfassungsgerichtsurteils ein Verfahren vor der Menschenrechtskommission in Gang gesetzt werden muß, ist nichts anderes als ein Ausdruck der Tatsache: in fast allen westeuropäischen Ländern, in England, in Italien, in Österreich, in Frankreich, in Holland, in der BRD, existieren starke Massenbewegungen gegen Gesetze, die die Abtreibung unter Strafe stellen. Diese Gesetze werden für die Massen auf Grund der Krise, die die kapitalistischen Länder erschüttern, immer unerträglicher, und die Entschlossenheit, diese Gesetze zu Fall zu bringen, wächst. In fast all diesen Ländern sind die herrschenden Klassen gezwungen, mit verschiedenen Manövern auf diese Bewegungen zu reagieren, um sie niederzuhalten und zu zerschlagen.

Daß ihr reaktionäres Machwerk vor dieser gemeinsamen Institution der westeuropäischen Bourgeoisie auch nur zur Verhandlung steht, muß die westdeutschen Imperialisten empfindlich treffen. Würde die Kommission tatsächlich gegen sie entscheiden, müßten sie, da sie die Konvention unterzeichnet haben, mit ihrem Strafgesetz wieder von vorne anfangen.

Frankfurt/Freiburg

Die Freilassung verhafteter Studenten erkämpft

Frankfurt. Am Dienstag letzter Woche mußte die Polizei den Studenten G. Strecker wieder freilassen, der bei den Demonstrationen anläßlich des Todes von Ulrike Meinhof willkürlich von der Polizei verhaftet worden war. In der Nacht von Montag auf Dienstag hatte die Polizei damals mehrere Wohnungen überfallen, 14 Personen festgenommen, und obwohl außer zwei anonymen Telefonanrufen bei der Polizei nichts vorlag, wurden die erkennungsdienstlichen Fotos von sieben in Presse und Fernsehen veröffentlicht Bis auf G. Strecker waren nach einiger Zeit alle wieder freigelassen worden.

Unter den Studenten an der Frankfurter Universität, die seit langem den Kampf gegen die Isolationshaft führen und an den vorangegangenen Demonstrationen zahlreich teilgenommen hatten, wurden die willkürlichen Verhaftungen sofort breit in den Seminaren diskutiert und Beschlüsse wurden gefaßt.

Ein Plakat zu den Verhaftungen wurde gleichzeitig tausendfach in der Stadt geklebt und hundert Studenten beschlossen, in kleinen Gruppen in die Stadtteile zu gehen, um die Bevölkerung über die Verhaftungen zu informieren.

Die Bereitschaft der Studenten, die Schläge der politischen Reaktion nicht hinzunehmen, zeigte sich deutlich auf einer dann folgenden Vollversammlung mit anfangs 2000 Teilnehmern. Als die behördliche Begründung für das Verbot einer am Samstag geplanten Demonstration vorgetragen wurde, kam großer Beifall auf, als der folgende Verbotsgrund vorgetragen wurde: Die Demonstration wolle Mißtrauen der Bevölkerung gegen Verfassungsorgane schüren und so zersetzend auf diese Organe einwirken. Dieser Beifall ist ein Zeichen dafür, wie sehr dieser unterdrückerische Staatsapparat und seine Verfassung bei den Studenten verhaßt ist. Erleben denn die Studenten nicht tagtäglich an der Universität diesen Gewaltapparat, wo es um die Disziplinierung und Bespitzelunggeht?

Auf dieser Vollversammlung traten auch die alten Spontihäuptlinge wieder auf. Allen voran Cohn-Bendit und sein Adjudant Bock, derzeitiger AStA-Vorsitzender. Statt Vorschläge für die Führung des Kampfes gegen die Isolationshaft und für die Freilassung von G. Strecker zu unterbreiten, boten sie ein Bild des Jammers und ergingen sich in Ausführungen darüber, daß es um die Erhaltung von Wohngemeinschaften und linken Kneipen gehe, wogegen der Polizeiangriff gerichtet sei. Dieses Bild des Jammers wurde vervollständigt: Bei Aufrechterhaltung des Demonstrationsverbots wolle man eine Kundgebung im intimen Kreis auf dem Unicampus durchführen.

Hatten es diese Spontihäuptlinge auch dahin gebracht, die Vollversammlung teilweise zu zerreden, so hatten sie mit ihrer Resignation doch nicht die Studenten angesteckt. Im Gegenteil. Die ganze Universität wurde mit Parolen und Wandzeitungen versehen und es entwickelte sich unter vielen Studenten die Ansicht, daß man unbedingt sich das Recht auf Demonstrations- und Meinungsfreiheit erkämpfen muß.

Sicherlich war die Stärke dieser Bewegung ein Grund, warum das Demonstrationsverbot dann aufgehoben wurde, und mit 5000 Teilnehmern war diese Demonstration auch eine klare Kampfansage an die politische Reaktion. – (g., Frankfurt/Red.)

Freiburg. An den Freiburger Hochschulen, insbesondere an der Universität, hat sich in den letzten Wochen eine breite Bewegung für die sofortige Freilassung der Studenten Bernhard T. und Jost G. herausgebildet.

Bernhard T. wurde völlig willkürlich verhaftet, nachdem bei einer Demonstration gegen den Abriß von zwei gut erhaltenen Häusern in der Belfortstraße einem Spitzel, den die Demonstranten gestellt hatten, die Kamera abhanden gekommen war. Jost G., der bei der Demonstration überhaupt nicht dabei war, wurde 12 Tage später ebenfalls in Vorbeugehaft genommen.

Freiburg

Ziel der Reaktion war, durch die willkürliche Verhängung von wochenlanger Untersuchungshaft der Bewegung unter den Studenten einen Schlag zu versetzen. Erreicht hat sie das Gegenteil: Die Freilassung der beiden Inhaftierten wurde erkämpft. Bernhard T. wurde am 21. Mai freigelassen (nach 46 Tagen Haft), Jost G. 5 Tage später.

Zweimal wurden an der Hochschule Aktionstage durchgeführt, zweimal demonstrierten über tausend Menschen für die sofortige Freilassung der beiden Studenten.

Es gibt kaum eine Fachschaft, die nicht in irgendeiner Form durch Leserbriefe, Erklärungen, Lieder oder Wandzeitungen ihren Protest zum Ausdruck gebracht hat. Was die Staatsmacht als „abschreckendes Beispiel" für die Studenten gedacht hatte, die Verhaftungen, wurde für diese zum Beispiel, um zu lernen, wie der Kampf gegen die politische Reaktion geführt werden kann.

Neue Aktionsformen wurden wirkungsvoll angewendet sowohl in den Seminaren als auch in den Kollegiengebäuden, die zum großen Teil geprägt waren von den Aktionstagen.

In drei Fachbereichen wurden von den Studenten in den Lehrveranstaltungen Scheinverhaftungen durchgeführt, um den staatlichen Gewaltapparat anzuprangern.

In den Mensen und im Anschluß an Seminare wurde ein Film gezeigt über den Abriß der Belfortstraße. Vor einem Seminar wurden dabei beispielsweise 220 Unterschriften für die Freilassung von Bernhard und Jost gesammelt. Lieder wurden in Seminaren vorgetragen, Theaterstücke aufgeführt; ein Vorlesungsraum wurde in eine Zelle umgewandelt und dort ein Rollenspiel aufgeführt.

Auf dem 11. Stock des Physik-Hochhauses, das dem Gefängnis gegenüberliegt, führte die Unterstützungsgruppe für Bernhard und Jost zu der Zeit, wo Jost im Gefängnishof jede Woche einmal Sport hatte, eine Kundgebung durch.

Überall hingen Wandzeitungen, die die politische Unterdrückung mit Gedichten von Brecht anprangerten oder das Wohnungselend in Freiburg darstellten.

Der Kampf für die Freilassung von Bernhard und Jost fand auch breite Unterstützung in der Freiburger Bevölkerung. Vom Aktionstreffen für die Freilassung wurden Stände in der Stadt organisiert. In fünf Betrieben wurden Solidaritätsresolutionen verabschiedet.

Die Freilassung der beiden ist ein Erfolg dieser Bewegung! Das Aktionstreffen wird jetzt weiterarbeiten. Die Forderung „Zurücknahme der Anklagen gegen Bernhard und Jost!" muß ebenfalls durchgesetzt werden.

München. 400 der 500 Strafanzeigen gegen Teilnehmer der Vollversammlung vom 19.5. hat der Münchner Universitätsrektor Lobkowicz zurückgezogen. Aufrechterhalten will er die Strafanzeigen gegen „universitätsfremde" Personen und politisch aktive Studenten. Gegenüber diesem Spaltungsmanöver beschloß eine studentische Vollversammlung am 26.5., den Kampf weiterzuführen bis alle Anzeigen zurückgenommen sind und sämtliches erkennungsdienstliches Material vernichtet ist.

Gießen. In einer Urabstimmung an der Fachhochschule sprachen sich bei einer Beteiligung von 67 % rund 90 % der Studenten, die an der Wahl teilnahmen, für einen Streik gegen das Hochschulrahmengesetz aus.

Oldenburg. Letzten Freitag entließ das Kultusministerium Niedersachsen den an der Universität angestellten wissenschaftlichen Angestellten Wolfgang Müller fristlos wegen seiner politischen Betätigung für den KBW. Der Genosse Müller ist Sekretär der Ortsleitung Bremen und Mitglied des ZK des KBW. Auf einer Vollversammlung an der Universität mit 250 Teilnehmern beschlossen diese die Durchführung von Aktionstagen und eine Fahrraddemonstration zum Kultusministerium nach Hannover. Wolfgang Müller forderten sie auf, weiterhin seine Lehrveranstaltungen durchzuführen.

Aachen. Eine Urabstimmung für einen zweitägigen Warnstreik wurde an der Fachhochschule Aachen am 31.5.76 durchgeführt.

AStA-Bildung an der Universität Osnabrück

SPD-Studenten: „Nur im Interpretationsrahmen des Grundgesetzes"

Die Sozialdemokraten in der Studentenschaft sind auf der 1. o. Mitgliederversammlung der Vereinigten Deutschen Studentenschaften (VDS) im April dieses Jahres offen aufgetreten mit dem Ziel, diesen Verband auf die Treue zur bürgerlichen Verfassung festzulegen, welche Eigentum und Macht der Kapitalisten schützt. Dazu versuchen sie die Gegensätze zwischen den Interessen der Studentenmassen und der Politik der Regierung zu verwischen und durch ihre Vorherrschaft im Vorstand des Verbandes die Abstumpfung des Kampfes der Studentenbewegung gegen die politische Reaktion zu erreichen. In einem inzwischen veröffentlichten Aufruf des VDS-Vorstandes zur Demonstration am 22.6. in Bonn setzen die Sozialdemokraten diese Politik fort: Große Anstrengungen werden damit unternommen, um den reaktionären Charakter der Politik der Bundesregierung zu verschleiern und der SPD-Wahlpropaganda durch sozialdemokratische Forderungen wie „Mitbestimmung" einen möglichst guten Boden zu verschaffen. Verschwiegen dagegen werden die entscheidenden Forderungen, unter denen sich seit Beginn des Semesters in Aktionen, Streiks und Demonstrationen der Zusammenschluß der Studentenbewegung gegen den bürgerlichen Staat im Kampf gegen Studienverschärfungen, Verschlechterung der Studienbedingungen und die politische Reaktion entwickelt. Die Sozialistischen Basisgruppen, die schon einen hohen politischen Preis an die Sozialdemokraten gezahlt hatten, um im VDS-Vorstand zu bleiben, sahen sich gezwungen, öffentlich ihre Ablehnung dieses Aufrufs zu erklären. Worum es den Sozialdemokraten geht und mit welchen Mitteln sie ihr Ziel – Fesselung der Studentenbewegung an den bürgerlichen Staat – zu erreichen versuchen, zeigt die folgende Korrespondenz über die Auseinandersetzung um die Politik des AStA an der Osnabrücker Universität.

Osnabrück. Aus den Wahlen zum Studentenparlament der Universität sind im Januar dieses Jahres die Fachbereichsgruppen mit 8 Sitzen als die stärkste Fraktion hervorgegangen. Die Jusos und der RCDS erhielten je 7, der MSB Spartakus einen Sitz. Gebildet haben sich die Fachbereichsgruppen im Streik im vergangenen Semester und sie werden vom KSB unterstützt. Auf der Grundlage der Forderungen dieses Streiks haben die Fachbereichsgruppen die Arbeit des bisherigen AStA getragen.

Das Wahlergebnis hat die Möglichkeit geschaffen, erneut einen AStA zu bilden, der für die Forderungen dieses Kampfes der Studenten eintritt und ihn unterstützt. Erstmals war der RCDS an dieser Universität nicht mehr stärkste Fraktion geworden. Die Fachbereichsgruppen schlugen den Jungsozialisten eine Koalition vor auf der Grundlage des Programms, das den Zusammenschluß der Studentenbewegung im Kampf ermöglicht hat.

Die Jungsozialisten begannen zu taktieren: zunächst lehnten sie ab und sagten, dieses Programm reiche nicht aus. Auf die Ankündigung der Fachbereichsgruppen, für einen Minderheiten-AStA zu kandidieren, erklärten die Jusos in den Semesterferien ihre Bereitschaft, diese Kandidatur zu unterstützen. Auf der ersten Studentenparlamentssitzung in diesem Semester drehten sie sich wiederum um 180 Grad und erklärten, sie seien nicht bereit, auf diesem Programm einen AStA zu wählen. Die Wahl des AStA kam nicht zustande.

Was hat dieses neuerliche Manöver der Sozialdemokraten bewirkt? Inzwischen hatte die 1. ordentliche Mitgliederversammlung der VDS stattgefunden. Der bisherige AStA der Universität Osnabrück war auf dieser Mitgliederversammlung aufgetreten gegen das Vorhaben der Reformisten und Revisionisten, die Vereinigten Deutschen Studentenschaften dem bürgerlichen Staat zu unterwerfen und hatte den Kampf gegen diese sozialdemokratische Politik auch im Zentralrat angekündigt, in den er gewählt wurde.

Die Jusos Osnabrück traten jetzt an, die Politik der Sozialdemokraten im Bundesmaßstab auch gegen die Studentenbewegung an der Osnabrücker Universität durchzusetzen. Jetzt rückten sie mit folgendem Vorschlag heraus:e Ein paritätisch besetzter AStA mit den Fachbereichsgruppen solle gebildet werden. Als Grundlage verlangten sie die Anerkennung eines Programmvorschlags, der ihre Absichten gegenüber der Studentenbewegung enthüllt: An der Stärke der Studentenbewegung konnten sie nicht vorbei, sie übernahmen sämtliche Forderungen des Kampfprogramms. Mit den „Erläuterungen der Forderungen" jedoch, die sie in ihrem Programm gaben, versuchten sie die Bewegung gegenüber dem bürgerlichen Staat zu fesseln und die erreichte Einheit zu zersetzen. Der Kern der „Erläuterungen" der Jusos:

„Unter stark normativen Rechtsverhältnissen können Aktionen mit größtmöglichem Erfolg nur im Interpretationsrahmen des Grundgesetzes durchgeführt werden, da sonst die Aktion kriminalisiert werden kann." Und in der Erläuterung der Forderung nach der Aufhebung aller Gesetzes- und Hochschulbestimmungen, die die Meinungs-, Rede-, Streik-, Organisations- und Versammlungsfreiheit einschränken und unterdrücken, heißt es: *„Leichtfertige Aktionen führen gegenwärtig nicht zu erhofften Solidarisierungen. Das Abrücken von der bürgerlichen Verfassung, wie es einige K-Gruppen vornehmen, ist unverantwortlich, weil eine solche Politik die Gefahr der Illegalisierung des Kampfes verstärkt."*

Diese „Erläuterungen" zeigen die Absichten der Jusos, zunächst die Fachbereichsgruppen und über die Fachbereichsgruppen den Kampf der Studenten gegen die Politik der herrschenden Klasse zu spalten. Um für die Sozialdemokraten koalitionsfähig zu werden, sollten die Fachbereichsgruppen als Grundlage der Politik des AStA die bürgerliche Verfassung anerkennen und sich in der Vertretung der Interessen der Studenten darauf beschränken, was die bürgerliche Staatsmacht für annehmbar hält.

In den Fachbereichsgruppen setzte nach Herausgabe des Juso-Programms eine heftige ideologische Auseinandersetzung ein. Vorhanden war der feste Wille, sich nicht spalten zu lassen und die Auseinandersetzung mit dem Ziel der Stärkung der Kampffront gegen die Politik der bürgerlichen Staatsmacht zu führen.

Wir Kommunisten haben innerhalb dieser Auseinandersetzung dargelegt, daß die Förderungen des Kampfprogramms nur gegen den bürgerlichen Staat durchgesetzt werden können; daß sich die Studenten in ihrem Kampf auf ihre berechtigten Interessen berufen müssen, sich aber nicht auf die bürgerliche Verfassung berufen können, die das Privateigentum an den Produktionsmitteln garantiert, welches die Grundlage bildet für die Ausbeutung und Unterdrückung der Arbeiterklasse und des Volkes durch eine kleine Minderheit von Kapitalisten. Eine politische Richtung innerhalb der Fachbereichsgruppen, die dem Sozialistischen Büro nahesteht, hat in dieser Frage einen anderen Standpunkt und eine Erklärung veröffentlicht, mit der die Jusos einverstanden waren. Trotzdem erfüllt sich die Hoffnung der Jusos nicht, sich von den *„Unabhängigen in den Fachbereichsgruppen, die von den KSB-Strategien befreit werden müssen"* in den AStA hieven zu lassen: Die Fachbereichsgruppen hielten fest an der Einheit auf Grundlage ihres Programms.

Hilfe dagegen erhielten die Jusos von anderer Seite: Der RCDS stellte ebenfalls drei Kandidaten auf und bot den Jusos die Koalition an, um gemeinsam gegen die Studentenbewegung vorzugehen. Dafür hielten die Sozialdemokraten den Zeitpunkt noch nicht gekommen. Sie lehnten es ab. In der anschließenden Wahl bekamen sie neben ihren eigenen Stimmen nur die Stimme der DKP-Revisionisten und drei Stimmen der offen reaktionären Studenten – eine Stimme zu wenig, um den AStA zu bilden.

Um der Verzögerungstaktik der Jusos und ihren Spaltungsabsichten zu begegnen und eine AStA-Bildung endlich zu erreichen, beschlossen die Fachbereichsgruppen daraufhin schließlich mit Mehrheit, den Jusos die paritätische Besetzung des AStA auf der Grundlage des Programmvorschlags der Fachbereichsgruppen vorzuschlagen. Das hat die Jusos gleich veranlaßt, das Referat Hochschulpolitik zu beanspruchen mit dem Hinweis auf das Recht zur Vertretung des AStA im VDS-Zentralrat und in der Konferenz Niedersächsischer Studentenschaften. Dieses Verlangen der Jusos hat die Bildung des AStA erneut verhindert.

Die Empörung der Mitglieder der Fachbereichsgruppen über die Absichten der Jusos wächst. Sie sind nicht bereit, dem Versuch der Jusos zur Fesselung des Kampfes nachzugeben. Die Forderung nach Neuwahlen wird diskutiert als Schritt, um den Machenschaften der Jusos ein Ende zu bereiten und einen AStA zu bilden, der bereit ist, die von den Studenten auf der Vollversammlung festgelegten Kampfschritte und Forderungen ohne Einschränkungen zu vertreten. Die Beschlüsse der beiden letzten Vollversammlungen bestätigen die Richtigkeit des von den Fachbereichsgruppen vorgeschlagenen Programms und die Notwendigkeit, einen AStA auf dieser Grundlage zu bilden:

Beschlossen wurde, sofort Kampfschritte einzuleiten, falls der Senat der Universität ein Studienmodell für die Lehrerstudenten verabschiedet, welches vorsieht, ein praktisches Jahr einzuführen, in dem die Studenten außerhalb Osnabrücks auf ganz Niedersachsen verteilt unterrichten sollen.

Die Studenten haben beschlossen, sich dieses nicht mehr gefallen zu lassen, und führen jetzt eine Unterschriftensammlung gegen den geplanten Beschluß durch. Eine Resolution der Jungsozialisten, des MSB und des SHB, die das Ziel des Kampfes auf die Verteidigung des Reformmodells festlegte, wurde mit großer Mehrheit abgelehnt.

Heidelberg. An der Universität Heidelberg wurde jetzt vom Studentenparlament der neue AStA gewählt. Er setzt sich zusammen aus 11 Referenten. 8 werden von der „Linken Liste" gestellt, die auch den AStA-Vorsitzenden stellt, 3 von der „Roten Liste", einer Einheitsliste, auf welcher die Kommunistische Hochschulgruppe kandidierte.

Heidelberg. Zu Geldstrafen zwischen 2800 und 3600 DM verurteilte das Amtsgericht 3 ehemalige Auslandesreferenten des AStA der Universität. Grund war die Besetzung des Akademischen Auslandsamtes der Universität 1974 durch 50 deutsche und ausländische Studenten aus Protest gegen die Verhaftung eines ausländischen Studenten.

Vom AStA wurde eine Unterschriftensammlung für die sofortige Erteilung einer Aufenthaltserlaubnis eingeleitet.

Generalstreik in Griechenland – Bundeskanzler Schmidt in der Türkei

BRD-Imperialismus will „Befriedung der Reizzone Ägäis"

Griechenland soll in diesem Jahr volles Mitglied der EG werden. Um günstige Bedingungen zu schaffen für die Verschärfung der Ausbeutung der griechischen Arbeiterklasse durch die EG-Monopole, hat die Karamanlis-Regierung in der vergangenen Woche ein Anti-Streikgesetz im Parlament verabschieden lassen. Eine weitere Voraussetzung für die Aufnahme in die EG ist die „Befriedung" der „Reizzone Ägäis" (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.5.). Gemeint ist der Seebereich zwischen der Türkei und Griechenland, der für die NATO strategische Bedeutung hat, weil ihn alle Schiffe des sowjetischen Sozialimperialismus passieren müssen auf der Fahrt aus ihren Heimathäfen im Schwarzen Meer.



Demonstration griechischer Arbeiter gegen die Verabschiedung des Anti-Streikgesetzes. An dem Generalstreik am 24. und 25. Mai haben insgesamt 1 Million Menschen teilgenommen. Das ist der größte Teil der Lohnabhängigen und ein Neuntel der gesamten griechischen Bevölkerung.

gen und ein Neuntel der gesamten griechischen Bevölkerung.

Wirtschaftliche Bedeutung hat die Ägäis, seitdem unter dem Meeresboden große Öllager entdeckt wurden. Nachdem Anfang des Jahres Bundeskanzler Schmidt bereits der griechischen Regierung einen Besuch abgestattet hat, hielt er sich in der vergangenen Woche in Ankara auf zu einem Besuch bei der türkischen Regierung. Der westdeutsche Imperialismus ist an einem schnellen Beginn der Ausbeutung der Erdöllager in der Ägäis interessiert. Die Bundesregierung hat sich deshalb als „Vermittler" angeboten.

„Vitale Belange der Deutschen, der Europäer und der Amerikaner"

Die „Zerwürfnisse zwischen Ankara und Athen bestehen fort", stellte die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 28.5. fest. Weiter schreibt die Zeitung: „Die Lage im Ostmittelmeer – mit Zypern als weiter schwelendem Krisenherd und im Seebereich der Ägäis – berührt direkt und indirekt vitale Belange der Deutschen, der Europäer und der Amerikaner."

Schmidt ist der erste Regierungschef eines NATO-Landes, der seit Ausbruch der Zypernkrise beiden, sowohl Griechenland als auch der Türkei, einen Besuch abstatten konnte. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" schreibt: „Nichts Geringeres als ein Nichtangriffsabkommen ist vonnöten, um die Reizzone Ägäis zu befrieden. Wenn der Kanzler der Meinung ist, die Bundesrepublik könne sich dem Auftrag, beide Partner auf den Weg dahin zu führen, nicht entziehen, dann kann man allen Beteiligten an diesem neuartigen Stück deutscher Außenpolitik nur Glück wünschen." (28.5.)

Vorbereitet wurde diese Reise mit dem Außenminister des US-Imperialismus, der sich nach der NATO-Ratstagung am vergangenen Montag in Bonn aufhielt. Darauf wird noch besonders hingewiesen in den Zeitungen. Die westdeutsche Finanzbourgeoisie läßt ihre Presse deshalb darauf hinweisen, weil sie im Begriff ist, in Gebiete vorzustoßen, in denen bisher der US-Imperialismus unumschränkt das Sagen hatte.

In der Türkei und in Griechenland kann der US-Imperialismus nicht mehr offen auftreten

Griechenland und die Türkei befanden sich seit dem Zweiten Weltkrieg unter der Vormundschaft des US-Imperialismus. Beide Staaten waren Reservate für das amerikanische Finanzkapital. Die griechische Junta, die vom US-Imperialismus offen unterstützt wurde, hat dem amerikanischen Litton-Konzern zum Beispiel das Monopol für wirtschaftliche Erschließung Kretas und des Peleponnes, wo Athen liegt, verkauft!

Seit der Zypernkrise, die auf Befehl des US-Imperialismus von der griechischen Junta ausgelöst worden ist, kann der US-Imperialismus offen nicht mehr in diesen Ländern auftreten. Bei beiden Völkern ist er tief verhaßt. Sowohl die türkische wie die griechische Regierung mußten auf dem Höhepunkt der Krise die Stützpunktverträge mit der US-Armee kündigen und einen Abzug der US-Truppen fordern. Griechenland ist aus dem militärischen Bündnis der NATO ausgetreten. In beiden Ländern hat das Volk große Massenaktionen gegen die Anwesenheit der US-Truppen durchgeführt. Flottenbesuche von Einheiten der 6. US-Flotte in Griechenland sind nach wie vor unmöglich. In der letzten Woche zum Beispiel versuchten der Flugzeugträger „America" die griechische Insel Rhodos und je ein Zerstörer die Inseln Kreta und Mykonos anzulaufen. Auf allen drei Inseln gab es sofort große Demonstrationen gegen die Anwesenheit amerikanischer Kriegsmarine in den Häfen. Die Demonstranten verhinderten überall das Ausschiffen der Marinesoldaten und der Matrosen. In Rhodos konnte der Flugzeugträgerkommandant nur per Hubschrauber an Land kommen. Der Stadtrat von Rhodos bezeichnete in einer Resolution den Besuch der „America" als unerwünscht. Die US-Kriegsschiffe mußten die Häfen wieder verlassen.

Der US-Imperialismus hat diese Länder nicht mehr fest im Griff. Deshalb versuchen die europäischen Imperialisten, allen voran der westdeutsche Imperialismus, seine Nachfolge anzutreten. Beide Länder sollen in die Europäische Gemeinschaft der Imperialisten aufgenommen und über die EG wieder fest unter die Kontrolle des internationalen Finanzkapitals genommen werden. Die Bindung an die EG ist das Mittel, um der „Einsturzgefahr des Südostflügels der NATO" entgegenzuwirken.

Die EG-Mitgliedschaft soll Abhängigkeit und neokoloniale Ausbeutung verewigen

Bei dem Versuch, beide Länder noch stärker in die Abhängigkeit der EG-Imperialisten zu bringen, ist der westdeutsche Imperialismus der treibende Faktor. Die BRD ist „der bedeutendste Wirtschafts- und Handelspartner der Türkei". Einschließlich des Kredits von 132 Millionen DM im vergangenen März hat die Bundesregierung seit 1958 an die Türkei Kredite und Kapitalhilfen von 3 Milliarden DM gegeben (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.5.). „Mit weitem Abstand" ist die BRD auch der „erste Kunde Griechenlands", meldete „Blick durch die Wirtschaft" am 10. April. 1975 wurden Waren aus Griechenland importiert für etwas mehr als 1 Milliarde DM. Italien und Frankreich folgen auf den Plätzen zwei und drei. Beide zusammen haben aber nicht einmal Waren im Wert von 800 Millionen DM aus Griechenland importiert.

Die griechische Industrieproduktion ist in den letzten Jahren ständig gewachsen, seit 1967 hat sie sich mehr als verdoppelt. Der Warenexport hat allein 1975 um 21,8 % zugenommen. Standen früher landwirtschaftliche Produkte an erster Stelle im Export, so sind sie inzwischen von Erdölerzeugnissen verdrängt. Tabak steht auf Platz zwei. Danach folgen Baumwollerzeugnisse, Zement, Bauxit, Pfirsiche und verschiedene andere mineralische Erze, in der Hauptsache also Rohstoffe.

Griechenland ist von dem Markt der EG-Länder vollständig abhängig. Der größte Teil des Exports geht dorthin, bei Baumwolle zum Beispiel 90 %. Hauptabnehmer des griechischen Tabaks sind Reemtsma (Hamburg), Brinkmann (Bremen), das französische Tabakmonopol und Ph. Morris (britischer Konzern). 1974 haben alle vier Konzerne zusammen 12352 Tonnen Tabak von Griechenland gekauft. 1975 haben sie nur 3 797 Tonnen gekauft, um eine Senkung der Tabakpreise durchzusetzen.

Abgesehen von Erdölerzeugnissen und Baumwollprodukten werden aus Griechenland hauptsächlich Rohstoffe und Nahrungsmittel ausgeführt, während Fertigwaren – hauptsächlich aus den EG-Ländern – eingeführt werden. Die griechische Handelsbilanz gegenüber den EG-Ländern ist stark negativ: Griechenland führt wertmäßig doppelt soviel ein wie es ausführt.

Investitionen zum Nutzen des internationalen Finanzkapitals

Um die Industrie zu entwickeln, um neue Rohstofflager zu erschließen, holt die Karamanlis-Regierung das internationale Finanzkapital verstärkt ins Land. Auf die erdölverarbeitende Industrie zum Beispiel hat der Esso-Konzern, der sich mit dem griechischen Großkapitalisten Pappas verbunden hat, das Monopol. Für die Durchführung von Investitionen in Höhe von 1,5 Milliarden Dollar, die die Regierung in den kommenden Jahren in die Erschließung neuer Rohstofflager stekken will, hat sie ausländische Planungsfirmen zur Zusammenarbeit aufgefordert. Die Helenic Steel Co., der einzige Stahlhersteller in Griechenland, ist zu 60 % in der Hand eines japanischen Stahlkonzerns. Die Ausbeutung der Bauxitlager erfolgt zusammen mit Krupp.

Das westdeutsche Finanzkapital hat während der letzten 10 Jahre seine Investitionen versiebenfacht und bis 1975 auf 285 Millionen DM gesteigert. Bundeskanzler Schmidt hat bei seinem Besuch in Griechenland Anfang des Jahres angekündigt, die Bundesregierung werde in Zukunft die Möglichkeit jederzeit garantieren, in Griechenland investiertes Kapital wieder zurückzuführen. Während des Schmidt-Besuchs wurde das letzte Drittel eines 180 Millionen DM-Kredits ausgezahlt, der 1974, unmittelbar nachdem die Karamanlis-Regierung eingesetzt worden war, vereinbart wurde. Im Januar wurde weiter bekannt, daß ein deutsches Bankenkonsortium bereits 1975 an Griechenland einen Kredit über 250 Millionen DM ausgegeben hatte. Die Bundesregierung hat dafür die Bürgschaft übernommen. Einen weiteren Kredit in Höhe von 23 Millionen DM vergab die Europäische Investitionsbank. Die Karamanlis-Regierung hat das Land der imperialistischen Ausplünderung weit geöffnet. Wie „Blick durch die Wirtschaft" am 17. März meldete, zahle die Industrie fast keine Steuern durch sehr hohe Abschreibungsmöglichkeiten.

Weitere Investitionen werden abhängig gemacht von Senkung der Lohnkosten

In demselben Artikel berichtet das Blatt der westdeutschen Finanzbourgeoisie von einer Erklärung der griechischen Industrie, in der „die Wiederherstellung des Gefühls der Sicherheit für die Träger der wirtschaftlichen Entwicklung und die Festigung des sozialen Friedens gefordert wird". Die Regierung solle der Streikwelle und übertriebenen Lohnforderungen eine Antwort erteilen. Außerdem würden die Preise bei landwirtschaftlichen Erzeugnissen zu schnell steigen. Worum es dem internationalen Finanzkapital im Bunde mit den griechischen Bourgeois geht, ist die Senkung der Lohnkosten. Ein griechischer Arbeiter, der heute nicht einmal den dritten Teil von dem verdient, was Arbeiter durchschnittlich in der BRD verdienen, soll noch weniger verdienen. Erreicht werden soll das unter anderem über niedrige Nahrungsmittelpreise. Die Gewinne der Aktiengesellschaften sind zwischen 1968 und 1974 nach „Blick durch die Wirtschaft" vom 9. April um 253 % gestiegen. Diese Gewinne sollen noch weiter gesteigert werden. Die Antwort, die verlangt wird, hat die Regierung jetzt mit dem Anti-Streikgesetz zu geben versucht. Das Gesetz legalisiert die Aussperrung, macht 20 % der Beschäftigten eines bestreikten Betriebes zu Streikbrechern und verbietet Streiks aus politischen Gründen. Dieses Gesetz bedeutet nicht nur die Einschränkung des Streikrechts, sondern seine Aufhebung. Wenn 20 % einer jeden Belegschaft im Fall eines Streiks weiterarbeiten müssen, „damit die Stillegung des Betriebs vermieden wird" (Stuttgarter Zeitung, 26./27.5.), dann ist für diesen Teil der Belegschaft das Streikrecht beseitigt und für die übrigen 80 % ist es wirkungslos.

Um dem Parlament, das von der Karmanlis-Partei „Neue Demokratie" beherrscht wird, die Zustimmung zu ermöglichen, mußte die griechische Regierung Panzer einsetzen gegen die streikenden und in Athen demonstrierenden Arbeiter. 150000 haben sich in der letzten Woche an dem Generalstreik beteiligt. Das ist ein Viertel der Industriearbeiterschaft und rund 10 % aller Lohnabhängigen in Griechenland. Die 60 Einzelgewerkschaften, die dazu aufgerufen hatten, haben nach der Verabschiedung dieses Gesetzes weitere Aktionen angekündigt. Sie wollen das Gesetz nicht hinnehmen. Im Widerstand gegen das Gesetz wehren sie sich gegen die Verstärkung der Ausbeutung. Der Kampf der griechischen Lohnabhängigen wird ein immer größeres Hindernis für die Ausplünderung des Landes durch die imperialistischen Monopole. Die „neuartige Außenpolitik", wie die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" den Versuch des westdeutschen Imperialismus bezeichnete, eine „Befriedung der Ägäis" zu diktieren, ruft den Widerstand der Völker hervor. – (g.j.)

Völker hervor. – (g.j.)

Französische Bergarbeiter streiken

Lille. Seit dem 13. Mai streiken die Untertagearbeiter in mehreren Zechen im französischen Kohlegebiet im Norden des Landes. Am 25. Mai haben alle französischen Bergarbeiter einen nationalen Streik durchgeführt. DAran beteiligten sich auch die Übertage-Arbeiter, die Steiger und Teile der Angestellten. Die Gewerkschaften wollen die Aktionen fortsetzen. Die französischen Bergwerkskapitalisten erklärten, sie würden frühestens Ende Juni Zeit für Verhandlungen haben. Die Bergarbeiter im nordfranzösischen Kohlegebiet fordern die Angleichung ihrer Löhne an die Löhne, die im lothringischen Kohlerevier gezahlt werden. Weiter fordern sie die Kürzung der Arbeitszeit sowie die Bezahlung der Zeit, während der sie von den Kapitalisten ausgesperrt waren. Mehrfach hatten die Bergwerkskapitalisten auf die Aktionen von Teilen der Belegschaften mit Aussperrungen reagiert.

Portugal im Griff der Imperialisten

Die portugiesische Regierung plant ein Gesetz zum „Schutz" der portugiesischen Handelsflotte. So wie es aussieht, soll das Gesetz im wesentlichen darin bestehen, daß jede Fracht auf ausländischen Schiffen einem rigiden Anmeldeverfahren unterworfen wird. Mehr ist es nicht. Dazu kommt, daß die portugiesische Regierung schon am 13. Februar zusammen mit der sowjetischen Gesellschaft „Sovinflot" eine sowjetisch-portugiesische Gesellschaft gründete, die „Amintern". An dieser Schiffahrtsgesellschaft (Passagiere und alle Frachten) sind die beiden portugiesischen nationalisierten Gesellschaften CTM und CNN mit 51 % Anteilen und die sowjetische „Sovinflot" mit 49 % Anteilen beteiligt. Der Präsident der „Amintern" ist Portugiese, der Exekutiv-Generaldirektor dagegen Russe, das Direktorium besteht aus Portugiesen und Sowjets zu gleichen Teilen. Der „Expresso" schreibt am 8.5.76 dazu: „Es ist zu verurteilen, daß der Staat über die Schaffung der ‚Amintern' und über die jetzige Gesetzesvorlage die Instrumente zu einer vollständigen technischen und ökonomischen Abhängigkeit unserer Handelsflotte von der Sowjetunion ... in die Hände einer nationalisierten Gesellschaft legt, wo doch Portugal der EFTA angehört und die Hilfe der EWG-Länder und der USA sucht und erhält." Der „Expresso" sieht kommen, daß die EWG und die USA auf die unliebsame Konkurrenz der Sowjetunion übel reagieren. Der „Expresso" sähe lieber die Abhängigkeit von der EWG und den USA. Weiter schreibt der „Expresso":

„Es ist allgemein bekannt, daß die sowjetische Handelsmarine große Anstrengungen unternimmt, in die traditionellen Märkte der westlichen Schiffahrtsgesellschaften einzubrechen. Sie tut es durch billige Frachtangebote, zumal die Nutzungskosten ihrer Schiffe ebenfalls viel geringer sind: Die Löhne für die Arbeiter an Bord betragen ein Drittel und sogar ein Viertel der im Westen üblichen ..."

Die Rivalität zwischen den beiden Supermächten ist unverkennbar. Die eine wie die andere Abhängigkeit bedeutet für das portugiesische Volk gleich viel. Man kann die Abhängigkeit von den USA und der EWG nicht durch eine neue Abhängigkeit von der UdSSR abschütteln. Die portugiesische Regierung taugt nicht für die nationale Unabhängigkeit. Was in der Verfassung über die nationale Unabhängigkeit kürzlich verabschiedet wurde, ist reiner Hohn auf die Realität der Regierungspolitik. – (kkw)

„Portugals Industrie sucht Unterstützung"

Unter dieser Überschrift berichtete die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 31.5. von einem Besuch einer Gruppe portugiesischer Unternehmer unter Leitung des Präsidenten des portugiesischen Kapitalistenverbandes in London bei den britischen Kapitalisten. „Vor allem geht es den Unternehmern aus dem Süden darum", schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung", „mit ausländischer Hilfe ihre eigene Regierung auf einem Kurs zu halten, der Stabilität verspricht und Gewißheit für die Zukunft gibt." Welcher Art die Hilfe ist, die Portugal jetzt zuteil werden soll, geht aus einer Meldung der portugiesischen Wochenzeitschrift „Tempo" hervor. Die Zeitung berichtete, der Internationale Währungsfonds (IWF) übe Druck auf die portugiesische Regierung aus, den Escudo – die portugiesische Währung – um 30 bis 35 % abzuwerten. Ohne eine solche Abwertung gibt es keine Kredite! Die Imperialisten, die den IWF unter ihrer Kontrolle haben und diese Abwertung diktieren, erreichen damit, daß sie noch mehr aus dem Land herausholen, das auf Importe angewiesen ist.

„Zwingend notwendige Ausnahmen von der allgemeinen Wehrpflicht"

In letzter Zeit hat die Bundeswehrführung wiederholt nicht nur mit Disziplinarmaßnahmen und Versetzungen auf die politische Tätigkeit in der Bundeswehr zu reagieren versucht, sondern auch Prozesse wegen Wehrkraftzersetzung angestrengt und Soldaten vorzeitig aus dem Dienst entlassen. Gegen seine vorzeitige Entlassung hat der Soldat H.V. Beschwerde eingelegt und jetzt vom Bundesverteidigungsministerium einen Beschwerdebescheid erhalten. Darin wird nicht nur die Beschwerde als unbegründet abgelehnt, sondern auch eine Begründung geliefert, die wir im folgenden in Auszügen wiedergeben.

„Am 1. April 1975 traten Sie als Wehrpflichtiger Ihren Grundwehrdienst an, der bis zum 30. Juni 1976 gedauert hätte. Sie traten der sog. ‚Antimilitaristischen Gruppe Mannheim' (AGM) bei, die für den Kommunistischen Bund Westdeutschlands (KBW) arbeitet. Am 1. Mai 1975 nahmen Sie in Uniform an einer politischen Demonstration des KBW teil. Daraufhin wurden Sie wegen Verstoßes gegen das Uniformverbot (...), Ungehorsams (...) und Schädigung des Ansehens der Bundeswehr (...) mit 10 Tagen Disziplinararrest gemaßregelt. Außerdem beteiligten Sie sich in der Zeit bis Juni 1975 an Einsatzbesprechungen und am Verfassen des AGM-Organs ‚Mannheimer Soldatenzeitung' (MSZ), in der u.a. nach dem Vorbild der Revolution von 1848 eine allgemeine Volksbewaffnung gegen die Polizei, den Bundesgrenzschutz und die Bundeswehr gefordert wird. Außerdem sammelten Sie in Ihrer Kaserne Unterschriften für weitere Beteiligungen in Uniform an politischen Veranstaltungen. Zur Besprechung solcher und ähnlicher AGM-Vorhaben trafen Sie sich regelmäßig mit den in Ihrem Kasernenbereich liegenden Soldaten W., K. und F.

Mit Bescheid vom 19. Juni 1975 (...) wurden Sie (...) durch das Heeresamt (...) aus der Bundeswehr entlassen, da Ihr weiteres Verbleiben in der Bundeswehr die militärische Ordnung und die Sicherheit der Truppe ernstlich gefährden würde (§ 29 Abs. 1 Nr. 6 (früher Nr. 5) WPflG)." WPflG)."

„Für die Anwendbarkeit des § 29 Abs. 1 Nr. 6 WPflG kommt es nicht auf den Nachweis der Ausrichtung der AGM oder des KBW gegen die freiheitlich-demokratische Grundordnung an. Es genügt vielmehr, daß diese Zusammenschlüsse die Begehung von Dienstvergehen und Straftaten durch ihre Mitglieder oder andere Soldaten zielstrebig erleichtern. Die AGM und der KBW haben beharrlich für die Zukunft erwartete oder erhoffte Disziplinlosigkeiten der Soldaten und Verstöße gegen die Pflicht zum treuen Dienen (§ 7 SG), zur Enthaltung von einseitiger politischer Betätigung im Dienst (§ 15 SG) und gegen andere Pflichten des Soldatengesetzes, Fälle von Verabredung zur Unbotmäßigkeit (§ 28 Wehrstrafgesetz), militärischem Ungehorsam (§ 19 WStG), Störpropaganda (§ 109 d Strafgesetzbuch) und Aufforderung zu rechtswidrigen Taten (§ 111 StGB) als gerechtfertigt propagiert, wenn sie ihren Zielen dienen. Damit sollte insbesondere die Sicherheit der Truppe labilisiert und untergraben werden. Ihr Verbleiben in den Einrichtungen der Bundeswehr war nach Ihrem bisherigen Verhalten geradezu dazu angelegt, die militärische Ordnung und die Sicherheit der Truppe zu gefährden."

„Ihr Verbleiben im engsten Soldatenkreise kann nämlich dazu führen, daß die Zahl der Sicherheitsrisiken, insbesondere der sog. Risikopersonen und die Bereitschaft zu Ungehorsam, insbesondere zu Meutereien der Mannschaften, sich erheblich vergrößern. Sie und die AGM gehen nach dem Prinzip der meisterhaften Verunsicherung des Vertrauens Ihrer Kameraden in die militärische Führung vor. Die dadurch erstrebten Störungen der verläßlichen Einsatzbereitschaft der Truppe würden mit Disziplinarmaßnahmen nicht oder nur unzulänglich bekämpft werden können, zumal Ihre Aktivität im wesentlichen heimlich und konspirativ erfolgte und die Disziplinarvorgesetzten insoweit kaum Verfolgungsmöglichkeiten haben. Ihr Demonstrieren in Uniform am 1. Mai 1975 war eine Ausnahme und ist daher auch disziplinar geahndet worden. Gleichwohl hat diese Disziplinarmaßnahme Sie von der Fortsetzung Ihrer Wühlarbeit gegen die Bundeswehr nicht im geringsten abgehalten. Das zeigt, daß weitere Disziplinarmaßnahmen einen überzeugten Agitator wie Sie nicht mehr beugen können."

„Ihre Entlassung also konnte nach alledem keine nichtzwingende Entledigung eines unbequemen Soldaten, sondern nur eine zwingend notwendige Ausnahme von der allgemeinen Wehrpflicht sein. (...) es gibt keinen Vereinigungsschutz zur Untergrabung der Sicherheit der Bundeswehr."

„Die AGM ist zwar schon eine gefährliche, jedoch noch kleine Gruppe, die auf jeden Gesinnungsgenossen angewiesen ist, so daß schon ein passiver Gefolgsmann die Rädelsführer ermutigen würde; jeder Zuwachs wirkt sich als psychische Beihilfe aus. Im übrigen aber haben Sie sich erheblich in der Gruppe betätigt (...). Die Rechtmäßigkeit von Vorbeugungsmaßnahmen darf bereits an hohen Wahrscheinlichkeitsgraden gemessen werden. Das ist auch in anderen Rechtsbereichen nichts Außergewöhnliches. So darf z.B. auch einem der Kollegenbestellung nur dringend verdächtigen Arbeitnehmer nach der Rechtssprechung bereits gekündigt werden und so darf eine Beamtenernennung bereits wegen der Aktivität des Bewerbers in einer nicht einmal verbotenen radikalen Partei bereits unterbleiben."

Der Kampf für politische Rechte trifft die Bourgeoisie

Mann, sei doch froh, wenn sie dich nach einem Monat schon wieder aus der Bundeswehr entlassen. Andere jagen die Feldjäger, werden nachts aus dem Bett geholt und zusammengeschlagen, wenn sie von der Bundeswehr abhauen oder nur mal drei Tage den Urlaub überziehen.

Der Wehrpflichtige H.V. hat Beschwerde eingelegt gegen seine vorzeitige Entlassung aus der Bundeswehr. Ebenso haben es andere gemacht, die ebenfalls aus politischen Gründen entlassen wurden.

In der Bundesrepublik gibt es die Wehrpflicht, sie wird mit staatlichem Zwang durchgesetzt. Ein Recht auf militärische Ausbildung gibt es nicht, sondern die Pflicht zu **dienen**. Denn die Armee ist der Kern des Staatsapparates, mit dem die imperialistische Bourgeoisie ihre politische Herrschaft ausübt, die kapitalistischen Ausbeutungsverhältnisse und ihre imperialistische Expansion sichert. Zu diesem Zweck muß die Bourgeoisie die Armee aus den Massen **ziehen**.

Damit die Armee, die aus Wehrpflichtigen aus dem Volk besteht, den Zwecken der Bourgeoisie dienen kann, müssen die Wehrpflichtigen völlig rechtlos gemacht werden, denn sie müssen ja für die Interessen der Bourgeoisie und gegen die Interessen des Volkes, also gegen ihre eigenen Interessen, einsatzbereit sein.

Als die Bourgeoisie im 19. Jahrhundert gegen das Feudalsystem kämpfte und damit für den gesellschaftlichen Fortschritt, mußte sie den Volksmassen das Recht auf allgemeine Volksbewaffnung zugestehen, um selbst die politische Macht zu erobern, z.B. auch in Deutschland bei der Revolution von 1848. Wo die Bourgeoisie durch eine politische Revolution an die Macht gelangte, war es ihre erste Tat, die allgemeine Volksbewaffnung wieder abzuschaffen, was nichts anderes heißt, als den Volksmassen das Recht auf Revolution zu entreißen. Gegenüber der Bourgeoisie, deren Herrschaft auf der Ausbeutung der Arbeiterklasse gegründet ist, ist die Arbeiterklasse die revolutionäre Klasse, die den gesellschaftlichen Fortschritt vertritt. Sie kämpft für die allgemeine Volksbewaffnung, um die politische Herrschaft der Bourgeoisie zu zerschlagen und durch die soziale Revolution Ausbeutung und Unterdrückung zu beseitigen.

Dagegen muß die Bourgeoisie auf Gedeih und Verderb das Kunststück vollbringen, ihre Herrschaft zu verteidigen mit Wehrpflichtigen aus dem Volk, das sie unterdrückt. Deshalb ist die Bundeswehr zuchthausmäßig organisiert, deshalb hat der Soldat keine politischen Rechte. Wo er sie wahrnimmt, schädigt er das „Ansehen" der Bundeswehr als politisches Instrument der Bourgeoisie, gefährdet er die militärische Ordnung und die Sicherheit der Truppe für die Bourgeoisie. Das ist gut, es ist richtig, dies Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie zu zersetzen und zugleich auf dem Recht auf militärische Ausbildung zu bestehen. Der Kampf geht an den Lebensnerv der Bourgeoisie. Die zahlreichen „zwingend notwendigen Ausnahmen von der allgemeinen Wehrpflicht" zeigen dies.



Mit einer „zwingend notwendigen Ausnahme von der allgemeinen Wehrpflicht" versuchen die westdeutsche Bourgeoisie und ihr Staat dem Kampf der Soldaten in der Bundeswehr für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung zu begegnen. Man sieht, der Kampf der Soldaten für ihre politischen Rechte gegen Kasernenunterdrückung und Zuchthausordnung trifft die Bourgeoisie.

Schinderei in der Grundausbildung

Gewaltmarsch befohlen

Germersheim. Zwei Wochen, das hat genügt, um den Kameraden klarzumachen, daß sie einen Dreck wert sind und jeder Befehl auszuführen ist. In Germersheim befindet sich ein Ausbildungsregiment der Luftwaffe. Sechs Wochen dauert diesmal die Grundausbildung, und in weniger als sechs Wochen sollen die Rekruten so weit hergerichtet sein, daß man sie öffentlich vorführen kann. Mitte Juni wird in Germersheim viel gefeiert: 700 Jahre Germersheim, 10 Jahre Standort der Luftwaffenkaserne und 200 Jahre USA. Bei einer großen Feier im Germersheimer Stadion sollen die Rekruten einmarschieren und öffentlich das Gelöbnis ablegen. Grund genug, daß sie jetzt gestriezt werden bis zum Gehtnichtmehr. Dann kommt noch dazu, daß sich hier die Patenkompanie des US-Depots Germersheim befindet. Und die Soldaten dieser 12. Kompanie wissen schon, wodurch sie sich hervortun sollen.

Letzte Woche, sie waren kaum eine Woche in der Kaserne, da wurden sie abends nach einem Alarm zum „Eingewöhnungsmarsch" losgeschickt. Fünf bis sechs Kilometer, das kann man normalerweise ganz gut und leicht hinter sich bringen. Aber wenn sich das Sturmgepäck, das G 3 und das Gewicht des Parka in die Schultern schneidet und einen nach hinten zieht, dann fällt einem jeder Schritt schwer.

Doch die Ausbilder hatten in einem Zug damit noch nicht genug. „Bei uns gibt es zwei Gangarten: Gleichschritt und Laufschritt. Und das heißt: Oberkörper senkrecht und der Unterbau rotiert!" Über die Hälfte des Marsches wurden die Rekruten zum Laufschritt gezwungen. Sechs Mann fielen um. Zwei von ihnen erlitten einen Kreislaufkollaps. Als Kameraden stehenblieben, wurden sie angefaucht: „Weitermarschieren!" Die zusammengebrochenen Kameraden wurden liegengelassen und mußten eine Viertelstunde warten, bis der Sanitätswagen zur Stelle war. Der hatte es auf einmal sehr eilig. Beinahe wäre es für einen Kameraden zu spät gewesen.

Den nächsten Tag gab es – früher als erwartet – den ersten Nachtausgang. Offenbar hofften die Verantwortlichen, mit diesem Zuckerbrot den geschundenen Soldaten das Maul stopfen zu können. Aber es hat sich bereits herumgesprochen in der ganzen Kaserne, und die Empörung der Rekruten ist groß. „Ein Sanitätswagen muß dabei sein. Und soviel im Laufschritt darf es nicht nochmal geben."

In der nächsten Woche stehen in mehreren Kompanien die Wahlen zum Vertrauensmann an. Da wird es darauf ankommen, daß die Mannschaften ihre Vertrauensleute mit einem klaren Programm beauftragen, ihre schon gesammelten Erfahrungen zusammenfassen und die Wahlen nutzen, um sich gegen die Schinderei fester zusammenzuschließen. – (h., Luftwaffenausbildungsregiment 4 Germersheim)

Bestrafung von 9 Soldaten wegen politischer und gewerkschaftlicher Betätigung

Karlsruhe/Freiburg. Während der letzten zwei Monate sind insgesamt 98 Tage Bau gegen 9 Soldaten an den Standorten Karlsruhe, Immendingen, Sigmaringen und Stetten a.k.M. verhängt worden. Der Grund für die Disziplinarstrafen war Teilnahme in Uniform an der 1. Mai-Demonstration, Mitarbeit in einer Soldatengruppe oder Besitz von Soldatenzeitungen. In Stetten wurde ein Soldat aus der Bundeswehr entlassen, nachdem er in seiner Einheit zum Vertrauensmann vorgeschlagen worden war (KVZ Nr. 20). Eine weitere Entlassung wird von der Generalität vorbereitet. Gegen die Entlassung gibt es breite Proteste. Dabei hatte ein Fähnrich aus dem Panzerbataillon 253 zwei Flugblattverteiler mit gezogener Pistole außerhalb des Bundeswehrgeländes festgenommen. Der „Alb-Bote" meldete am 20.5., daß gegen den Fähnrich ein Disziplinarverfahren eingeleitet worden sei. Die Pressestelle der 10. Panzerdivision mußte zugeben, der Fähnrich habe seine „Kompetenzen überschritten". (Schwäbische Zeitung, 18.5.)

Französische Besatzer

Konstanz. Die französische Militärpolizei hat am vergangenen Wochenende mit vorgehaltener Waffe Flugblattverteiler festgenommen. Das Flugblattverteilen geschah am „Tag der offenen Tür" außerhalb des französischen Kasernenbereichs und die Verteiler waren zudem deutsche Staatsangehörige. Die französische Militärpolizei wollte mit der Maßnahme das Verteilen der Flugblätter verhindern, mit denen die gerechten Forderungen der französischen Soldaten unterstützt wurden. Seit 1974 haben sich immer größere Teile der französischen Wehrpflichtigen in Soldatenkomitees zusammengeschlossen und den Kampf in ihren Einheiten gegen die französische imperialistische Armee aufgenommen. Soldatenkomitees gibt es heute in den meisten französischen Standorten, auch denjenigen, die in Westdeutschland liegen. Französisches Militär befindet sich hier seit dem Zweiten Weltkrieg als Besatzungstruppen. Das Vorgehen der französischen Militärpolizei hat das deutlich gemacht und den Menschen vor Augen geführt, die am „Tag der offenen Tür" die französische Garnison besichtigten. (Nach einer Presseerklärung eines die französischen Soldaten unterstützenden Komitees)

Luftraum der BRD soll für Tiefflüge freigegeben werden

Düsseldorf. Nach einer Anfrage im nordrhein-westfälischen Landtag (Drs 8/818) bestätigte der Verkehrsminister Riemer: Das Bundesverteidigungsministerium fordere, den gesamten Luftraum über der Bundesrepublik zum Tieffluggebiet erklären zu lassen. Dies sehe auch eine gemeinsame Konzeption des Verkehrsministeriums und des Verteidigungsministeriums vor, wonach zwischen 240 und 520 Meter Höhe ein „Höhenband" von montags bis freitags von 7 bis 17 Uhr grundsätzlich nur für militärische Tiefflüge freigehalten werden soll.

Mobilmachung

Hamburg. Mit 150 Reservisten der sechsten Panzergrenadierdivision aus Hamburg und Schleswig-Holstein wurde die sofortige Mobilmachung geprobt.

Die „Bild"-Zeitung vom 26.5.76 berichtet: „Muhammed Ali schlug ein letztes Mal kurz und kräftig zu. Automechaniker Bernd Günther (23) stellte den Fernseher ab und ging schlafen. 17 Minuten später, um 4 Uhr war er Boxfan wieder hellwach: Vor der Tür seiner Junggesellenbude in Neumünster stand ein Soldat. ‚Gefreiter Günther sofort in der Kaserne melden ... Mobilmachung ...'."

Das ist keine „normale" Übung. Nach den Kenntnissen des Hamburger Soldaten- und Reservistenkomitees hat es so etwas in den letzten Jahren nie stattgefunden. Man kennt diese Übungen nur noch von früher aus der Zeit vor und während der zwei Weltkriege. Mobilmachung ist Vorbereitung darauf.

Das ganze war offensichtlich mit der Presse vorher abgesprochen, wie sonst hätte die „Bild"-Zeitung so schnell darüber berichten können und sogar mit Bild eines uniformierten Reservisten. Man soll sich an derartiges wieder gewöhnen. Als Ergebnis schreibt die „Bild"-Zeitung: „Mechaniker Günther, Soldat der Reserve, rannte sofort los. Er war der schnellste: Nach 52 Minuten stand er marschbereit am Kasernentor."

4 LKWs für das Volk von Zimbabwe

Großer Aufschwung im Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe

Erst Anfang Mai erklärte der Befehlshaber der rhodesischen Kolonialarmee Walls optimistisch, daß er „die bisher angewandte Taktik der ‚Eindämmung' der Guerilla-Bewegung aufgeben und zu einer offensiven Haltung" überzugehen gedenkt. Auf diese Weise „wollte er das Problem ‚in den Griff bekommen und endgültig lösen'", berichtete die „Süddeutsche Zeitung" vom 4.5.76. Von wegen „offensive Haltung", nur vier Wochen später ist er „an einer rund 2000 Kilometer langen Grenze zur Rundumverteidigung" übergegangen (Stuttgarter Zeitung, 31.5.76). Der sambische Präsident Kaunda hat erklärt, daß er auch sein Land wieder für Ausgangsbasen der Befreiungskämpfer zur Verfügung stellen würde. Aber vor allem beunruhigt sind die Kolonialisten und ihre imperialistischen Hintermänner über Operationen in der Nähe von Salisbury in Gebieten, die sie bisher für völlig sicher vor Guerillaangriffen hielten. So verdrießt die Siedler zum Beispiel besonders, daß 50 Kilometer von Salisbury ihr „Ferienort Mermaid's Pool" angegriffen wurde. Und in der Nacht vom 14. auf den 15. Mai wurde eine Tankstelle bei Inyazura etwa 50 Kilometer von Salisbury angegriffen, so daß das Regime gezwungen ist, den Zugverkehr auch zwischen Umtali und Salisbury nachts vollständig einzustellen Auf diesem Weg erfolgt aber der Nachschub für die rhodesischen Truppen, die mit dem vergeblichen Versuch beschäftigt sind, die Grenze im Osten nach Mozambique abzuriegeln.

Ein erneuter Angriff auf die Eisenbahnlinie von Rhodesien über Botswana nach Südafrika hat gezeigt, daß „nun praktisch alle Bahn- und Straßenverbindungen nach Südafrika in der Reichweite der Guerilleros liegen. Auf den Straßen zur Grenze wird in Konvois gefahren", aber auch das gibt den Kolonialisten keine Sicherheit, erst kürzlich wurde ein Militärfahrzeug mitten aus einem Konvoi herausgeschossen. „Der heftiger werdende Krieg hat im Mai 140 Tote gefordert", „mindestens 10 Tote in weniger als einer Woche", berichtet „El Moudjahid" vom 16.5.

Der Mißerfolg der großangelegten Such- und Zerstöraktion gegen das Guerillakommando, das im April die Eisenbahnlinie zwischen Fort Victoria und Beitbridge nach Südafrika gesprengt hat, und die vielfältigen Operationen im ganzen Land machen auch deutlich, daß die Befreiungskämpfer sich überall unter den Massen frei bewegen und zuschlagen können, wo sie gegenüber dem Unterdrückungsapparat der Kolonialisten in einer günstigen Situation sind. So befürchtet man in Salisbury bereits, daß die jüngsten Aktionen nahe der Stadt der Startschuß für eine allgemeine Offensive der Guerilla-Operationen auf dem ganzen Gebiet Zimbabwes sind.

Wie schwer das Siedlerregime bereits durch diesen Grad der Kampftätigkeit getroffen ist, drückt sich darin aus, daß es gezwungen ist, die Befreiung vom Wehrdienst seit Anfang Mai grundsätzlich aufzuheben. Betroffen davon sind vor allem Personen, deren Freistellung aus „Gründen der Aufrechterhaltung der Wirtschaft" bewilligt wurde. Stattdessen ist das Smith-Regime gezwungen, „um die durch die Mobilisierung der jüngeren Jahrgänge gerissene Lücke in der rhodesischen Wirtschaft wieder zu schließen", „Tausende von Pensionären, Rentnern und Hausfrauen in die Betriebe zu schikken" (Stuttgarter Zeitung, 31.5.76).

Angesichts dieser Entwicklung hat die britische Regierung am 21. Mai die britischen Staatsbürger und fast zur gleichen Zeit auch die US-Regierung die Amerikaner aufgefordert, Rhodesien zu verlassen. Das bedeutet aber keineswegs ein Zeichen dafür, daß sie ihre Herrschaft über Zimbabwe aufgeben wollen, die Siedlerkolonie soll sich nur reduzieren auf den harten Kern an Agenten der Konzerne des internationalen Monopolkapitals und Soldaten in ihrem Sold. Deshalb unterstützen sie auch die intensive Söldnerwerbung in den imperialistischen Ländern, vor allem in den USA, Großbritannien und der BRD, von wo sie, für 43000 Dollar im Jahr, zu Hunderten zu den Mordbanden Smiths an den Afrikanern in Zimbabwe eilen.

Aber Smith und seinen imperialistischen Hintermännern ist klar, daß sie damit den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe auch nicht aufhalten können, weshalb sie fieberhaft die Einmischung unter der Fahne der Internationalisierung betreiben. „Wir werden damit (dem Befreiungskampf, d.Red.) fertig werden, solange es die Situation erfordert, solange der Krieg dauert, gerade so wie die Alliierten im letzten Krieg", erklärte der rhodesische Kriegsminister. Und Smith hat inzwischen, nachdem er sich lange in Schweigen hüllte, herausgelassen, wer seine Alliierten sind, mit denen er in geheimer Verbindung steht: die alten imperialistischen Mächte, der US-Imperialismus, der britische Imperialismus und der BRD-Imperialismus sowie ihr wichtigstes Statthalter-Regime im südlichen Afrika, das Vorster-Regime, das bereits einen militärischen Angriff angekündigt hat wie im Falle Angolas: „bloß um Flüchtlinge zu retten". So zerschleißt am bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe unter Führung der ZANU auch sehr rasch die Heuchelei dieser imperialistischen Mächte von „Freundschaft und Unterstützung" für die Befreiungsbewegung des Volkes von Zimbabwe. – (hl)



Einer von 7 Landrovern, die im vergangenen Jahr aufgrund des Aufrufs des KBW gespendet und der ZANU übergeben wurden.

Brief von R. Chiwara, Vertreter der ZANU

An den KBW

Liebe Genossen,

im Namen unserer Partei ZANU, in dem des Oberkommandos der ZANLA und im Namen der Massen von Zimbabwe möchte ich dem KBW und allen fortschrittlichen und unserer Sache solidarisch gesinnten Menschen in der BRD für die 16000 DM und 106 Uhren, 4 Kameras und anderen Gegenständen danken, die Ihr zum Kampf der ZANU beigetragen habt. Einige davon sind bereits eingetroffen. Es ist sehr ermutigend, vom Volk in Westdeutschland einen solchen Beitrag zu erhalten. Ich will Euch kurz einen Eindruck geben von der großen Zahl Menschen, die wir hier versorgen müssen. Genau läßt sich die Zahl der Menschen, die sich uns anvertraut haben, nicht angeben, denn jeden Tag melden sich mehr, um am bewaffneten Befreiungskampf teilzunehmen. Grob schätze ich 20000, zwei Drittel davon in Mozambique, die übrigen in Tansania. Der Eindruck mag entstehen, daß wir von Euch zuviel fordern, aber da wir's brauchen und wir uns an Freunde wenden, sagen wir auch klar, daß wir glücklich wären, wenn Ihr Eure Anstrengungen zur Lösung unserer schwierigen Lage noch steigern könntet.

Wir brauchen neben anderem vor allem dringend Transportmittel. Die 7 Land Rover, die Ihr uns zur Verfügung gestellt habt, sind unser einziges Transportmittel nach der verfluchten Aktion der sambischen Regierung. Wir haben zwar inzwischen unsere Lastwagen, die die sambische Regierung vor einem Jahr beschlagnahmte, wieder. Aber die Anzahl der verfügbaren Fahrzeuge kann nicht die Hälfte des Bedarfs decken, den die gesteigerte Aufgabe stellt. Die Anzahl der zu versorgenden Menschen hat sich dramatisch erhöht aufs Fünffache. Die Entfernung zwischen den Lagern ist ziemlich groß und die Verbindung zwischen ihnen ist dadurch ziemlich schwierig.

Wir benötigen mindestens 8 weitere Land Rover und 5 Lastwagen für 5 bis 10 Tonnen. Das Fabrikat ist egal. Diese Fahrzeuge werden dringend benötigt, um die Menschen, die Lebensmittel, anderes Material von einem Ort zum anderen zu schaffen. Die uns von der sambischen Regierung zurückgegebenen Fahrzeuge verursachen große Probleme, weil sie leicht zusammenbrechen. Kann sein, daß das davon kommt, daß die sambische Regierung sie wenig sorgfältig behandelte.

Wir erwarten natürlich nicht, daß Ihr das alles beschaffen könnt. Es ist Euch überlassen, das auszuwählen, was Euren Möglichkeiten entspricht.

Zum Abschluß noch eine Bemerkung. Die große Zahl und hohe Moral unserer Menschen ist ein Beweis für den Erfolg in der Politisierung der Massen innerhalb Zimbabwes. Jeden Tag werden Siege errungen von unseren entschlossenen Freiheitskämpfern ... Der Krieg wurde stark intensiviert. Sowohl die Rutenga- als auch die Bulawayo-Eisenbahn Südafrikas wurden gesprengt und sind außer Betrieb. Der Feind hat die Wehrdienstzeit von 12 auf 18 Monate erhöht. Daraus wird deutlich, mit welcher Verzweiflung er das rasche Vordringen der ZANLA-Kämpfer aufzuhalten versucht (...)

Pamberi ne Chimurenga
Vorwärts im Befreiungskrieg

Im gemeinsamen Kampf
R.J.K. Chiwara

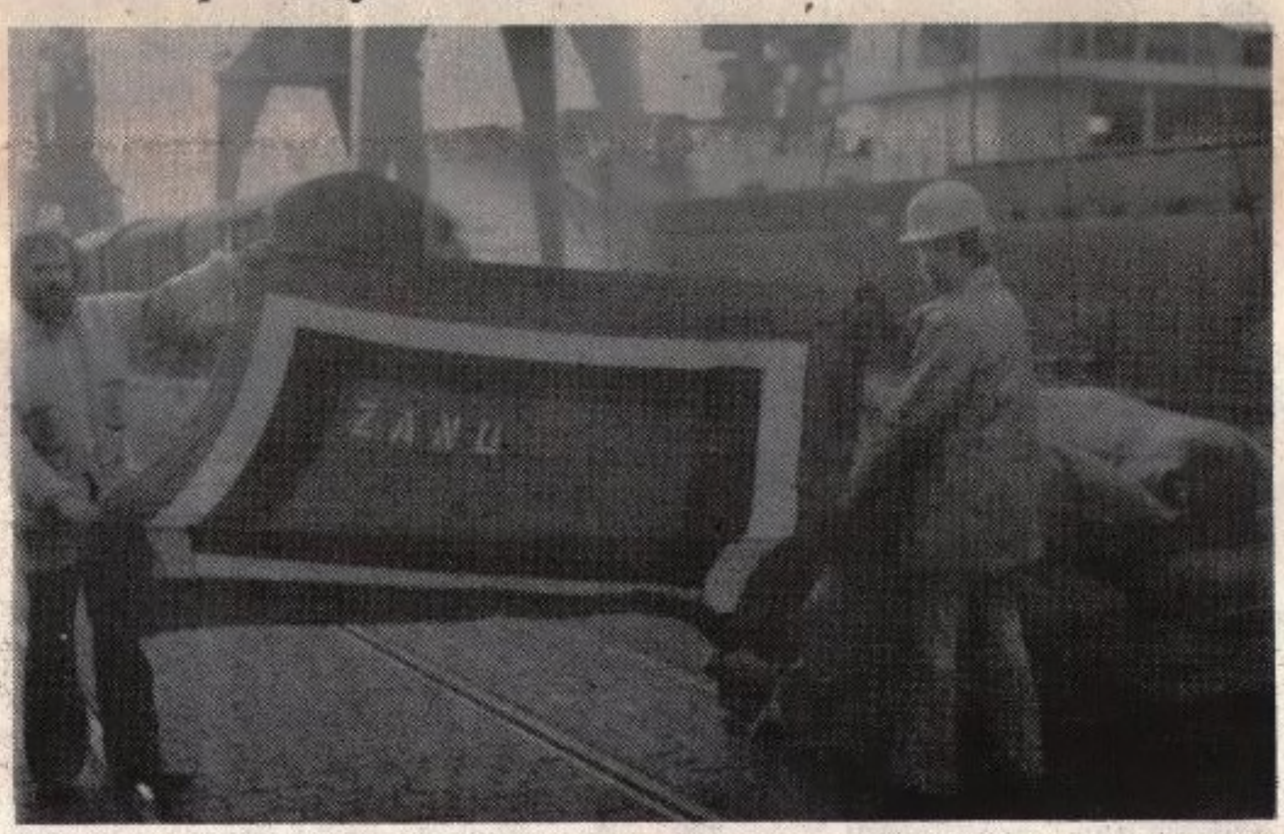
Kleidertransport für Zimbabwe

Am 28. Mai wurde von Hamburg eine weitere Sendung im Rahmen der ZANU-Kleider- und Gerätesammlung des KBW zur Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe nach Mozambique abgeschickt. In 728 Säcken befanden sich unter anderem 4769 Pullover, 1062 Röcke, 2471 Hosen, 3119 Hemden, 28 Sack Kinderkleider, 678 Mäntel, außerdem Handtücher, Decken, Bettwäsche, Unterwäsche, Socken, Schlafanzüge usw.

An Geräten konnten verschifft werden:
1 Abzugmaschine Geha-Wachsmatritzen, 15 Schreibmaschinen, 7 Tonbandgeräte, 12 Radios, mindestens 5 Nähmaschinen und einige Elektromotoren, 2 Plattenspieler, 9 Fotokameras mit Zubehör, 2 Mikrofone, 2 Ferngläser, außerdem Medikamente, Milchpulver, Tonbänder und Batterien, Uhren und Schreibmaterial und einiges mehr.

Insgesamt betrug die Sendung 12,4 Tonnen. Studenten aus Zimbabwe trugen mit 40 Kleidersäcken und 600 Kilogramm Medikamenten zum Sammelergebnis bei.

Per Luftfracht waren bereits vor wenigen Wochen 4 Schreibmaschinen, 2 Ferngläser, 3 Radios und 2 Kassettenrecorder, 2 Zirkelkästen und 4 Fotoapparate abgeschickt worden sowie etwa 30 Armbanduhren.



Hamburg. Verladung der Kleidersammlung zur Unterstützung des Volkes von Zimbabwe im Hafen.

Die Sammlung von Kleidern und Geräten wird kontinuierlich fortgesetzt, so daß in gewissen Abständen weitere Sendungen zur Unterstützung der Lager der Befreiungskämpfer in Mozambique von uns bereitgestellt werden können.

ZANU-Spendenkonto: Volksbank Mannheim 1068326

Bochum. Im April führte die Ortsgruppe Bochum des KBW verschiedene Solidaritätsaktionen zur Unterstützung des Kampfes des Volkes von Zimbabwe durch. Im Mittelpunkt stand die Kleidersammlung für die Kämpfer der ZANLA. Die Zellen des KBW haben diese Sammlung genutzt, um die Solidarität der Bevölkerung in Westdeutschland mit dem Kampf des Volkes von Zimbabwe zu stärken. Überall, wo die Sammlung mit diesem Ziel angepackt wurde, zeigte sich, daß das Bewußtsein im Volk, das von den westdeutschen Imperialisten ausgebeutet und ausgeplündert wird, über die Gerechtigkeit des Kampfes der Völker gegen Rassismus und Imperialismus wach ist. In Riemke, wo die Stadtteilzelle eine große Wandzeitung angebracht hatte am Markt, erklärte sich ein Arbeiter spontan bereit, eine Reihe sehr gut erhaltener Kleider zu spenden. „Das erste Mal, daß die Sachen nicht an irgendeine Caritas gehen, sondern an ein Volk, das für seine Freiheit kämpft. Das unterstütze ich gern."

Zwei große Säcke voll Kleider kamen zusammen. In Gehrte hat die Stadtteilzelle eine Reihe von Jugendlichen zur Beteiligung am Zimbabwe-Solidaritätssportfest gewinnen können. Nachdem sie dort mit einer Fußballmannschaft Turniersieger wurden, haben sie sich zur Fortsetzung der Solidaritätsaktionen entschlossen. Unter anderem soll im Stadtteil ein Solidaritätssportfest organisiert werden. Der Schulsprecher der Heinrich-von-Kleist-Schule will an seiner Schule eine Wandzeitung und die Zimbabwe-Nationalflagge aushängen zur Information der Schüler, die aus den Erdkundebüchern über Zimbabwe nur wissen, daß der Rassist Smith und seine Vorgänger die „Zivilisation" nach „Rhodesien" gebracht haben.

Insgesamt hat sich gezeigt, daß die durchgeführten Solidaritätsaktionen – Kleidersammlung, Sportfest und Informationsveranstaltungen – gute Mittel sind, um in der Arbeiterklasse das Bewußtsein zu verankern, daß sie im Kampf der Völker der Dritten Welt für Unabhängigkeit und Freiheit die wichtigsten Verbündeten in ihrem eigenen Kampf um die Beseitigung der Imperialistenherrschaft hat.

Dies zeigte auch das Sammlungsergebnis. Bis zum 24. April konnten an die ZANU überwiesen werden:

- eine VW-Bus-Ladung voll Kleider;
- drei Kofferschreibmaschinen und mehrere Transistorradios;
- über 740 DM Geldspenden.

Aufruf des KBW

4 Lastwagen für den Befreiungskampf

Der bewaffnete Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe gegen das rhodesische Siedlerregime nimmt einen neuen Aufschwung. Immer mehr werden die Handvoll rassistischer Statthalter des Imperialismus von den schwarzen Volksmassen umzingelt. Immer gezielter werden sie von den bewaffneten Volksbefreiungsstreitkräften angegriffen. Neue Fronten des Volksbefreiungskrieges sind eröffnet worden. Das rhodesische Siedlerregime, dessen Existenz auf Landraub und Versklavung des Volkes von Zimbabwe beruht, greift in seinem aussichtslosen Unterdrückungskrieg zu immer grausameren Methoden. Verzweifelt versuchen sie das Volk von Zimbabwe KZ-mäßig unter Kontrolle zu halten. Aber ein Volk, das zu seiner Befreiung entschlossen ist, kann durch noch so grausame Unterdrücker nicht unter Kontrolle gehalten werden. Immer häufiger müssen die Behörden zugeben, daß dieser oder jener besonders berüchtigte Ausbeuter und Unterdrücker durch die Volksbefreiungskräfte beseitigt worden ist, immer häufiger müssen sie Verluste ihrer Streitkräfte eingestehen. Sie müssen neue Sicherheitszonen errichten, in denen sich die Ausbeuter und Unterdrücker nur noch unter Armeeschutz bewegen können. Mit Anzeigen suchen sie in Europa und in den USA nach Söldnern, die sie auf dem Weg in den Untergang begleiten sollen. Obwohl das Siedlerregime zahlreiche Verbündete unter den Imperialisten hat und obwohl die beiden Supermächte alles mögliche tun, um den bewaffneten Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe zu sabotieren, macht dieser Befreiungskampf Tag für Tag Fortschritte.

„Wir sind unsere eigenen Befreier", das ist die Losung der ZANU, die den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe führt.

Das bedeutet nicht, daß das Volk von Zimbabwe keine Unterstützung durch die Völker der Welt will in seinem langandauernden Befreiungskrieg. Das bedeutet: Das Volk von Zimbabwe will keine Einmischung in seinen Befreiungskampf. Es will sein eigener Herr sein.

Wiederholt haben sich Vertreter des Volkes von Zimbabwe an die Arbeiter und das Volk in Westdeutschland gewandt, haben die gerechten Ziele ihres Kampfes erklärt und haben große Unterstützung gefunden. Diese Unterstützung war deshalb groß, weil die Arbeiterklasse in Westdeutschland und das Volk von Zimbabwe den gleichen Feind haben: den Imperialismus. Vor zwei Jahren konnten durch eine Sammlung sieben Landrover für den Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe zur Verfügung gestellt werden. Sie sind seit einiger Zeit im Einsatz. In den letzten Monaten wurden bereits 14 Tonnen Kleider und andere nützliche Gegenstände für den Befreiungskampf gesammelt. Es ist notwendig, diese Kleidersammlung ununterbrochen fortzusetzen. Mit dem neuen Aufschwung des Befreiungskampfes wachsen auch die Erfordernisse des Kampfes, z.B. die Anforderungen an den Transport. Deshalb hat die ZANU uns erneut aufgefordert, Mittel zu sammeln für die Beschaffung von Lastwagen. Wir halten es für unsere Pflicht, dieser Aufforderung nachzukommen.

Wir stützen uns auf die Erfahrungen der Sammlung für die Landrovers. Wir halten es für möglich innerhalb des nächsten halben Jahres die Mittel zu sammeln für vier Lastwagen und die Bezahlung der Fracht nach Mozambique. Das sind ungefähr 215000 DM. Um das gesetzte Ziel in der Unterstützung des Befreiungskampfes des Volkes von Zimbabwe zu erreichen, fordern wir alle Einheiten des KBW, alle Einheiten der Massenorganisationen des KBW, alle Leser der KVZ auf, diese Sammlung in Angriff zu nehmen.

Gestützt auf die Massen und die gemeinsamen Interessen der Völker der Welt im Kampf gegen Kolonialismus, Imperialismus und Hegemonismus wird diese Sammlung bestimmt Erfolg haben.

Kommunistischer Bund Westdeutschland (KBW)
Zentrales Komitee
Ständiger Ausschuß

31.5.1976

DKP – Freund des palästinensischen Volkes?

In den letzten zwei Wochen haben die FDLP-Sympathisanten in der BRD eine Rundreise mit einer Delegation der palästinensischen Widerstandsorganisation FDLP durchgeführt. Bemerkenswert dabei war, daß erstmals die revisionistische DKP aufgetreten ist und verschiedenerorts zu den Veranstaltungen aufgerufen hat. Das ist neu, denn bekanntlicherweise propagiert sie lauthals das Existenzrecht des zionistischen Besatzerstaates, der auf Kosten des Blutes, der Vertreibung und Unterjochung des palästinensischen Volkes gegründet wurde und sich nur mit der Unterstützung bei den Supermächten gegen dessen Befreiungskampf verteidigen kann.

Um die Unterstützung des Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes gegen Zionismus und Imperialismus ging es der DKP auch nicht. Das zeigt schon ihr Verhalten. In Marburg, wo sie stark ist, hat sie zur Veranstaltung vielleicht 5 Mitglieder abgestellt. In Frankfurt und Freiburg, wo sie schwach ist, war ihre einzige Absicht, die Sowjetunion zu lobpreisen und deren Entlarvung zu verhindern. In Frankfurt ließ sich der MSB ausdrücklich durch den FDLP-Sprecher versichern, daß neben der Volksrepublik China auch die Sowjetunion den Befreiungskampf unterstütze und demonstrierte durch Umarmung seine Verbundenheit. In Freiburg hingegen hatte die DKP extra selbst die Mikrofonanlage montiert, um die Diskussion unter Kontrolle zu halten. In der ersten Reihe wurde die DKP-Ordnertruppe installiert mit dem Auftrag, jede unliebsame Wortmeldung zu verhindern.

So liegen die Absichten der Revisionisten auf der Hand. So wie sich die sozialimperialistische Supermacht im Nahen Osten als Schutzpatron und Freund der Völker aufspielt, die PLO und ihre Mitgliedsorganisationen zu umgarnen versucht, um den Befreiungskampf der arabischen Völker zu lähmen, abzustumpfen und sie von sich in Abhängigkeit zu bringen, so hat sich die DKP auf der Rundreise als Schutzpatron einer palästinensischen Widerstandsorganisation aufzuspielen versucht, um in die Solidaritätsbewegung zu infiltrieren und einen Fuß in die pa-
zu infiltrieren und einen Fuß in die pa-
lästinensische Befreiungsbewegung hineinzubekommen. Dies auch im Interesse der Sowjetunion.

Im Namen der Beseitigung eines „gefährlichen Kriegsherdes" (Breschnew) haben die revisionistischen Führer der KPdSU den bewaffneten Befreiungskampf des palästinensischen Volkes als „Werk einiger Abenteurer" diffamiert und die Kämpfer als „Folklore-Partisanen" (Schelepin) lächerlich zu machen versucht. Im Namen eines „dauerhaften und gerechten Friedens" hat die Sowjetunion mit den USA nach dem Expansionskrieg des Zionistenstaates im Jahr 1967 in der UNO kollaboriert. In der UNO-Resolution 242 hat sie sich ausdrücklich für das Existenzrecht und die „Sicherheit jedes Staates" im Nahen Osten ausgesprochen und das nationale Selbstbestimmungsrecht des palästinensischen Volkes auf ein „Flüchtlingsproblem" heruntergebracht. Als im Oktoberkrieg 1973 die Armeen der arabischen Staaten sowie das palästinensische Volk Israel schwere Schläge versetzten, hat die Sowjetunion wieder zusammen mit dem USA-Imperialismus die UNO-Resolution 338 zur sofortigen Feuereinstellung durchgedrückt. In dieser wurde die Resolution 242 bestätigt sowie eine „Schirmherrschaft mit dem Ziel eines gerechten und dauernden Friedens im Nahen Osten" festgelegt. Diese Schirmherrschaft besteht darin, daß beide Supermächte versuchen, sich zum Oberherren der arabischen Völker aufzuschwingen. Immer schon hat die Sowjetunion den Zionistenstaat mit Menschenmaterial, jüdischen Auswanderern, versorgt, die die Waffen, die der USA-Imperialismus Israel liefert, gegen das palästinensische Volk richten.

Durch die Erfolge des Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes und die weltweite Anerkennung der PLO als einzig legitimer Vertretung des palästinensischen Volkes war die Sowjetunion gezwungen, ihre Taktik im Kampf um Hegemonie und Kontrolle zu ändern. Sie muß vermeiden, daß ihr Bekenntnis zum Sozialismus und als Freund der Völker als Lippenbekenntnis entlarvt wird, das ihren imperialistischen Charakter und ihre He-
perialistischen Charakter und ihre He-
gemoniepolitik verhüllt. Seit einiger Zeit tritt sie als Freund des palästinensischen Volkes auf und als Verfechter seines Rechtes auf nationale Selbstbestimmung. Diese Freundschaft besteht darin, daß sie die Teilstaatslösung durchsetzen will bei gleichzeitiger Fortexistenz und Sicherheitsgarantie für den Zionistenstaat. Das ist nicht einmal ein Linsengericht. Diese „Lösung" bedeutet nichts anderes, als die Ungerechtigkeit des nationalen palästinensischen Befreiungskampfes für die Zerstörung des ganzen Zionistenstaates und die Errichtung eines demokratischen Palästina zu behaupten und sich Israel als Druck- und Erpressungsmittel gegen die arabischen Völker zu erhalten.

Die PLO hingegen hat in ihrem Politischen Programm, das auf der 12. Sitzung des Palästinensischen Nationalrates 1974 beschlossen wurde, erklärt: „Die PLO kämpft mit allen Mitteln, wobei der bewaffnete Kampf an erster Stelle steht, zur Befreiung der palästinensischen Gebiete und zur Errichtung einer kämpfenden, unabhängigen nationalen Volksadministration in jedem Teil Palästinas, der befreit wird. ... Die PLO kämpft gegen jede Teilstaatslösung, deren Preis die Anerkennung, Frieden, sichere Grenzen (Israels), der Verzicht auf das historische Recht und die Entziehung des Rechts unseres Volkes auf die Rückkehr und auf Selbstbestimmung in seinem Land bedeutet."

Auf den Veranstaltungen fand die Propaganda für die Sowjetunion als verläßlichen Freund der Völker keinen Widerhall. Die Änderung der Taktik der DKP gegenüber der Solidaritätsbewegung mit dem palästinensischen Volk zeigt deren Stärke genauso wie die Änderung der Taktik der Sowjetunion gegenüber dem palästinensischen Volk die Stärke dessen Befreiungskampfes beweist. Dadurch werden Sozialimperialismus und Revisionismus nicht ungefährlicher. Im Gegenteil, mit Hilfe einer veränderten Taktik versuchen sie, weiterhin imperialistische Ambitionen zu verwirklichen und das Gift des Revisionismus einzuflößen. – (hjh)
(hjh)

Die „internationale Arbeitsteilung" des Sozialimperialismus

Die Sowjetunion spricht viel von internationaler Arbeitsteilung. Gegenwärtig baut die Krupp Kranbau Wilhelmshaven Hafenverladungen für Löschanlagen bei Nikolajew in der Region Odessa am Schwarzen Meer. Die Krupp GmbH hat diesen Auftrag „gegen harte deutsche und ausländische Konkurrenz gewonnen" (Frankfurter Allgemeine Zeitung 25.2.76). Die Hafenanlage soll der Löschung von Bauxit für ein neues Aluminiumwerk dienen.

Unter den wesentlichen Bauxitlieferanten der Welt befindet sich Ungarn. Zur Verarbeitung des Bauxits zu Aluminium findet es allerdings innerhalb des Comecon kaum Gelegenheit. Das Bauxit geht in die Sowjetunion und wird dort zu Aluminium verarbeitet. Unter den Aluminiumproduzenten nimmt deshalb Ungarn einen bescheidenen Rang ein. Es hat seine Produktion von 1965 58 000 Tonnen bis 1974 nur um rund 15 % steigern können. Das ist eine der weltniedrigsten Zuwachsraten für diesen Zeitraum.

Die „internationale Arbeitsteilung", „Integration" und „Nivellierung", von der die Sowjet-Revisionisten soviel reden, ist nur ein sozialimperialistisches Instrument, um die Wirtschaftskräfte der Comecon-Länder der Industrieentwicklung der Sowjetunion nutzbar zu machen und diese Länder auszuplündern. Ein Instrument dieser Ausplünderung ist auch die Comecon-Bank. Sie beteiligt sich mit den in den Comecon-Ländern gesammelten Geldern an den Projekten der Sowjetunion, durch deren Lieferungen die Comeconländer dann in weitere Abhängigkeiten geraten. Ein verständnisvoller und kollegialer Artikel über diese Bank findet sich im Handelsblatt vom 20.5.76. Schließlich ermöglicht diese Bank auch teilweise Geschäfte wie die obengenannten von Krupp.

Außerdem sind die Comecon-Länder verpflichtet, Menschen und Material für diese „integrierten" Projekte zu liefern. So teilen sich Bulgarien, Ungarn, Polen, die DDR und die Tschechoslowakei mit der Entsendung von rund 20 000 Technikern und großen Kapitalien in die Fertigstellung der Gasleitung, die von Orenburg ausgeht. Jedes der Länder stellt zwischen 500 und 600 km Leitung her. Dafür erhalten sie dann zur Bezahlung Erdgaslieferungen. Die Sowjetunion kann durch Preiserhöhungen (wie jüngst bei ihren Öllieferungen) dann auch noch die Abzahlung beschleunigen. Es ist ein besonders übler Trick der Sowjet-Revisionisten, sich durch die Comecon-Länder die Anlagen bauen zu lassen, mit deren Hilfe sie dann die Abhängigkeit dieser Länder erhöht.

Die revisionistische Zeitung „Trud" hat im September 1975 berichtet: „Dieses Jahr werden mehr als 500 Millionen Rubel auf die Investitionen für die integrierten Projekte, die gemeinsam in der Sowjetunion gebaut werden, aufgewandt worden sein. Der größte Teil dieser Summe stammt aus Sonderanleihen, die von den interessierten Ländern des Comecon geliefert werden." Gemeinsam bauen und allein besitzen, das ist die Devise der internationalen Arbeitsteilung à la Breschnew. Oder wie es der Präsident des sowjetischen Plankomitees ausgedrückt hat: „In der Praxis der wirtschaftlichen Beziehungen ist dies das erste Mal, daß man vollständig auf die menschliche und materielle Kraft von Bauunternehmen gewisser Länder des Comecon zählt, um Projekte in der Sowjetunion durchzuführen." Ein Kommentar der chinesischen Nachrichtenagentur „Hsinhua" stellt dazu fest:

„Die Imperialisten herkömmlicher Art plünderten die Reichtümer der Kolonien und Halbkolonien und beuteten ihre Arbeitskräfte aus mit Hilfe von Fabriken und Minen, die sie in diesen Ländern durch Direktinvestitionen hatten errichten lassen. Die neuen Zaren gehen heute darüber hinaus und schwingen das Feldzeichen der ‚Nivellierung', der ‚internationalen Arbeitsteilung' und der ‚Integration', um ihre ‚Verbündeten' zu zwingen, ihre eigenen Reichtümer zur Verfügung zu stellen und Fabriken in der Sowjetunion zu bauen, indem sie die Arbeitskräfte, die Finanzierungsmittel und die Ausrüstungen zur Verfügung stellen."
stungen zur Verfügung stellen."

Die neuen Zaren haben aus den schlechten Erfahrungen der Imperialisten alter Machart gelernt. Schon oft haben diese erleben müssen, daß die unterdrückten Völker sich schließlich befreit haben und die Fabriken der Imperialisten nationalisiert haben. Die sozialimperialistische Clique, die heute die Sowjetunion beherrscht, will auf Nummer Sicher gehen. Sie wird aber den Völkern der Comecon-Länder bestimmt nicht entkommen. Auf keinen Fall der sowjetischen Arbeiterklasse, die sich nicht von den alten Zaren befreit hat, um nach der Restauration des Kapitalismus sich mit den Machenschaften der neuen Zaren abzufinden.

„Die Sowjetunion will bar bezahlen"

Der Bau der 3000 km langen Gasfernleitung von Orenburg (Ural) bis an die Westgrenze der Sowjetunion hat den westdeutschen Konzernen Mannesmann und AEG ein 1,6 Mrd-DM-Geschäft gebracht. Sie erhielten den Auftrag, 17 komplette Gaskompressorenstationen zu liefern. „Die Sowjetunion will bar bezahlen", berichtet die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" am 31.Mai. „Der Abschluß gehört zu den größten Projekten, die bisher der deutschen Industrie in der Sowjetunion zugeschlagen worden sind."

Erklärung von 126 Kambodschanern gegen die Hetze des Imperialismus

„Weil Angka es will, sind Schulen und Geschäfte geschlossen, das Geld abgeschafft und ganze Berufsgruppen ausgerottet: ehemalige Offiziere und Intellektuelle, Ärzte und Pflegepersonal. Denn ‚Angka' kennt nur eine Strafe: den Tod. ‚Angka", das ist ‚die Organisation' – unsichtbar, doch allgegenwärtig." So stand es in der Hamburger Zeitung „Die Welt" am 26. Mai. 126 Angehörige dieser nach Angaben der „Welt" in Kambodscha ausgerotteten Berufsgruppen sind in der vergangenen Woche aus Europa, Kanada und den USA eben dorthin zurückgekehrt. In einer gemeinsamen Erklärung haben sie diesen Schritt begründet und Stellung genommen gegen die derzeitige Hetze der Imperialisten gegen das revolutionäre Kambodscha. Im folgenden Auszüge aus der Erklärung:

„Wir, Studenten, Stipendiaten, Beamte, Soldaten, ‚Flüchtlinge durch Zwang', vertrieben in die Vereinigten Staaten, nach Kanada und nach Europa während des amerikanischen Aggressionskrieges gegen unser Land, werden noch in dieser Woche in unser geliebtes Vaterland, das Demokratische Kambodscha, zurückkehren.

In sein Land zurückzukehren, versteht sich von selbst, um nicht zu sagen, ist normal oder natürlich. Aber in der gegenwärtigen Situation, in der konzentrierte, heftige und unverschämte Hetzkampagnen gegen unser Land und unser Volk gerichtet sind und in der wir selber vielfältigstem Druck ausgesetzt sind, versuchen wir mit dieser gemeinsamen Erklärung gegenüber der öffentlichen Meinung, die für Frieden und Gerechtigkeit eintritt, sowohl die Gründe für unsere Rückkehr zu erklären als auch unsere tiefe Abscheu und unsere Verurteilung dieser Hetzkampagnen und dieses Drucks auszudrükken.

Unsere Entscheidung ist von keinerlei Leidenschaft diktiert. (...) Sie ist gefällt worden aufgrund von wirklichen Tatsachen (...), Errungenschaften, die erreicht worden sind in der neuen Gesellschaft des Demokratischen Kambodscha, insbesondere seit der völligen Befreiung am 17. April 1975. (...)

Aber die amerikanischen Imperialisten und ihre Komplizen schmieden niedere Ränke gegen unser Volk, das ihnen eine beschämende Niederlage beigebracht hat und sie gezwungen hat, sich unehrenhaft aus Kambodscha zurückzuziehen. Deshalb setzen sie ihre Propaganda- und Vergiftungsmaschine ein, um eine Hetzkampagne zu führen und diese großartige Situation in Kambodscha ins Zwielicht zu ziehen.

Mit dieser Vergiftungskampagne unternehmen sie den Versuch, der Weltöffentlichkeit vorzumachen, es gebe ‚Greueldinge' in Kambodscha, ‚Verbrechen', ‚Massaker' (...); die Entschlossenheit, die Begeisterung der Bevölkerung auf den Feldern, die vollständig verändert werden, wird dargestellt als ‚Zwangsarbeit' in ‚Lagern' unter dem Bajonett; die von den augenblicklichen Organen der Volksmacht eingesetzten Verantwortlichen werden verglichen mit den ‚grausamsten Diktatoren', die übelsten Bezeichnungen werden auf sie angewendet, sie seien von einer ‚unverbesserlichen Engstirnigkeit' oder sie hätten eine ‚primitive, brutale Auffassung' usw. (...)

Wie sind alle Erfolge zu erklären, die unser Volk in all den Bereichen errungen hat, wenn es zugleich ‚Hunderttausende von Massakern' gibt? Wie soll man glauben, daß ein Volk, das so heldenhaft die ganze Ungerechtigkeit, die ganze Ungleichheit, das ganze Unglück bekämpft hat, dasselbe tun oder erlauben würde, nachdem es einmal an die Macht gekommen ist? Einige von uns, die mit Gewalt von reaktionären Generälen auf die Schiffe getrieben worden sind am Tag der Befreiung, die mit in die USA genommen worden sind, dort in tatsächlichen Lagern abgeladen wurden, haben direkt diese Vergiftungskampagnen erlebt und waren persönlich Drohungen ausgesetzt.

Einige von uns gehörten auch zu denen, die in Lagern in Thailand abgeladen wurden. Wir wissen sehr gut, wie die imperialistische Propagandamaschine Neuigkeiten fabriziert. Dort unten bezahlt man Menschen, damit sie Dinge berichten, die es gar nicht gibt. Man macht gestellt Fotos!

So drückt einmal mehr diese ganze Hetzkampagne eine tiefe Verachtung aus, eine tiefe Verachtung der Autoren gegenüber dem Volk von Kambodscha und der öffentlichen Meinung, die für Frieden und Gerechtigkeit in der ganzen Welt eintritt. (...)"

Indochina-Solidaritätsfest

Mannheim. Um die Völker Indochinas im Aufbau ihrer Länder zu unterstützen, hat die Ortsgruppe Mannheim des KBW am 27. Mai zu einem Sporttunier und zu einem Solidaritätsfest aufgerufen.

Am Sportturnier haben sich insgesamt etwa 200 Menschen beteiligt. Für das Fußballturnier allein hatten sich so viele Mannschaften gemeldet, daß einem Teil wieder abgesagt werden mußte. Die Initiative Frankenthal gegen ein Kernkraftwerk bei der BASF zog daraus den Schluß: Wir machen ein eigenes kleines Turnier. So konnten weitere 60 DM für die Völker Indochinas gesammelt werden.

Die Spendenbereitschaft der Teilnehmer und Besucher des Sportturniers war sehr groß. Kollegen der Mannheimer Morgen Großdruckerei, die auch eine Fußballmannschaft stellten, gaben außer dem Startgeld noch eine Spende von 100 DM. Abends beim Solidaritätsfest sahen 250 Teilnehmer einen Film über den Befreiungskampf des Volkes von Kambodscha und einen Dia-Vortrag über die medizinische Versorgung Vietnams.

Für die Solidarität mit den Völkern Indochinas war er ein Erfolg: 2201,12 DM wurden durch die aktive Beteiligung vieler Menschen an sportlichen Wettkämpfen, an Versteigerungen von Plakaten und Posters und durch Spenden gesammelt.

Auch daß fast 400 Indochina-Zeitungen verkauft wurden, zeigt das große Interesse der Menschen am Kampf der Völker Indochinas, und ermutigt uns, in der Solidarität auch in Zukunft nicht nachzulassen. – (hb, Mannheim)



Mannheim: Fußballturnier als Teil der Indochina-Solidaritätsaktionen

Mexikanische Bauern besetzten Landgüter

Tausende von armen Bauern und besitzlosen Landarbeitern haben im Norden Mexikos große Landgüter besetzt. Die Bauern und Landarbeiter, die sich bewaffnet haben, fordern die Ausführung der Gesetze über die Landvergabe. Armeeeinheiten haben Stellung bezogen im gesamten Gebiet, das als die „Kornkammer" Mexikos bezeichnet wird. Letztes Jahr wurden bei einer ähnlichen Aktion 7 Bauern erschossen und zahlreiche schwer verletzt. Für die mexikanischen Kleinbauern und Landarbeiter – sie sind 15 Millionen, ein Viertel der gesamten Bevölkerung – ist die einzige Möglichkeit, während der Erntezeit sich bei den Großgrundbesitzern zu verdingen für einen Lohn, der zum Leben nicht ausreicht. In der übrigen Zeit des Jahres sind sie arbeitslos und mittellos, da sie kein eigenes Land bewirtschaften können.

Der Chef des Unabhängigen Bauernzentrums (IPC), Ramiro Castello, sagte vor Journalisten: „Wir haben genug Waffen, um kämpfend zu sterben. Sie können tausend von uns töten, aber die Bevölkerung von 75 oder 80 Dörfern ist bereit, bis zum letzten zu kämpfen." Im Verlauf der Unruhen wurden bereits mehrere Regierungsbeamte entführt, später jedoch wieder unverletzt freigelassen.

In der Nordostregion hackten aufgebrachte Bauern während eines Feuergefechts mit der Polizei einen lokalen Polizeichef mit Sensen zu Tode. Nach amtlichen Angaben wurden bei dem Gefecht zwei Bauern erschossen und mehrere Polizisten verletzt. (Nach: Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.5.76)



Für Namibia (Südwestafrika) ist eine Scheinunabhängigkeit unter südafrikanischer Kontrolle beabsichtigt. Das rassistische Vorster-Regime hat dafür eine Handvoll Häuptlinge ausgesucht und eingekauft. Sie dienen als Marionetten. Eine Zusammenkunft dieser gekauften Häuptlinge wird als „Verfassungsgebende Versammlung" bezeichnet. Gemeldet wurde, mit Clemens Kapuuo, einem Herero-Häuptling, seien „Grund-
Herero-Häuptling, seien „Grund-
züge für eine Verfassung" ausgearbeitet. Das Bild zeigt diesen Häuptling (Mitte). Es zeigt auch, wer diesen Häuptling lenkt: Man sieht rechts von ihm seinen „amerikanischen Rechtsberater Steward Schwartz bei der Verfassungskonferenz in Windhoek". (Afrika Post Nr. 3/1976)

Westsahara: Marokkanischer Hauptmann fordert auf, zu desertieren

Zeggai Mimoun, Hauptmann der marokkanischen Invasionsarmee in Westsahara und Kommandierender der 5. Panzereinheit von Khouribgo, der von den Kämpfern der F.POLISARIO bei Guelta-Zemmour gefangengenommen worden war, richtete vor kurzem einen Aufruf an das marokkanische Volk und die Offiziere in der marokkanischen Besatzungsarmee. In dem Aufruf erklärt er, daß seine Behandlung in der Gefangenschaft ihm gezeigt habe, daß die Greuelgeschichten über die F.POLISARIO, die die marokkanische Regierung verbreitet, Lügen sind. Während diese die marokkanischen Soldaten bedenkenlos in den Tod hetzt und Verwundete einfach umkommen läßt, hätte ihm die Betreuung durch die F.POLISARIO das Leben gerettet. Er habe erkannt, daß der Kampf des Volkes von Westsahara ein gerechter Kampf für Selbstbestimmung sei. Indem die hohen marokkanischen Offiziere und Politiker aus sicherer Entfernung von der Front die marokkanischen und saharauischen Bauern und kleinen Händler gegeneinander in Tod und Elend hetzen, bereichern sie sich am Krieg. Er rief die Offiziere und Soldaten der Invasionsarmee auf, zu desertieren, und das marokkanische Volk, der ungerechten Invasion Marokkos in Westsahara Einhalt zu gebieten. (Nach: El Moudjahid vom 22. Mai)

Antirepressions-Kongreß des Sozialistischen Büros

Wer den Klassenwiderspruch leugnet, kann die politische Reaktion nicht bekämpfen

An Pfingsten führt das Sozialistische Büro einen „Antirepressions-Kongreß" in Frankfurt durch. Unterdrückung müssen sich die Veranstalter erst in „Repression" übersetzen, bevor sie das Wort in den Mund nehmen. Es geht um den Kampf gegen politische Unterdrückung. Aber schon an dem Aufruf des Sozialistischen Büros zu diesem Kongreß muß man feststellen, daß dieser Kongreß insbesondere der Verbreitung falscher Auffassungen dienen soll.

Der erste öffentlich verbreitete Aufruf zum „Antirepressions-Kongreß" war überschrieben: „Aufruf zur Kampagne gegen politische und ökonomische Unterdrückung". Ökonomische Unterdrückung, das war eine Perle. Unterdrükkung, das ist die Bezeichnung für ein Gewaltverhältnis. Ökonomische Unterdrückung könnte da entweder heißen, daß gewaltsam in Westdeutschland die Ökonomie unterdrückt wird. Oder daß ökonomische Mittel zu dem Zweck angewandt werden, um ein Gewaltverhältnis über Menschen zu begründen.

Beides ist falsch: Weder stößt die Entfaltung der Ökonomie, der herrschenden Produktions- und Aneignungsweise an gewaltsame, politische Grenzen. Sondern die Grenzen, an die sie stößt, sind innere Schranken der kapitalistischen Produktionsweise selber, sind also ökonomische Grenzen. – Noch dient etwa die kapitalistische Ökonomie dem Zweck der politischen Unterdrückung. Sondern sie hat ihren eigenen ökonomischen Zweck: Vermehrung des Kapitals, Bereicherung der Kapitalisten durch Aneignung unbezahlter Mehrarbeit. Politische Unterdrükkung dient im Gegenteil als Mittel zur Aufrechterhaltung dieses ökonomischen Zwecks: der Ausbeutung. Und gerade gegenwärtig ist das in Westdeutschland in aller Deutlichkeit vorgeführt worden während des Druckerstreiks, wo Polizei gegen die Arbeiter aufgeboten wurde, um die Freiheit des Privateigentums durchzusetzen. Dabei ging es für die Arbeiter noch nicht um die Aufhebung der Ausbeutung, sondern nur um einen höheren Preis für ihre Arbeitskraft, und schon wurde die Staatsgewalt gegen Auslieferungsblockaden losgelassen.

Das Sozialistische Büro wird ideologisch bestimmt durch eine Riege von Professoren, die auf der Welle der Studentenbewegung Ende der sechziger Jahre auf Lehrstühle gekommen sind. Gesellschaftswissenschaftler, die sich als Marxisten verstehen, wie die Professoren Altvater und Narr im Vorstand. Nachdem sie gemeinsam den Aufruf „gegen ökonomische Unterdrückung" fabriziert hatten, muß einem der Unsinn aufgefallen sein. Der Aufruf wurde geändert. In der zweiten Fassung heißt er jetzt: „Gegen politische Unterdrückung und ökonomische Ausbeutung". Damit hatten die Professoren jetzt zwar eine richtige Bezeichnung, aber nach wie vor keinen Begriff von der Sache. Sehen wir zu, was sie zum Thema „Ausbeutung" zu Papier bringen, wenn sie den Eindruck haben, sie müßten sich in einem Flugblatt populär und damit ausnahmsweise einmal halbwegs deutlich ausdrücken.

einmal halbwegs deutlich ausdrücken.

Vom Kampf gegen Ausbeutung kann keine Rede sein

In „links-extra", das „in möglichst großer Anzahl an Kollegen, Genossen und Interessenten weiterverteilt werden" soll, mit dem Aufruf zum Kongreß heißt es unter „Ökonomische Ausbeutung": „Bisher ging's aufwärts: Fast für alle Menschen in Westeuropa bedeutete dies materiellen Fortschritt. Aber das gab's nicht umsonst. Der ‚Wohlstand' fordert seinen Preis: Die Ausbeutung, die kaputt macht, ist mit Geld allein nicht mehr zu bezahlen."

Eine solche Fülle von Einwänden drängt sich auf, daß man kaum weiß, wo man anfangen soll. Es ging aufwärts bisher! Was ging aufwärts? Aufwärts ging es mit der Anhäufung von Kapital. Wem brachte das Fortschritte? „Fast allen Menschen"? Ohne Ansehung ihrer Klasse? Ist es nicht vielmehr so, daß die beschleunigte Akkumulation von Kapital in Westdeutschland nach dem Kriege gewaltigen Reichtum auf dem einen Pol der Gesellschaft, in den Händen der Kapitalisten angehäuft hat, während für die Arbeiterklasse damit nur die feindliche Macht verstärkt worden ist, die sie ausbeutet! Ist nicht für die Arbeiterklasse die Ausbeutung, die unbezahlt geleistete Mehrarbeit ständig gestiegen?

Das Sozialistische Büro behauptet: Diese Fortschritte gab es nicht umsonst. Aber es gab sie buchstäblich umsonst für die Kapitalistenklasse. Die Arbeiterklasse hat diese Fortschritte erarbeitet, die Klasse der Kapitalisten sie angeeignet, und zwar tatsächlich gratis und franko. Just darin besteht das Charakteristikum der Ausbeutung.

Dann der „Wohlstand", von dem das Sozialistische Büro sagt, daß er seinen Preis gefordert habe. Meint es damit, daß der Durchschnittslohn eines Facharbeiters heute unter den vom Statistischen Bundesamt ermittelten Ausgaben für einen „Vierpersonen-Arbeitnehmerhaushalt" liegt? Will das Sozialistische Büro also die Tatsache, daß ein Facharbeiterlohn nicht mehr die Reproduktion der Familie gewährleistet, als „Wohlstand" bezeichnen? Oder ist es nicht tatsächlich so, daß der Wohlstand auf der Seite der besitzenden Klasse beständig wächst, während die Arbeiterklasse den Preis dafür zahlt?

Wenn in der Hochkonjunktur von den immer wohlfeiler produzierten Waren auch ein Geringes in den Verbrauch der arbeitenden Klasse eingeht und die Kette ein wenig lockerer gespannt wird, so muß man schon ein bürgerlicher Holzkopf oder Professor sein, um das als materiellen Fortschritt herauszustellen.

Die Professoren werden antworten: Die Ausdrucksweise sei aus Popularitätsgründen gewählt worden. Die Leute redeten halt so und man müsse daran anknüpfen. Das ist nach beiden Seiten nicht richtig. Weder ist den arbeitenden Massen die Akkumulation des Reichtums auf der einen Seite entgangen und die Akkumulation von Elend auf der anderen. Am 1. Mai haben Arbeiter der von Stillegung bedrohten Fabrik Heidenreich & Harbeck in Hamburg das Transparent getragen: „1945: Wir bauten die Fabriken auf! 1976: Sie sind heidenreich – wir sind arbeitslos". Noch hat es das Sozialistische Büro „eigentlich" richtiger gemeint. Denn wie heißt es weiter: „Die Ausbeutung, die kaputt macht, ist mit Geld allein nicht zu bezahlen." Also ist die Ausbeutung, die nicht gerade sofort kaputt macht, sondern erst nach dreißig, vierzig Jahren, mit Geld sehr wohl zu bezahlen? – Die Professorenkonfusion ist unbeschreiblich: Ausbeutung besteht eben in der Aneignung unbezahlter Mehrarbeit der Lohnarbeit durch die Kapitalisten, wie sollte sie da „mit Geld zu bezahlen sein"! Es sind schlicht und einfach bürgerliche Begriffe, die von den Leuchten der „marxistischen Gesellschaftswissenschaft" verwendet werden, frisch aus der Sonntagsschule und der Arbeiterwohlfahrt übernommen: Ausbeutung, das ist, wenn es zu doll wird.

Die Kapitalistenklasse wird geschont

Ausbeutung, das ist Aneignung von Muskel, Nerven, Herz und Hirn der Lohnarbeiter durch die nichtarbeitende Klasse der Kapitalisten. Das Geld, das ein Kapitalist in der Bar verpulvert, der Ring, den er seiner Frau schenkt, das ist Lebenszeit von Arbeitern. Es nährt sich die Kapitalistenklasse samt ihrem Anhang buchstäblich durch Verausgabung der Lebenskraft der arbeitenden Klasse. Liest man, was das Sozialistische Büro gegen „ökonomische Ausbeutung" vorzubringen hat, würde man das nicht vermuten.

Die Klasse, die ausbeutet und gegen die man sich doch wohl wenden müßte, kommt nicht einmal vor. Von der Klassenspaltung der Gesellschaft und daß sie auf Ausbeutung beruht, ist keine Rede, obwohl sie doch mit wachsender Deutlichkeit in Erscheinung tritt und wahrgenommen wird. Bestenfalls ist die Rede von einer Spaltung nach oben und unten. Man ist gegen Tyrannei und Willkür, mit dem Kampf gegen Ausbeutung hat man in Wirklichkeit nichts im Sinn. Nur so ist auch zu verstehen, daß das bürgerliche Privateigentum von diesen Kämpfern gegen „ökonomische Ausbeutung" nicht einmal erwähnt wird, obwohl die Beseitigung der Ausbeutung ohne Enteignung der Kapitalistenklasse ja nun wirklich schwer vorstellbar ist und die bürgerliche Reaktion sich genötigt sieht, zur Verteidigung des Privateigentums ideologisch und politisch allerhand zu unternehmen. Keine bürgerli-
digung des Privateigentums ideologisch und politisch allerhand zu unternehmen. Keine bürgerli-
che Partei, die nicht die Freiheit zur Hauptlosung erkoren hat, nachdem es vor wenigen Jahren noch der Fortschritt war. Und gegenseitig zu übertrumpfen versuchen sie sich mit Gesetzen, welche die Feinde der Freiheit für Ausbeuter wegen Aufruf zur Gewaltsamkeit mit Gefängnis bedrohen.

Irreführung des politischen Widerstands gegen die Kapitalistenklasse

Das Sozialistische Büro tritt diesen ideologischen und politischen Reaktionen der westdeutschen Kapitalistenklasse keineswegs entgegen, sondern schafft ihnen Raum unter den linken Strömungen im Volk. Nachdem es die Klassen glücklich verschwinden gemacht hat, verkündet das Sozialistische Büro: Es ist gegen jede Unterdrückung. Die Freiheitsarie, bekannt aus allen bürgerlichen Reden gegen den Kommunismus, wird angestimmt: „Die Freiheit ist unteilbar. Entweder sie gilt für alle, oder niemand kann ihrer sicher sein." – Was soll das heißen? Soll die Arbeiterklasse die Freiheitsrechte der Kapitalisten garantieren? Wir wollen die Ausbeuter enteignen, die Ausbeuterherrschaft stürzen. Dazu müssen wir die Ausbeuterklasse mitsamt ihrem Staat schlagen, über sie die Diktatur ausüben und die Demokratie, die Herrschaft des Volkes errichten. Aber wohlverstanden, **Herrschaft** des Volkes, und das heißt Unterdrückung der feindlichen Klasse bis zur Überwindung der Klassenspaltung überhaupt. Entgegen der bürgerlichen Freiheitsarie ist es also gerade so: Ohne Unterdrückung der Ausbeuterklassen keine Freiheit für die arbeitenden Klassen.

Das Sozialistische Büro kommt auf die bürgerliche Freiheitsarie, weil es sich was davon verspricht, an die Bourgeoisie zu appellieren, im Namen der Freiheit, damit sie die Unterdrückung der Sozialisten einstelle: „Demokraten, auch wenn sie nicht unsere Ziele teilen, wissen aber: Werden Sozialisten durch die Einschränkung demokratischer Freiheitsrechte ausgebürgert, dann wird dies auch andere Demokraten treffen, die es mit der Demokratie ernst meinen."

Was sollen das wohl für Demokraten sein, die unter unseren gesellschaftlichen Verhältnissen bei weit über 80 Prozent Lohnabhängigkeit es mit der Volksherrschaft ernst meinen und doch gegen den Sozialismus sind. Auf welche Klasse sollen die sich noch stützen können, nachdem der Kleinbesitz weitgehend vernichtet ist. Tatsächlich handelt es sich nicht um einen Appell an andere Demokraten im Namen der Volksherrschaft, sondern um einen Appell an die herrschende Bourgeoisie, Freiheitsrechte zu gewähren, liberal zu sein. Der Demokrat würde die Herrschaft dieser kleinen Parasitenschicht und ihres staatlichen Gewaltapparates angreifen. Der Liberale greift nicht die Herrschaft der Bourgeoisie an, sondern kritisiert ihre zu harte Machtausübung. Er empfiehlt der Arbeiterbewegung und den Volksmassen eine Politik des Geflenne und ordnet sie der Bourgeoisie unter. Gerade eine solche Politik empfiehlt das Sozialistische Büro der sich entwickelnden Bewegung in der Arbeiterklasse, im öffentlichen Dienst, unter den Studenten, Schülern und Lehrern. Das ist nicht nur prinzipiell falsch. Das ist besonders schädlich und politisch absurd in einer Lage, wo alle bürgerlichen Kräfte sich in Reaktion zu übertrumpfen versuchen und noch nicht einmal das leere Versprechen von Rechten für das Volk zu hören ist. Wie kann man da die Bewegungen, die gegen die Herrschaft der Bourgeoisie aufbegehren, auf den Appell an die Bourgeoisie verpflichten wollen, ihre eigenen Freiheitstiraden ernst zu nehmen und auch den Sozialisten etwas Luft für eigene Meinung zu lassen. Das ist direkt der Bourgeoisie in die Hände gespielt.

Gerade aber das unternimmt das Sozialistische Büro unter ideologischer Führung einiger linksliberaler Professoren. Unter Verwendung von einiger marxistischer Terminologie, vermischt mit den verschiedensten bürgerlichen Schulrichtungen, unter reichlicher Verwendung von Floskeln des Vorbehalts und der Frage, trägt es eine rundum bürgerliche Ideologie vornehmlich unter Studenten und Intelligenz, aber auch in einige Bereiche der Arbeiterbewegung. Dabei spielt es mit einer wissenschaftlich-kritischen Attitüde und ist doch einer der bedeutendsten Produzenten von politischen Kalauern, über die man allvierzehntäglich lachen kann. So etwa wenn der Professor Negt, eines der Häupter des Büros, in der letzten Nummer der Zeitschrift „links" u.a. vom „kollektiven Kampf für eine sozialistische **Lebensweise**" handelt, wo es zuförderst um eine neue Form der gesellschaftlichen Produktion geht, was die Grundlage ist, um auch die Lebensweise und den Konsum verändern zu können. Wenn er von den „menschlich ruinösen Folgen des Kapitalismus" spricht, wobei die herrschende Klasse ins Mitleid des Professors gleich mit eingeschlossen ist. Oder wenn er „alle" bedauert, „die unter der Klassenherrschaft leiden", wobei er vergißt, wenigstens von der bürgerlichen Klassenherrschaft zu sprechen. Unter der Klassenherrschaft leiden, das tut auch der ehemalige Gutsbesitzer in China, der jetzt unter der Herrschaft der Arbeiterklasse gezwungen wird, sein Brot durch eigene Arbeit zu verdienen. Der Professor Negt fabuliert davon, daß „nicht nur einzelne oder kleine Gruppen, sondern **ganze Klassen** und Parteien aus der Ge-
sondern **ganze Klassen** und Parteien aus der Ge-
sellschaft ausgegrenzt werden" von der herrschenden Staatsmacht. Das ist eine großartige Vorstellung: Die von der Gesellschaft „ausgegrenzte" Arbeiterklasse. Dabei hatte der Professor sicher nicht die bürgerliche Gesellschaft im Sinn, die sich hüten wird, die Arbeiterklasse „auszugrenzen", weil sie von ihr lebt, sondern die „gute Gesellschaft", die zu Empfängen Zutritt hat und Wein aus den richtigen Gläsern trinkt.

Man muß über das Sozialistische Büro und seine Kampagne gegen politische Unterdrückung und ökonomische Ausbeutung klar sehen. Mit Sozialismus hat das nichts zu tun. Mit Demokratie auch nicht. Es handelt sich um eine linke Spielart des Liberalismus, der dem Staat vorwirft, daß er „autoritär" (Negt) sei und nicht, daß er bürgerlich ist. Wenn sie sich von solchen Anschauungen leiten läßt, muß jede Widerstandsbewegung gegen die Bourgeoisie scheitern und versumpfen.

Interview mit Genosse Fanekiso von der SASM

Der Aufbau der Gewerkschaftsbewegung in Südafrika

Genosse Thamsanqa Fanekiso, du warst in Südafrika Generalsekretär der Black Allied Workers Union (Gewerkschaft der vereinten schwarzen Arbeiter), bis du wegen der drohenden Verhaftung nach Botswana gegangen bist und dich dort der SASM (Studentenbewegung des südlichen Afrika) angeschlossen hast.

Wie groß ist die afrikanische Arbeiterklasse in der Südafrikanischen Republik und wie sind die Lebens- und Arbeitsbedingungen der afrikanischen Arbeiter?

Die schwarze Arbeiterklasse in der Südafrikanischen Republik beträgt etwa 6 1/2 Millionen, davon sind in der Landwirtschaft 445 760 schwarze Arbeiter, davon 224 500 aus dem Ausland (Botswana, Malawi, Mozambique usw., d.Red.). Im Bergbau sind es 222 225 Südafrikaner und 415 745 Ausländer, in der verarbeitenden Industrie 674 926 Südafrikaner, 11 923 Ausländer, im Groß- und Einzelhandel 294 390 Südafrikaner und 3385 Ausländer, als Hausangestellte werden 567 716 Südafrikaner und 9206 Ausländer geführt, in verschiedenen anderen Industrien 312 266 Südafrikaner und 6526 Ausländer. Das sind unvollständige Zahlen, sie stammen vom Ministerium für Bantuverwaltung und Bantuentwicklung (mit Bantu werden die Schwarzen in der Südafrikanischen Republik bezeichnet, d.Red.).

Insgesamt sind von den Werktätigen etwa zwei Drittel Schwarze und das restliche Drittel bilden die Weißen, Farbigen (so bezeichnet das Rassistenregime die Mischlinge, d.Red.) und Inder.

Von den Arbeitern sind

Afrikaner	6478000	70,4 %
Farbige	819000	8,9 %
Inder	211000	2,3 %
Weiße	1693000	18,4 %

87 % des Landes haben die Weißen sich angeeignet und auf 13 % haben sie für die Schwarzen sogenannte „Heimatländer" eingerichtet. Sie sind in acht bis neun aufgesplittert, die selber noch in mehrere kleine Splitter zerrissen sind. Das Regime weist entsprechend seiner Stammeszugehörigkeit jeden Schwarzen einem Heimatland zu, egal, ob er in Johannesburg geboren ist, ob er dort auch geheiratet hat und die ganze Zeit lebt.

Wenn er seine Arbeitsstelle vorübergehend verliert, wenn ihm irgendetwas zustößt, dann kann er in das für ihn zuständige Heimatland geschickt werden. Er kennt es zwar nicht, war nie zuvor dort, auch seine Verwandten leben dort
zuvor dort, auch seine Verwandten leben dort
nicht, das alles spielt keine Rolle, man wird einfach gepackt und dahin verfrachtet. Von da aus bewirbt man sich dann um einen Arbeitsvertrag für 12 oder 18 Monate.

Hat man Arbeit gefunden, so heißt das aber noch nicht, daß man auch eine Hütte findet, um in der Stadt leben zu können. Wohnerlaubnis erhält da nur, wer in der Stadt geboren ist oder über 15 Jahre dort gelebt hat oder mindestens 10 Jahre dort beim gleichen Betrieb gearbeitet hat. Um eine Hütte zu bekommen, muß man einen Antrag stellen und zwischen 5 und 15 Jahre warten. Aber selbst dann gehört es einem nicht wirklich, denn sobald man, wenn auch nur vorübergehend, die Arbeit verliert oder einem etwas zustößt, muß man zurück in das Heimatland, dem man zugeteilt ist, egal, ob man jemals dort war.

Die meisten schwarzen Menschen, die Arbeit gefunden haben, leben aber nicht in den Afrikaner-Vororten, sondern in sogenannten „hostels", Herbergen-Siedlungen, die nach Männern und Frauen getrennt sind. In jedem Raum leben bei den Männern zwischen 8, 10 oder 15 zusammen. Einen Privatbereich gibt es da nicht, es sind einfach Schlafsäle, kochen und waschen müssen sie selber. Sozialen Umgang gibt es da keinen und von außen darf niemand rein. Wird ein Fremder drin entdeckt, gibt es eine Strafe, weil das gegen ein „Herbergen-Gesetz" verstößt. Solange sie hier sind, die Dauer ihres Arbeitsvertrages, können sie ihre Frauen und Kinder nicht sehen.

Bei den Frauen wohnen zwei bis vier zusammen in der Regel, sonst gilt dasselbe. Wird eine schwanger, muß sie in das für sie zuständige Heimatland, weil in einer Herberge niemand ein Kind bekommen darf. Frauen dürfen auch, selbst wenn sie verheiratet sind und Kinder haben, diese nicht mitbringen. Kinderkrippen gibt es natürlich nicht, wo man die Kinder lassen könnte. Man sind die Aufseher, die schwarzen Arbeiter haben die schlechteste Arbeit. Dagegen lehnen sich die

schwarzen Arbeiter auf. Dann kommt es zu Revolten der schwarzen Arbeiter, sie kommen einfach nicht zur Arbeit oder sie streiken. Wenn das Management merkt, daß ihre „Verständigung" mit den Schwarzen zusammenbricht, ist die erste Reaktion: die Polizei rufen. Sie kommt nicht, um zu vermitteln, sie kommt mit Lastwagen und Polizeihunden und mit vielen, mit Schlagstöcken und Schußwaffen ausgerüsteten, Polizisten, um die Arbeiter wieder zur Arbeit zu zwingen. In den Streiks der letzten paar Jahre wurden bisher fast 150 Arbeiter getötet.

Zwei Beispiele, wo ich als Gewerkschaftsvertreter von Black Allied Workers Union aktiv wurde. In der Süßigkeiten herstellenden Fabrik Turnwryght, die hauptsächlich Frauen beschäftigt, hatte es bereits über zwei Jahre keine Lohnerhöhung gegeben. In kleinen Gruppen wurde dieses Problem diskutiert, die fortschrittlichsten Arbeiterinnen artikulierten das gemeinsame Problem und gingen das zum „Arbeitskomitee" (works committee), das durch den „Bantu Labour Act" (Gesetz für die Bantuarbeit) den schwarzen Arbeitern aufgezwungen ist und wo

zen Arbeiter einer Eisengießerei, der Firma Geo Skott. Die Arbeiter beschwerten sich darüber, daß sie so weit gehen mußten, um Lebensmittel zu kaufen, nachdem das Management einen Ladenbesitzer gegenüber der Fabrik eingeschüchtert und zum Wegzug gewzungen hatte, und in der Fabrikkantine wollten die Arbeiter nicht essen, die Mittagspause reichte oft nicht einmal zum Anstehen und das Essen war schlecht. Außerdem beschwerten sie sich, daß eine Abteilung Lohnerhöhung mit der Auflage erhalten hatte, es den anderen nicht zu erzählen. Aus Solidarität taten sie es doch. Als sie kein Gehör fanden, gingen die Arbeiter in den Streik. Die erste Schicht verließ die Fabrik und die zweite ging gar nicht erst rein. Nach zwei Stunden kam die Polizei und forderte alle auf, in die Fabrik zu kommen, um mit dem Management zu sprechen. In der Fabrik ging dieses auf die Forderungen der Arbeiter nicht ein, und da diese auch nicht nachgaben, verhaftete die Polizei alle 270 und sie wurden auf der Polizeistation fesgehalten. Zehn wurden willkürlich herausgegriffen als Anführer und vor Gericht gestellt. Als wir davon erfuhren und einen An-

haben, daß Gewerkschaften, in denen Weiße sind, sich gegen die Interessen der Schwarzen stellen.

Es gibt die Taksa, einen Verband verschiedener weißer Gewerkschaften. Als dieser gebildet wurde, sagte man, daß schwarze Menschen von ihrer Tradition her keine Ahnung von Gewerkschaften haben und daß sie außerdem keine Arbeiter, sondern bloß „helfende Hände" seien. Es wurden sogar Gesetze geschaffen, die Schwarze von der gewerkschaftlichen Organisierung ausschließen. Die schwarzen Gewerkschaften sind zwar nicht verboten, haben aber kein Recht zu verhandeln, sie sind nicht anerkannt als Gewerkschaften. Sie arbeiteten bisher auch nie lange, weil sie unterdrückt, ihre Führer ins Gefängnis geworfen oder ins Exil getrieben wurden. Als die Weißen sahen, daß die Schwarzen sich selbständig organisieren, erklärten sie, auch Schwarze könnten sich bei ihnen organisieren. Viele gingen rein in der Hoffnung, dadurch Schutz vor der Unterdrückung des Systems zu haben, aber das Gegenteil ist der Fall. Sie wurden bald wieder rausgeworfen.

Nur wenige Schwarze sind organisiert, in den 24 Gewerkschaften, in denen Schwarze sind, insgesamt 44 000. Die „Black Allied Workers Union" strebt einen Dachverband aller schwarzen Arbeiter, unabhängig von den verschiedenen Industrien an, wo jeder organisiert bleiben kann, auch wenn er die Anstellung wechselt.



Die Elendsquartiere der südafrikanischen Arbeiter

lauter Reaktionäre, die dem Management willfährig sind, drin sind. Sie forderten von ihm, mit dem Management sprechen zu dürfen, das Management teilte mit, daß sie mit dem „Arbeitskomitee" sprechen sollten und dieses weigerte sich, die vorgelegten Forderungen der Frauen zu befassen. Nach zwei Tagen gingen sie in den Streik, die Mehrheit war dafür. Nach der 10-Uhr-Pause gingen sie nicht mehr zur Arbeit zurück. Nach 15 Minuten schickte das Management den Oberaufseher und nach 90 Minuten die Polizei, die die Leute zusammenschlug und zur Arbeit zwang.

Der gewerkschaftliche Kampf

Ein anderes Beispiel ist der Streik der schwarmuß also jemand finden, der sich um die Kinder kümmert, sofern es in der Gegend Verwandte oder Bekannte mit Wohnrecht gibt.

Auch wenn man Wohnrecht bekommen hat und mit der Familie zusammenwohnt, sieht man sie kaum. Die Unterkünfte der Schwarzen sind 8 bis 25 km vom Arbeitsplatz entfernt, Transportmittel sind Busse und Eisenbahnen. So muß man sehr früh, so um halb fünf, aufstehen und kommt sehr spät zurück. Den Arbeitsplatz kann man nicht frei wählen.

Die Löhne in Südafrika

Einige Zahlen, um die Löhne sich vorstellen zu können: In den Goldminen erhalten Weiße 534 Rand, Farbige (Mischlinge) 130 Rand, Schwarze 39 Rand, Asiaten 179 Rand. In den Kohleminen Weiße 598 rand, Farbige 112 Rand, Asiaten 154 Rand, Afrikaner 44 Rand (1 Rand gleich 2,30 DM).

In der Fabrik ist es oft so, daß man nicht einmal zum Mittagessen kommt, die Essenszeit beträgt nur 30 Minuten und das nächste Geschäft für Lebensmittel ist weit weg. Die Weißen in der Fabrik

walt stellen wollten, teilte man uns mit, das sei nicht mehr nötig, sie würden freigesprochen. Aber sie wurden doch verurteilt. Der Richter sagte zu den Arbeitern: „Gott hat die Arbeit geschaffen, damit ihr arbeitet, und nicht, damit ihr euch über die Arbeit beschwert", das solle für die Leute eine Lehre sein. Er fragte sie, ob sie einsehen, daß sie illegal gestreikt hätten und damit schuldig seien. Sie hatten keine Wahl als ja zu sagen, fragten dann aber, was sie in Zukunft machen sollte, wenn das Mangement nicht bereit ist, mit ihnen zu reden. Darauf der Richter: „Ihr müßt dem Management gehorchen, denn es seid ihr, die zum Mangement gekommen sind, ,um Arbeit zu finden, und es ist nicht das Management, das zu euch gekommen ist und euch darum gebeten hat, bei ihm zu arbeiten." er verurteilte sie zu 30 Tagen Gefängnis oder 10 Rand Strafe für jeden. Wir konnten dann die Strafe bezahlen und die Sache war damit erledigt. Hier konnten wir sogar auch noch eine Lohnerhöhung herausholen.

Wie unsicher die Lage eines schwarzen Arbeiters ist, zeigt sich z.B. auch daran, daß ein weißer Arbeiter einen Schwarzen rauswerfen kann, wenn er sich weigert, Zigaretten zu holen. Als einmal einer sich weigerte, der Weiße ihn darauf zusammenschlug, flog dann der Schwarze auch noch aus der Fabrik. Wenn man Fragen stellt, um bestimmte Ding im Arbeitsprozeß besser zu verstehen, heißt es, „du bist ein naseweiser Kaffer", und draußen ist man. Ein anderes Beispiel: Amerikanische Firmen brüsten sich gerne damit, was sie für die Schwarzen tun, zum Beispiel bauen sie eine Kantine. Dann verweigern sie die Lohnerhöhung für mehrere Jahre mit der Begründung, das Geld hätten sie für die Kantine gebraucht.

Bei den Grenzindustrien, die direkt an den Grenzen der sogenannten Heimatländer angesiedelt sind, ist es noch schlimmer. Die Löhne sind so niedrig, daß niemand davon leben kann. Den Leuten wird erzählt, daß sie kein Geld brauchen, um Miete, Transport und anderes z.B. für Unterhaltung, brauchen, sie können ja im Heimatland leben. Die Löhne betragen 3 bis 5 Rand pro Woche. Der höchste Lohn, der in diesen Grenzindustrien bezahlt wird, ist etwa 10 Rand oder 11 Rand. In der Stadt erhalten sie in der Industrie zwischen 9 und 20 Rand.

Der Aufbau der Gewerkschaften

Wie sieht es unter diesen Umständen mit der gewerkschaftlichen Organisierung der schwarzen Arbeiter aus und weshalb baut ihr Gewerkschaften ausschließlich für Schwarze auf?

Es gibt 24 Gewerkschaften, in denen Schwarze sind. 21 sind halbschwarz, d.h. gegründet von Weißen unter ihrer Kontrolle, wo auch Scharze unter bestimmten Bedingungen Mitglied werden können und dann 3 Gewerkschaften nur von Schwarzen.

Wir haben die gebildet, nachdem wir erfahren

Jeder Arbeiter muß für die Entkolonialisierung kämpfen

Wir haben erkannt, daß die wirtschaftlichen Bedingungen nicht von den politischen und sozialen zu trennen sind, die uns alle das existierende System aufzwingt. Die Schwarzen waren immer geeint, aber sie wurden und werden vom südafrikanischen Regime mit Gewalt aufgespalten. Das passiert in verschiedener Weise, nach Stämmen, durch die Aufteilung in verschiedene Wohn-, Lebensgebiete und Arbeitseinsätze und sogar in der Erziehung. Man findet da, daß wir verschiedenen Erziehungsweisen unter den Schwarzen entlang ihrer Stammeszugehörigkeit ausgesetzt sind. So gibt es sogar Stammesuniversitäten. Deswegen ist der Kampf des schwarzen Volkes nicht bloß ein Kampf gegen das weiße Regime, um die weißen Kolonialisten loszuwerden, sondern ein Kampf gegen die Kolonisierung und für die Wiedererlangung des Landes und der Rechte, die uns alle mit Gewalt weggenommen wurden und die den schwarzen Menschen zustehen.

Deshalb hat sich die „Black Allied Workers Union" zur Aufgabe gemacht, für die umfassende Umwälzung der Lage der schwarzen Arbeiter zu kämpfen und deshalb ist sie bestrebt, über die einzelnen Industriezweige hinweg die Einheit der Arbeiter herzustellen. In Südafrika muß jeder Arbeiter für die Entkolonisierung kämpfen, was von seiner Teilnahme an der Produktion nicht getrennt werden kann. Schwarz und Weiß ist nicht der Hauptwiderspruch, das will man uns nur glauben machen. Wir müssen uns organisieren, indem wir begreifen, daß unser Feind der Kapislismus ist. Er zwingt uns die schweren Lebens- und Arbeitsbedingungen auf in den Fabriken und auf den landwirtschaftlichen Gütern. Er ist es, der macht, daß unsere Arbeitskraft ausgebeutet wird. Es ist unsere Aufgabe als Gewerkschaften, diesen Charakter der Ausbeutung der Arbeiter klarzumachen und sie in einen vereinten Körper zu organisieren, damit wir gegen dieses System der Ausbeutung kämpfen können. Das grundlegende Produktionsmittel ist das Land, das uns weggenommen wurde und das jetzt gegen uns benutzt wird. Das müssen wir mit allem, was darauf ist, uns zurückholen. Die Weißen in Südafrika sagen, Südafrika sei ein Land für die weißen Südafrikaner, viele seien hier geboren und nie was anderes als Südafrikaner gewesen. Sie vergessen dabei gern, wie sie Südafrikaner geworden sind und wie es dazu kommt, daß sie überhaupt in Südafrika sind.

Wir sind keine Rassisten, aber die Weißen, die in Südafrika bleiben wollen, müssen unsere Bedingungen akzeptieren. Wir wissen, daß es nur zwei Alternativen gibt, ein kapitalistisches und ein sozialistisches System, und was wir in Südafrika erfahren, bringt uns dazu, das kapitalistische System wegen seines feindseligen Charakters gegenüber der Menschheit vollständig abzulehnen.

Fast die Hälfte der afrikanischen Kinder stirbt vor dem 5. Lebensjahr

	Geburtsrate (pro 1 000)	Sterberate (pro 1 000)	Kindersterblichkeit (pro 1 000 lebend Geborene)
Weiße	22,9	9,0	24,1
Asiaten	30,0	7,6	54,7
Farbige	43,3	15,7	136,8

Für Afrikaner werden solche Statistiken nicht geführt.

1967 wurden 69 261 Fälle von Tuberkulose in Südafrika festgestellt. Sie verteilten sich wie folgt:

Weiße	1 244
Farbige	8 116
Asiaten	1 150
Afrikaner	58 751

Der Kwashiorkor, eine durch falsche Ernährung hervorgerufene Krankheit, befällt vor allem die Afrikaner und die Farbigen. 1967 wurden folgende Fälle festgestellt:

Weiße	7
Farbige	1 046
Asiaten	12
Afrikaner	9 765

Die schlechte Ernährung verursacht in Südafrika alle 35 Minuten den Tod eines farbigen und zweier afrikanischer Kinder. Eine 1966 durchgeführte Erhebung ergab, daß fast die Hälfte der in einem typisch afrikanischen Reservat geborenen Kinder vor Erreichung des fünften Lebensjahres sterben. In der gesamten Republik Südafrika gibt es nur an die 150 afrikanische Ärzte. (Quelle: Ökumenischer Rat der Kirchen: ANC – ein Profil. März 1971)